

SONDERANGEBOTE AN UNSERE ABONNENTEN

Am 28. Juni 1983 ist es zehn Jahre her, daß die CHILE - NACHRICHTEN Nr. 1 herausgekommen sind. Dieses Datum nehmen wir zum Anlaß, endlich eine schon länger geplante Aktion zur Reduzierung unserer Lagerbestände zu machen. Deshalb bieten wir ausschließlich unseren Abonnenten zur Bestellung gegen Vorauskasse (Verrechnungsscheck oder Briefmarken) folgende "Pakete" aus unserem Vertriebsprogramm an:

Argentinien-Paket: (Paket 1)

Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische Atomgeschäft
1981 145 S.

Lebend wurden sie verschleppt - lebend wollen wir sie zurück
Eine Dokumentation zur Repression in Argentinien und den deutsch-argentinischen Beziehungen 1983 91 S.

zusammen statt DM 13,50 (incl. Porto) DM 10,-- (incl. Porto)

Atom-Paket: (Paket 2)

Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische Atomgeschäft
1981 145 S.

Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft
1980 159 S.

zusammen statt DM 14,50 (incl. Porto) DM 10,-- (incl. Porto)

Kirchen-Paket: (Paket 3)

Zeichen der Hoffnung und Gerechtigkeit (Dokumente und Aufsätze über Basiskirche in der Dritten Welt und Europa) 1980 140 S.

Kirche in Lateinamerika
1979 208 S.

zusammen statt DM 17,-- (incl. Porto) DM 12,-- (incl. Porto)

Grosses Paket: (Paket 4)

Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische Atomgeschäft
1981 145 S.

Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft
1980 159 S.

Zeichen der Hoffnung und Gerechtigkeit
1980 140 S.

Kirche in Lateinamerika
1979 208 S.

Chile - der Mut zu überleben
1978 40 S.

Chile - der Wille zu überleben
Serie mit 12 Postkarten von Stoffbildern aus Elendsvierteln in Santiago

Bolivien - ein Volk im Widerstand
1981 192 S.

zusammen statt DM 50,-- (incl. Porto) DM 30,-- (incl. Porto)

Lateinamerika-Nachrichten Jahrgang 9 (Paket 5)

LN 95 - LN 105 (Juli 1981 - Juli 1982)

zusammen statt DM 35,-- (incl. Porto) DM 25,-- (incl. Porto)

Das Angebot gilt bis zum 1. 8. 1983, jedoch nur solange der Vorrat reicht.

Ich bestelle Paket: ...

Name, Anschrift:

Scheck/Briefmarken liegen bei.

Unterschrift:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 116

10. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Juni 1983

Solidaritätspreis DM 3,50

geklaut bei:



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

CHILE: Nationaler Protest / Rückblick — **MITTELAMERIKA:** Die Superfalken der USA / Bananen-Multis / Deutsch-Honduranerin verschleppt — **PERU:** Landesweiter Ausnahmezustand - Diskussion um "Sendero Luminoso" — **ISRAEL - LATEINAMERIKA:** Waffenlieferungen — **ARGENTINIEN:** Reaktion auf die Toterklärung der Verhaftet-Verschwindenen

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
— CHILE: Statt Streik: Nationaler Protest	4
In Treue fest	15
"Gott hat unsere Gebete erhört..."	17
Rückblick: Chile vor 10 Jahren	19
Faschistische Internationale	24
Für eine unabhängige und undogmatische chilenische Linke	25
— MITTELAMERIKA/USA: In den USA setzen sich die Superfalken durch	29
— MITTELAMERIKA: Wie man aus Bananen Würgehölzer macht	33
Telex nach Managua	36
— Honduras/Guatemala - BRD: Die Bundesregierung nutzt alle Möglichkeiten	37
— NICARAGUA: Das Prostituiertenprojekt in Corinto macht gute Fortschritte	40
— ISRAEL - LATEINAMERIKA: Israel: Drittgrößter Waffen- lieferant Lateinamerikas	44
— ARGENTINIEN: Antwort auf ein zynisches Dokument	48
"Barrio 2 de abril"	51
— PERU: Rückkehr zur Militärdiktatur	54
Der leuchtende Pfad auf Abwegen	60
— REZENSIONEN: E. Galeano, GEBURTEN - Erinnerung an das Feuer (1)	63
Die gesetzlichen Bestimmungen für den Rüstungsexport der BRD	65
J. Zimmer (Hrsg.), Pädagogik der Befreiung.....	66
R. Jung (Hrsg.), MUCHACHA	67
Film: Adios Guatemala	68
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	70

Zu diesem Heft

Das Thema "Sendero Luminoso" (Peru) hat unsere Redaktion nahezu vor eine Zerreißprobe gestellt. Die Tatsache, daß wir - wenn auch mit einem distanzierenden Vorspann, der jedoch offenbar von vielen überhaupt nicht gelesen oder nicht ernst genommen wurde - in zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben längere Artikel veröffentlicht haben, die eine gewisse Pro-Sendero-Tendenz erkennen lassen, ist von etlichen Lesern als Indiz für unsere Einäugigkeit gewertet worden. Wütende Anrufe, Ankündigungen von Briefen und mündliche Beschimpfungen jeder Art haben uns erreicht. Was uns bis heute nicht erreicht hat, sind fundierte Darstellungen aus eben dieser anderen linken Optik. Genau das hatten wir uns erwartet... Ausbleibende Reaktionen jetzt uns anzulasten, finden wir unfair: Immerhin ist die Situation in der Redaktion so, daß wir uns nicht einmal in der Lage sahen, eine Stellungnahme zum SPIEGEL-Artikel über Peru (vom 6.6.1983) gemeinsam zu unterschreiben - einfach, um nicht noch weiter in den Verdacht zu geraten, Sendero-Propaganda zu betreiben (obgleich es dabei um tatsächliche Fehler und undifferenzierte Darstellungen im SPIEGEL ging!).

Andere Leser werden seit einiger Zeit Bolivien in unserer Berichterstattung vermissen. Wir auch. Aber es scheint ein schier unüberwindliches Problem (sowohl in der Berichterstattung als auch in der Solidaritätsbewegung) zu sein, wenn plötzlich linke Regierungen an die Macht kommen: warum sollte man dann noch etwas tun? Und erst recht, wenn die linken Regierungen dann auch noch Schwierigkeiten haben - wie im Falle Nicaraguas und Boliviens. Viele Leute, die etwas schreiben könnten (und eigentlich müßten), ziehen es offensichtlich vor, es sich mit niemandem zu verderben. Das mag manchmal ganz persönliche Gründe haben. Langfristig nagt es aber an der Glaubwürdigkeit einer engagierten Berichterstattung.

Das überwältigende Echo auf den Aufruf zum nationalen Protest am 11. Mai in Chile hat gezeigt, daß die Ablehnung der Pinochet-Diktatur durch alle Klassen geht. In dieser breiten Oppositionsbewegung ist die Linke gewiß auch präsent, aber nichts deutet darauf hin, daß ihr darin eine führende Rolle zukommt. Der entscheidende Anstoß kam von Gewerkschaften, die eher der Christdemokratie nahestehen; die für das Regime bedrohliche Qualität bekommt der Protest durch die breite Unterstützung, die er auch in bürgerlichen Kreisen findet.

Aber Pinochet gibt sich noch keineswegs geschlagen. Er hat seine Anhänger aufgerufen, ebenfalls am 14. Juni zu demonstrieren. Das läßt befürchten, daß Pinochet aus Anlaß dieses zweiten Tages des "nationalen Protestes" eine gewaltsame Konfrontation ansteuert, ohne daß das Regime dafür sichtbar die Verantwortung trüge, nämlich mittels jener paramilitärischer Schlägerbanden, denen zur Zeit offenbar die Drecksarbeit der Repression obliegt. Haben sie die Situation erst genügend angeheizt, so wäre ein massiver Einsatz des uniformierten Unterdrückungsapparates sozusagen "legitimiert".

Wie schon die letzte Ausgabe der LN, geht auch diese Nummer in Druck, während sich die Lage in Chile zuspitzt. Deshalb kann hier auch nur als Frage formuliert werden: hat der 'count down' für Pinochet begonnen?

Dies ist übrigens die letzte Nummer vor Vollendung des 10. (in Worten: zehnten) Lebensjahres der LN: genau am 28. Juni 1973 erschien die erste Ausgabe der damaligen CHILE-NACHRICHTEN, die ab der Nr. 51 (im September 1977) in LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN umbenannt wurden.

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 10 der
CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 9.6.1983

Abo-Preis: DM 40,-/Übersee DM 65,-

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 100 100 10

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel.: 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

CHILE

Statt Streik: Nationaler Protest

Am frühen Abend des 11. Mai sprach Innenminister Montero noch selbstzufrieden von einem "völligen Scheitern" der Opposition; kurz danach wußte er den landesweiten Proteststurm nur noch mit den Machenschaften "krimineller" Elemente zu erklären. In der Tat, der "11." geriet zu einem auch für die Diktatur nicht mehr zu überhörenden Signal. Und das, obwohl ihr erprobtes Terror-Instrumentarium zunächst Wirkung zu versprechen schien.

Der abgesagte Streik

Der ursprünglich für Dienstag, den 11. Mai, ausgerufene Streik der Kupferminenarbeiter (über dessen Vorbereitung wir in LN 115 kurz berichteten, ohne bei Redaktionsschluß über dessen Durchführung im Bilde zu sein) wurde am Samstag, 7.5. abgesagt, statt dessen wurde zu einem nationalen Protesttag aufgerufen.

Für die Absage waren folgende Gründe maßgebend:

- Die Diktatur hatte nicht nur unmißverständlich erklärt, sie werde einen Streik der Minenarbeiter nicht dulden; sie hatte auch gepanzerte Fahrzeuge und Mörser in die Nähe der Minen geschickt. Am 8. Mai war die Mine EL TENIENTE von Militär umgeben, das auch Manöver durchführte. Daß die Militärs es nicht bei solcher Drohgebärde belassen würden, konnte nicht zweifelhaft sein, hatte doch auch eine demokratische Regierung (unter dem Christdemokraten Frei) 1966 einen Streik in der Mine EL SALVADOR blutig beendet; Bilanz: acht Tote.
- Überwiegend christdemokratisch orientierte Gewerkschafter zogen ihre zum 1. Mai erklärte Streikunterstützung zurück (UDT, ANEF, Cepch, FUT). Begründung: mangelnde Seriosität (???) und "Einkommischung von außen" in die Gewerkschaftsbewegung, wobei Eduardo Ríos (UDT) verblüffenderweise christdemokratische Politiker gemeint haben soll. Wieweit diese Entscheidung von UDT usw. der Einflußnahme von US-Botschafter Theberge zu verdanken ist, muß zur Stunde offenbleiben. Bei einem "social gathering", das er mit den Gewerkschaftsführern Ríos, Flores (ANEF), Mujica (Cepch) und Seguel (CTC) organisierte, drängte er darauf, den Streik abzulassen, weil er das Regime zu harten Reaktionen provozieren solle. Nach seiner Ansicht solle Ríos die Führung dessen übernehmen, was da auf gewerkschaftlicher Ebene in Gang gekommen war. Darüber hinaus spiele der Streik den Linken in die Hände.

In dieser Situation entschied sich die Führung der CTC, den Streikaufruf zurückzuziehen und statt dessen zum Nationalen Protest aufzurufen, den die UDT schon zuvor propagiert hatte. Vorgeschlagene Maßnahmen waren

- Boykott von Schulen, öffentlichen Verkehrsmitteln, öffentlichen Dienststellen, Geschäften.
- Verkehrschaos durch langsam fahrende Autos, Hupkonzerte um 13h und 18 h.
- Ab 20 Uhr: Protestlärm mit leeren Kochtöpfen. Ausschalten des elektrischen Lichts.

Der "11."

Soweit uns bekannt, ist es daraufhin am 11. Mai nur zu einigen Streiks gekommen. HOY (christdemokratisch-orientierte Wochenzeitung) berichtet jedoch von Langsamarbeit, Kantinenboykott, Boykott werkseigener Busse (statt dessen Fußmarsch zum Betrieb in Kolonnen), schweigender Verrichtung der Arbeit und Nichtanhören auf Anweisungen (in Chuquicamata, größte offene Kupfermine) während des Arbeitstages.

Der Boykott von Schulen und Handel soll bis zu 70 o/o betragen haben. Im Verlauf des Arbeitstages kam es an der Universität und am Gerichtshof zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Polizei hinderte einen sich formierenden Protestmarsch von Studenten am Verlassen des Uni-Geländes und löste ihn gewaltsam auf, gleiches widerfuhr protestierenden Anwälten.

Unüberhörbar aber wurde der Protest am Abend. Leere Kochtöpfe wurden nicht nur in den Armenvierteln geschlagen, sondern, Stadtteil- und Klassengrenzen übergreifend, in ganz Santiago und anderen Orten.

Über den Verlauf des nationalen Protestes wurde, soweit wir sehen, in der bundesdeutschen Tagespresse und den übrigen Medien berichtet, so daß wir uns eine Schilderung des Ablaufs ersparen können. Wichtig scheinen folgende Beobachtungen:

- Der Schwerpunkt des Protests lag nicht am Arbeitsplatz, sondern nach Feierabend in den Wohnvierteln; beteiligt waren nicht nur Arbeitersiedlungen und mittelständische Viertel, sondern auch die Villenviertel der Oberschicht in Santiago; der Aufruf wurde landesweit befolgt.
 - Zahlenangaben, wenn sie auch nur grobe Schätzungen sein können, sprechen von Untrichtersboykott "bis 70 o/o". Bedeutsam aber sind auch die Form des Protests und der dafür gewählte Zeitpunkt. Das Datum "11." assoziiert unweigerlich das Datum des Putsches gegen Allende am 11.9.73, der Tag, an dem auf Drängen des Mittelstandes und der Bourgeoisie das Militär nach der herrschenden Legende das Vaterland rettete - vor marxistischer Terrorherrschaft, Chaos, Unterdrückung ... Zu den Protestformen d a m a l s gehörte das Schlagen leerer Kochtöpfe - sei es zu verabredeten Tageszeiten, sei es im Demonstrationszug von Hausfrauen bzw. der dazu abgeordneten Hausangestellten. Daß zu einem so symbolträchtigen Datum die gleiche Protestform wieder gewählt wurde, ist ein im Wortsinn unüberhörbares Signal an die Diktatur und das sie tragende Militär: Haut ab!
- Der Protest äußert sich zunächst gewaltfrei, er ist es auch in überwiegendem Maße geblieben. Dort aber, wo die Polizei gegen die Menge vorgeht (Wasserwerfer, Tränengas, Schlagstock), verteidigen sich auch Demonstranten mit Steinwürfen und Barrikaden aus Müll, Kisten; z.T. setzen sie die Barrikaden in Brand. Vor allem in den Arbeitervierteln beginnt die Polizei und Zivilstreifen auch zu schießen - zwei Unbeteiligte sind die Opfer, darunter ein 15jähriger Schüler. Der 22jährige Andrés Sepúlveda aus der Arbeitersiedlung La Victoria stirbt tags darauf an seinen Verletzungen.

Als der Trauerzug sich am Freitag (13.5.) aus der Siedlung La Victoria zum Friedhof bewegt, kommt es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Flugblätter, Sprechchöre aus der Menge - die Polizei schlägt zu. Es kommt zu heftigen stundenlangen Auseinandersetzungen, die sich bis in die Nacht fortsetzen.

"Kommando SANTIAGO"

Seit Ende letzten Jahres treten immer wieder bei Protestdemonstrationen "zivile" Schlägerkommandos auf, die vor den Augen der unbeteiligt zuschauenden uniformierten Polizei Demonstranten zusammenprügeln. Ein bevorzugtes Angriffsziel sind Journalisten. Auch am 11. Mai wurden sie gegen Demonstranten eingesetzt. Eine Reihe von Indizien läßt erkennen, daß es sich um Spezialeinheiten handelt, die mit der Polizei zusammenarbeiten, ihr aber aus taktischen Gründen die schmutzige Repressionsarbeit "abnehmen" sollen. In der chilenischen Presse werden sie als "Kommando Santiago" oder "einheimische Gurkhas" bezeichnet.

Ihre Ausrüstung besteht aus Gummiknüppeln und Würgehölzern, im Durchschnitt sind sie 20-35 Jahre alt, im Jeanslook gekleidet. Sie operieren diszipliniert in kleineren Kommandos als Schläger- oder Greiftrupps, ihre Opfer übergeben sie der sonst passiven Polizei. Einzelne Angehörige dieser Kommandos sind bei späteren Einsätzen wiedererkannt worden (z.T. mittels Reporterfotos). Trotzdem bestreitet die Polizeiführung nicht nur jede Verantwortung für die Schlägerbande, sondern schlichtweg auch deren Existenz und erklärt vorgelegte Fotos für Fälschungen. (HOY 303)

Der Arzt Manuel Almeyda, Bruder von Allendes ehemaligem Außenminister Clodomiro Almeyda, wurde eines ihrer Opfer. "Auf mich schlugen sie ein, zwei, drei Meter von den Polizisten entfernt - etwa zwanzig - und sie taten nichts." Nicht nur die inzwischen gelungene Identifikation einzelner Mitglieder als Polizisten bestimmter Reviere läßt darauf schließen, daß es sich um Spezialpolizei (und nicht Geheimagenten) handelt. Zivile Gruppen sind bei regelmäßigem Training - u.a. mit den genannten Ausrüstungen - auf den Höfen von Polizeirevieren beobachtet worden. An Tagen, an denen es Demonstrationen gab, sind solche Gruppen in zivil beim Verlassen der Reviere gesichtet worden, die Prügel in Zeitungen eingewickelt.

Nach weiteren Informationen unterstehen die Trupps direkt dem Innenministerium, ein Teil von ihnen wurde in S ü d - a f r i k a ausgebildet.



SCHLÄGERKOMMANDOS IN AKTION

Breite Repression: Razzien im Morgengrauen

In den Morgenstunden des Samstags, ab 2 Uhr, umzingeln Einheiten des Heeres und der Luftwaffe in Kampfausrüstung den gesamten Sektor, in dem die Siedlungen La Victoria, Yungay, Joao Goulart und La Castrina liegen. Im Innern des Sperrbereichs stehen MG-Posten der Polizei, die die eigentliche Razzia durchführt. Es werden alle männlichen Jugendlichen ab 14 Jahre und Männer aus den Häusern gescheucht, zusammengetrieben und zu Sportanlagen deportiert wie in den Tagen des Putsches. Es sind etwa zehntausend. Dort werden von Geheimdienstagenten ihre Personalien überprüft. Die ganze Aktion - angeblich eine Routinemaßnahme gegen kriminelle Elemente - ist auf Seiten der Polizei begleitet von Schlägen, Beschimpfungen und Verwüstungen der Behausungen. Es geht um Einschüchterung, Schikane. So wird nicht einmal der Anschein einer Durchsuchung vorgegeben, es geht einfach darum, die Wohnungen zu verwüsten. Und Drohungen: "Am 14. (Juni) sehen wir uns wieder - und da wird Blut fließen ... bei euch." (HOY 305) Die Massenrazzia endet mit rund 300 Festnahmen.

Das am 11. Mai erkennbar gewordene Protestpotential - und sein weltweites Echo - hat in seinem Ausmaß wohl alle überrascht: Diktatur wie Opposition selbst. Und noch ist nicht einzuschätzen, welche eigene Dynamik sich aus diesem Massenprotest entwickeln kann.

Als nächsten Schritt jedenfalls haben die oppositionellen Gewerkschaftsverbände zu einem zweiten Nationalen Protest aufgerufen - für den 14. Juni (da der ursprünglich erwogene 11. Juni, Sonnabend, weniger tauglich schien).

"Das Eis ist gebrochen..."

"Das Eis ist gebrochen", so der Gewerkschafter Eduardo Rios (UDT), nachdem Innenminister Montero ihn und H. Flores (ANEF) und Mujica (Cepch) am 16. morgens zu getrennten Unterredungen zitiert hatte. Suchte die Regierung endlich einen Dialog mit den Führern oppositioneller Gewerkschaften? Wenig später, noch am selben Tage, wurde klar, worauf die Regierung tatsächlich zielte: Die Spaltung der oppositionellen Gewerkschaften. Denn am selben Tage reichte der Innenminister Klage gegen 10 Führer der Kupferarbeitergewerkschaft CTC ein - mit ihrem Aufruf zum 11. hätten sie gegen das Staatssicherheitsgesetz verstoßen. Mit diesem Schritt der Diktatur war das Eis tatsächlich gebrochen: am folgenden Tag erklärten die drei Gewerkschaftsführer ihre Solidarität mit den verfolgten Kollegen der CTC. Am 20. Mai kamen die Führer der oppositionellen Gewerkschaften und Vertreter zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen zusammen und bildeten das "Nationale Arbeiterkommando" (Comando Nacional de Trabajadores - CNT). Seine Aufgabe wird es sein, künftige Aktionen der Gewerkschaften (und Basisorganisationen) zu koordinieren.

Politische Differenzen zwischen den unterschiedlichen gewerkschaftlichen Tendenzen sind damit gewiß keineswegs ausgeräumt, aber die breite Protestbewegung einerseits, die plumpe Reaktion der Regierung andererseits haben die Gewerkschaftsführer über eine Schwelle gedrängt, nämlich in die Richtung gewerkschaftlicher Einheit, hinter die sie kaum wieder zurückfallen können. Unklar ist bislang allerdings noch, welche substantielle Basis dieses Kommando trägt - oder wie weit es nur durch den Druck von außen zusammengehalten wird.

Rodolfo Seguel (CTC): "Die Chilenen haben die Angst besiegt."

Rodolfo Seguel, seit Februar 1983 Vorsitzender der CTC, 29 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, ist Angestellter der Kupfergesellschaft CODELCO. 1981 tat er sich zum ersten Mal als Vorsitzender des Streikkomitees der Gewerkschaft von Calentones (dort befindet sich die Schmelzhütte von 'El Teniente') hervor, die damals einen 59-tägigen Streik durchführte. Anschließend machte er eine steile gewerkschaftliche Karriere: 1982 wurde er zum Vorsitzenden der Gewerkschaften von Calentones gewählt, im Februar 1983 dann zum Vorsitzenden der CTC. Zwar war der ernste, energische Mann von seiner Wahl überrascht, er ist jedoch darauf vorbereitet, "die ihm übertragene Verantwortung zu übernehmen und die Nachfolge von Torres anzutreten."

Was veranlaßte den Angestellten, der bereits unter dem Einfluß der Schule des neo liberalen Modells ausgebildet wurde, gewerkschaftlich aktiv zu werden?

Seguel leugnet nicht, daß er, kaum 20-jährig, den Putsch als ein "positives Ereignis" betrachtete. Danach mußte er jedoch erkennen, daß das Militärregime der "Feind der Arbeiter" war. Der Streik von 1981 führte ihm deutlich die Notwendigkeit vor Augen, alle Kräfte zu vereinigen. Er wurde als guter Versammlungsleiter bekannt und 1983 von einer großen Mehrheit gewählt, vor allem, weil er ein Anhänger von Torres ist und dessen Politik der Öffnung der CTC gegenüber anderen Gewerkschaften weiterverfolgen will.

Oberstes Ziel seiner gewerkschaftlichen Arbeit ist die Wiederherstellung der Demokratie: "Die Rückkehr zum Rechtsstaat wird die Lösung aller anderen Probleme erleichtern." Gewalt lehnt er als Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen kategorisch ab: "Das wäre selbstmörderisch! Der Gewalt der Waffen müssen wir mit der Gewalt der Überzeugung und der List begegnen!"

Die Situation in Chile sieht er als die schwierigste, die das Land jemals erlebt hat: "Es ist ungerecht, daß die Arbeiter Hungerlöhne bekommen und daß es mehr als 1 Million Arbeitslose gibt. Ich schämte mich für Chile, als ich sah, was vorging und merkte, daß viele von uns nicht den Mut hatten auszusprechen, daß sich etwas ändern muß. Wir kritisieren nicht eine Person, sondern das ganze System, weil es den Arbeitern und der Mehrheit der Bevölkerung schadet."

Hauptziel der Gewerkschaft muß es seiner Meinung nach sein, einen friedlichen Konsens innerhalb der Arbeiterschaft zu finden, um für eine Verbesserung ihrer katastrophalen Situation zu kämpfen. Vor dem zunächst angekündigten Streik war er sich bewußt darüber, daß er "mit einem Bein im Exil und mit dem anderen in Chile" stünde. Dies Risiko schien ihm im Interesse der Arbeiter jedoch nicht zu groß. Die politischen Parteien haben seiner Meinung nach zu spät reagiert: "Sie sollten die Vorhut sein. Denn sie werden an die Regierung gerufen werden, nicht wir."

Seguel, der oft als der "chilenische Walesa" bezeichnet wird, sieht optimistisch in die Zukunft: "Der Kampf fängt erst an. Unsere Hauptverantwortung als Vorsitzende liegt darin, die Demobilisierung des Volkes zu verhindern." In diesem Zusammenhang zieht er eine positive Bilanz des Protesttages: "Wir waren über die Breite der Demonstrationen überrascht. Nicht nur die benachteiligten Bevölkerungsgruppen haben protestiert, sondern auch jene, die in den Villenvierteln der Hauptstadt leben. Männer und Frauen, Erwachsene und Kinder, Jugendliche, Reiche und Arme sind auf die Straße gegangen, um "BASTA!" zu rufen. Die Chilenen haben die Angst besiegt."

Das Umfunktionieren des zunächst geplanten Streiks in einen Nationalen Protesttag bedeutet für ihn keine Niederlage, sondern war lediglich das Ergebnis einer realistischen Einschätzung der Kräfteverhältnisse: "Wir wollten eine blutige Konfrontation zwischen Streikenden und Ordnungskräften verhindern.. Um die Minen waren Truppen aufmarschiert, auf die Lager richteten sich Kanonen, Panzer patrouillierten in den Straßen. Angesichts dieser Situation haben wir beschlossen, das chilenische Volk aufzurufen, seine Opposition gegen die



Die angeklagten Gewerkschafter(v.l.n.r.)
Carlos Ogalde, Roberto Carvajal, Rodolfo Seguel, José Pérez

Diktatur friedlich und aktiv zum Ausdruck zu bringen. Wenn es zu Gewalttaten gekommen ist, dann nur aufgrund des Verhaltens der Militärs."

Der Versuch des Innenministers Montero, die Gewerkschaften nach dem Protesttag zu spalten, bestätigt Seguel in seiner Überzeugung, daß Zusammenhalt jetzt wichtiger denn je ist: "Ich finde es bedauerlich, daß General Montero nur drei Gewerkschaftsführer eingeladen hat und uns ignorierte. Andererseits wurde damit denen, die seiner Einladung folgten, eine lehrreiche Lektion erteilt. Montero hat sich über sie lustig gemacht. Er hatte ihnen versprochen, daß keiner der Gewerkschaftsführer mit einem Gerichtsverfahren rechnen müsse. Einige Stunden nach der Unterredung wurden wir jedoch angeklagt, gegen das Gesetz der inneren Sicherheit verstoßen zu haben. Das nächste Mal werden wir entweder alle eingeladen werden, oder keiner wird die Schwelle zur Moneda betreten."

Diesen auch in Bezug auf das Verhalten der drei Gewerkschaftsführer bissigen Kommentar zu der Unterredung mit Montero gab Seguel noch vor der Gründung des "nationalen Arbeiterkommandos" ab. (Die hier zitierten Aussagen Seguels entstammen größtenteils einem Interview mit "Le Monde", das dort am 21.5.83 veröffentlicht wurde und zwischen dem 17.5. und 19.5., also nach der Klage des Innenministers und vor der Gründung des nationalen Arbeiterkommandos geführt wurde.)

Vergegenwärtigt man sich noch einmal den zeitlichen Ablauf, so wird deutlich, wie stark der soziale Druck von unten sein muß, der die gewerkschaftlichen Führungen drängt: Entzogen um den 8. Mai UDT, ANEF, Cepch noch der CTC ihre Unterstützung, so bilden sie keine 14 Tage später mit ihnen ein gemeinsames Aktionskommando. Rodolfo Seguel, CTC-Präsident, kommentierte gegenüber HOY die Entwicklung: "Die Situation des Landes und das Mandat der Bürger, wie es beim ersten Protest ausgedrückt wurde, bewirkte, daß wir Führer nicht mehr auf spalterische Spiele hereinfließen."

Inzwischen ist das Ermittlungsverfahren gegen die CTC-Führung in Gang gekommen; sechs Gewerkschafter wurden vom Ermittlungsrichter sofort freigelassen, gegen Rodolfo Seguel (Mine El Teniente), José Pérez (La Andina), Roberto Carvajal (El Salvador) und Manuel Rodríguez wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, sie wurden

jedoch gegen eine Kautions von 1.000 Pesos (ca. 35 DM) freigelassen.

Im Zeitraum der Festnahme bis zur Freilassung befanden sich die Gewerkschaftskollegen der CTC im "Alarmzustand", um für den Fall der Haft ihrer Führung zur Arbeitsniederlegung aufzurufen.

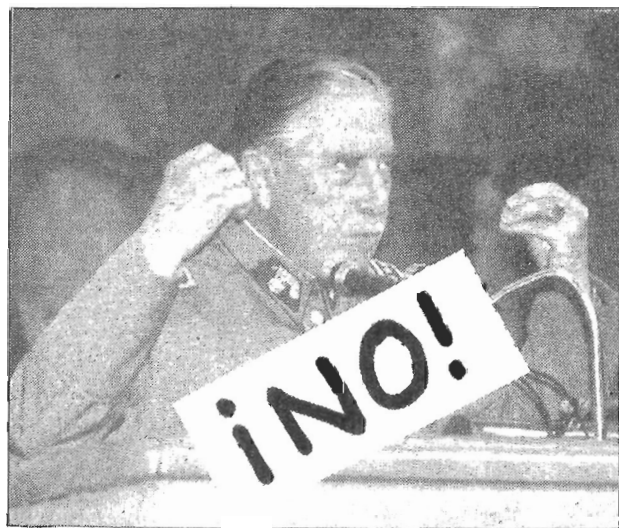
Kommentar Guillermo Medinas zur Gründung der CNT, Streikführer in EL TENIENTE gegen Allende '73 (vgl. LN 115 "Rückblick"), Mitglied des Staatsrats als ARBEITERVERTRETER, noch immer Vorsitzender einer Kupfergewerkschaft in EL Teniente ("profesionales"): "Wie bei Tomaten: fängt bei Grün an und endet rot." HOFFENTLICH BEHÄLT ER RECHT!!!

Pinochet: NEIN!!!

Als Reaktion auf den Nationalen Protest hatte Pinochet am 19.5. Generale und Admirale sowie die oberen "zivilen Autoritäten" zur Heerschau zitiert. Pinochets Lageanalyse wurde am 20. Mai von Rundfunk und Fernsehen übertragen. Seine Antwort auf die Forderungen nach demokratischer Öffnung, nach einer Beschleunigung des Prozesses, der Wahlen (wie eingeschränkt auch immer) überhaupt erst für 1989 vorsieht - NEIN!

Als Urheber und Drahtzieher aller Proteste gegen seine Politik hatte er klar ausgemacht: Rußland. Und wer steht in Rußlands Diensten? Originalton Pinochet: "Können wir nicht feststellen, daß die deutsche Presse, die französische Presse, die spanische Presse, die italienische Presse, die amerikanische Presse, die Proteste der Chilenen im Exil und Fassade-Organisationen dieses Land und den Präsidenten der Republik angreifen? Was heißt das, meine Herren? Millionen von Dollars, die sie ausgeben, um gegen die Regierung Chiles vorzugehen!"

Zur Stunde muß offen bleiben, in welchem Ausmaß Pinochets Position von den Streitkräften geteilt wird, welchen Rückhalt er dort (noch) hat.



Da Pinochet keine Bereitschaft zum Einlenken, d.h. zu einer grundlegenden Korrektur seiner Politik zeigt, s e i n e Politik die grundlegende Krise auch keineswegs lösen, sondern nur verschärfen kann; die Möglichkeit eines (erfolgreichen) Aufstandes g e g e n die Streitkräfte sich nirgends abzeichnet - so bleibt offenbar nur die Möglichkeit, daß der soziale Druck so stark anwächst, daß die Streitkräfte schließlich Pinochet fallen lassen. Aber in der uns zugänglichen chilenischen Presse gibt es bislang keinerlei Hinweise auf derlei Interna innerhalb der Streitkräfte.

Umso offenkundiger ist der Verschleißprozeß der Diktatur innerhalb ihrer einstigen bürgerlichen Gefolgschaft. Über PRODEN und "Multipartidaria" haben wir in LN 114 kurz berichtet - in beiden Organisationen sind rechte Politiker vertreten, die sich selbst als "demokratisch" bezeichnen und einen Übergang bzw. eine Rückkehr zur Demokratie für überfällig halten. Daß seine Gefolgschaft schwindet, hat Pinochet scheinbar noch nicht kapiert; daß es ihr die Sprache verschlagen hat, sehr wohl! In der schon erwähnten Ansprache zog er den Vergleich zwischen einem Fußball-Match und seiner Politik: Auch wenn bei einem Heimspiel 90 bis 95 o/o Fans des Ortsvereins das Stadion füllten, der aber schlecht spielte, setzten sich die "Besucher" akustisch durch, die Fans des Ortsvereins dagegen wären demoralisiert. Dieselbe Entmutigung beobachte er jetzt - so wörtlich - "bei unseren Leuten". Und nicht nur, daß sie sich nicht mehr trauen, den Mund aufzumachen - "sie hören (was andere sagen) und wiederholen es, ohne zu denken und zu überlegen" ...

Die Reaktionen der "demokratischen" Rechten

Was sie tatsächlich denken und was sie bedrängt, versucht der großbürgerliche MERCURIO in einem sonntäglichen Leitartikel (22.5.) zu verkümmern - und wohl nicht mehr Pinochet, sondern den Streitkräften. Er hat begriffen, daß am 11. nicht nur die "Opposition", sondern "weite Kreise" sich artikulierten. Als Ursachen für den Protest führt er verklausuliert, aber immer noch deutlich genug an: "Die Verewigung des verfassungsmäßigen Ausnahmezustands, der den Beginn eines wirklichen Übergangs (!!! d. Übersetzer) zu bürgerlicher Normalität verhindert; das offenkundige Stagnieren bei anderen Bestrebungen zur Öffnung, die es erlauben, den einfachen Bürger darauf vorzubereiten, zur Volljährigkeit in politischen Angelegenheiten zurückzukehren, das Andauern bestimmter erzwungener Exil-Fälle von Personen, deren friedliche und demokratische Gesinnung diese Sanktion nicht rechtfertigt; die langjährige militärische Intervention in Bereichen - wie dem der Universitäten - die nach zehn Jahren den Status wiedererlangt haben könnten, der ihnen eigentlich zukommt; die mangelnde Durchsichtigkeit der Gesetzgebung; die Formen von Vorzensur, die in Bereichen intellektuellen Schaffens andauern - das sind einige Sorgen, die, über Ideologien und politische Positionen hinweg, viele Anhänger und Gegner des Regimes einen und die sich durchaus mit den Zielen decken, wie sie in den Grundsätzen (des Regimes) festgehalten wurden, die sein Handeln bestimmen, wie die "Declaración de Principios" und "Objetivo Nacional" (programmatische Erklärungen der Diktatur).

Und da die chilenischen Militärs möglicherweise gar nicht mehr begreifen, was in bürgerlichen Köpfen vor sich geht, heißt es in einem anderen Absatz: "Es wäre ein Irrtum, wenn die Uniformierten die Demonstrationen lediglich als mangelnde Disziplin oder "Undankbarkeit" derselben Zivilisten verstünden, die vor zehn Jahren laut und in öffentlichen Demonstrationen ihr Eingreifen zur Rettung des Landes verlangten..."

Protest der Journalisten gegen Schlägerbanden

Der Journalistenverband hat wegen dieser Banden inzwischen beim Verfassungsgericht Klage gegen Innenminister Montero eingereicht. Die Klage verlangt, die Verantwortung des Ministers für die Überfälle der Schlägertrupps und 2. seine Untauglichkeit als Innenminister festzustellen. Das Gericht hat noch zu entscheiden, ob es den Antrag verfolgen oder zurückweisen wird ...

Seit Anfang Mai demonstrieren Journalisten in Protestmärschen regelmäßig dienstags gegen die existierenden Beschränkungen der Pressefreiheit. Auslöser waren einerseits die Angriffe der Schlägerkommandos, andererseits die nach wie vor existierenden Pressionen gegenüber unabhängiger Berichterstattung.

Die Diktatur sorgt dafür, daß neue Anlässe für Proteste nicht ausbleiben: Als am 11. Mai der christdemokratisch orientierte Sender Radio Cooperativa über die Proteste berichtete, die nach Regierungsversion zunächst gar nicht stattgefunden hatten, wurde ihm auf unbegrenzte Zeit jegliche Nachrichten- und Kommentarsendungen untersagt. Ohne den Ausgang der bei Gericht eingereichten Klage abzuwarten, hob Pinochet selbst nach neun Tagen die Entscheidung auf; regierungshörige Gewerkschafter hatten die Ehre, die frohe Botschaft als erste zu überbringen ...



JOURNALISTEN PROTESTIEREN MIT VERKLEBTEM MUND

Reaktionen im Ausland

Die Hupkonzerte und der Lärm der leeren Kochtöpfe in Chile haben weltweit ein erstaunliches Echo ausgelöst. Das ist natürlich begrüßenswert. Aber offenkundig ist, daß die chilenische Diktatur erst in dem Augenblick wieder ein Thema für die westlichen Medien wurde, als sich weite bürgerliche Kreise dem Protest gegen das anschlossen, was Chiles Arbeiter seit Jahren erleiden. Die Proteste der Gewerkschaften gegen das Regime und ihre Forderungen nach Rückkehr zur Demokratie sind inhaltlich überhaupt nicht neu. Neu ist, daß auch das bürgerliche Lager bis in die Kreise der Rechten sich diesen Forderungen jetzt anschließt. Und erst das macht "Chile" wieder schlagzeilenträchtig.

Das gilt entsprechend auch für chilenische Journalisten in Chile: jahrelang haben die chilenischen Medien sich zu Komplizen des Regimes gemacht, indem sie über die existierende Unterdrückung der Berichterstattung hinaus peinliche Selbstzensur geübt haben. Auch wenn es zynisch klingt, muß man feststellen, daß die Prügel, die bürgerliche chilenische Journalisten jetzt von den Schlägerkommandos erhielten, ihren Bewußtseinsstand bemerkenswert geschärft und ihre Zunge erstaunlich gelöst haben, um endlich das anzuprangern, was dem einfachen Volk seit Jahren widerfahren ist...

Auf Regierungsebene gab es die prononcierteste Reaktion von Seiten der französischen Regierung: Der französische Außenminister Cheysson nannte vor der Nationalversammlung Pinochet einen "Fluch für sein Volk", und der französische Botschafter in Chile, der eh gerade in Frankreich weilte, verschob seine Rückkehr nach Santiago, um seiner Regierung "Bericht zu erstatten", wie die diplomatische Floskel heißt.

Eine klimatische Veränderung konnte auch der Vorsitzende der chilenischen Christdemokraten, Gabriel Valdés, bei seinem letzten Besuch in Washington wahrnehmen (kurz vor dem "11."): Hatte er bei früheren Besuchen nur schwer Zugang zu US-Regierungskreisen gefunden, so erwartete ihn diesmal ein Wagen des US-Außenministeriums am Flughafen. Im wesentlichen blieb es aber bei dieser Geste; Außenminister Shultz erklärte dem Chilenen, die USA seien aufgrund der Situation in Zentralamerika nicht interessiert, auf einen Sturz Pinochets hinzuwirken. Dieses Desinteresse der US-Regierung - könnte man spekulieren - muß nicht unbedingt negativ sein (und braucht den Bemühungen US-Botschafter Theberges vor Ort, s.o., überhaupt nicht zu widersprechen) - es könnte der chilenischen Opposition Freiraum lassen, aus eigener Kraft den Sturz der Diktatur Pinochets zu betreiben.

QUELLEN: LATIN AMERICA WEEKLY REPORT; EL MERCURIO (Internationale Ausgabe); HOY

Die Reise Monteros

Daß in einer für die Diktatur so kritischen Phase Innenminister (und Kabinettschef) **M o n t e r o** eine Privatreise in die USA unternimmt, nur um beim Empfang des Doktors für seinen Sohn gegenwärtig zu sein (und für diesen Zweck eigens ein Gesetz erlassen werden muß, das Verteidigungsminister Carvajal zu seinem Stellvertreter ernannt), ist als offizielle Erklärung plump unglaubwürdig. Tatsächlich reist er als Feuerwehrmann, um Komplikationen in den Beziehungen zu den USA zu dämpfen. Wieso reist dafür der Innenminister? Es geht um zwei Probleme: die Auslieferung Townleys an Argentinien zu verhindern (vgl. LN 115 und "Gangster-Karussell" in diesem Heft) und "illegale" Waffenverkäufe.

Als Townley von Pinochet an die USA ausgeliefert wurde, handelte Montero, damals Staatssekretär im Innenministerium, in einem Protokoll mit der US-Administration Carters aus, daß Townley nur in den USA vor Gericht gestellt werden dürfe. Und natürlich muß die Diktatur ein brennendes Interesse haben, daß Verbrechen des Geheimdienstes DINA, deren Verantwortlicher Pinochet war, jetzt nicht wieder vor der Weltöffentlichkeit aufgerollt werden.

Der zweite Grund: Die United Aviation Industries hat illegal Waffen an die chilenische Diktatur verkauft. Das Verbot stammt aus der Zeit Carters. Reagan hat bislang vergeblich versucht, es aufheben zu lassen. Umso erstaunlicher, daß trotzdem der Fall aufgedeckt wurde und zwei Angehörige der Firma der "Konspiration" angeklagt wurden - und zwei chilenische Offiziere als "Mitverschwörer", die an der chilenischen Botschaft in Washington für Waffenkäufe zuständig sind bzw. waren.

Wird Montero angesichts so drängender Aufgaben im Dienst des Vaterlands überhaupt Zeit finden, seinen Sohn zu umarmen?



SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Hilfe für Chile

In Treue fest

Das Vertrauen der internationalen Bankwelt in die monetaristischen Lenker der chilenischen Wirtschaftspolitik ist unerschütterlich. Ende April erreichte Chile bei den großen internationalen Privatbanken nicht nur eine Umschuldung der 1983 und 1984 fällig werdenden Auslandsschulden zu sehr günstigen Bedingungen, sondern auch noch die Gewährung hoher zusätzlicher Kredite. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte natürlich zugunsten des Landes bei den Banken interveniert.

Neben dem kategorischen Imperativ "Bereichert Euch!", wie er in jeder kapitalistischen Gesellschaft gültig ist, hat es in den Jahren des scheinbar ungehemmten sogenannten "Aufschwungs" oder "Wirtschaftswunders" zwischen 1976 und 1980 eine zweite Devise für jedermann gegeben, die den Pfiffigsten unter den Bankiers erst die ungetrübte Freude am ganz großen Reichtum garantieren sollte. Und diese Devise hieß: "Verschuldet Euch!".

Von den insgesamt 18 Milliarden US-Dollar Auslandsschuld, die Chile in diesen Jahren angehäuft hat und die das Land zu einem der Länder mit der höchsten Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung machen, bestand der überwiegende Anteil im Unterschied zu fast allen anderen Ländern nicht aus Staatsschulden, sondern aus Schulden von Privaten.

Den privaten chilenischen Banken (und nicht dem Staat) schenkte die internationale Finanzwelt noch lieber Vertrauen als den staatlichen Bürokratien anderer Länder, und so flossen die ungeheuren Ströme von Petro-Dollars, die nach einem Recycling suchten, bevorzugt zu den chilenischen Banken, die nach ihrer Privatisierung in die Hände der aggressivsten Wirtschafts-Clans geraten waren, solcher Gruppen wie der von Vial und Lüders oder von Cruzat und Larraín und anderer, Gruppen, die zu Recht "Piranhas", "Krokodile" und "Haie" genannt werden.

Die Dollars wurden nun dazu verwandt, weitere Banken, Firmen, Gesellschaften und Spekulationsobjekte für den eigenen Clan zu kaufen, die eigenen Betriebe und Gesellschaften durch Kredite zu günstigen Konzessionen gegen die Konkurrenz der kleinen Unternehmer zu stützen und dieser Konkurrenz Kredite mit einem hohen Aufschlag von häufig 15 Prozent weiterzureichen. Mit immer höheren Aufschlägen wurden die Kredite bis an den letzten Produzenten und Konsumenten weitergegeben, dem man zurief: "Verschulde Dich! Verschulde Dich! Nichts ist einfacher als das!" Als Sicherheit galt die Zukunft des Landes. Was konnte bei Wachstumsraten von acht Prozent schon passieren.

600 (sechshundert) Banken der internationalen Finanzwelt waren an diesem Spiel beteiligt, die zwölf führenden verdienen eine Erwähnung. Es sind: der Manufacturers Hanover Trust, die Bank of Nova Scotia, die Bank of America, die Bank of Tokio, der Bankers Trust, die Chase Manhattan Bank, die Chemical Bank, der Credit Suisse, die Deutsch-Südamerikanische Bank (eine Tochter der Dresdner Bank) die Midland Bank, die Citibank und der Morgan Guaranty Trust. Also die Creme de la Creme.

Der IWF ist zufrieden

Daß dieses ganze Geschäft nur bei starkem Wirtschaftswachstum und einer ständigen Zufuhr an zusätzlichen Dollars weiterfunktionieren konnte, hätte eigentlich jedermann klar sein können. Als diese beiden Grundlagen plötzlich nicht mehr gegeben waren und seit 1980 sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Petro-Dollars ausblieben, war es mit dem leichten Schuldenmachen plötzlich zu Ende. Wo auch immer Schulden eingetrieben werden sollten, stand man plötzlich vor dem Nichts.

Der monetaristische Nachtwächterstaat sah sich plötzlich gezwungen, in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Erst wurden viele private Schulden vom Staat teils garantiert, teils übernommen, dann die Banken unter eine stärkere Kontrolle gestellt, und als auch das nicht ausreichte, wurden im Januar dieses Jahres die wichtigsten Banken vom Staat interveniert und in eigene Regie übernommen. Sozialismus à la Friedman.

Kurz zuvor hatte man noch dem Internationalen Währungsfonds eine Reihe von Versprechungen gemacht, um einen Stand-By-Kredit und damit vor der internationalen Bankwelt das Gütesiegel absoluter Kreditwürdigkeit zu erhalten. Nach der Intervention der Banken war es gar nicht möglich, die Versprechungen gegenüber dem IWF einzuhalten. So wurden denn die Bedingungen in passender Weise geändert, der Finanzminister legte dem IWF in einem Brief die "Grundprinzipien" der chilenischen Regierung dar, wonach sie sich verpflichtet, "einen starken und lebensfähigen Privatsektor beizubehalten, anzuregen, zu fördern und zu unterstützen", und der Exekutivdirektor des IWF, Jacques de Larosiere, nahm diese Absichtserklärung zum Anlaß, seinerseits an alle internationalen Gläubigerbanken zu schreiben und um eine Umschuldung sowie weitere zusätzliche Kredite zu bitten. So geht das unter Brüdern. Von weiteren Auflagen, wie sie der IWF gewöhnlich anderen Ländern zu machen pflegt, kann er in Chile auch absehen, weil alle Marter- und Folterwerkzeuge, die er gewöhnlich anzudienen pflegt, in Chile schon lange freiwillig und bis zum Exzeß angewandt worden sind, um das Klima für die Kapitalseite reizvoll zu gestalten.

Hatte der IWF auf diese Weise erst mal seinen Segen gegeben, so fehlte es dann Ende April nicht mehr an dem nötigen Verständnis der internationalen Finanzwelt. Die zwölf führenden Gläubigerbanken vereinbarten mit Chile, daß

- Schulden in Höhe von 3,4 Milliarden US-Dollar, die 1983 und 1984 fällig geworden wären, erst innerhalb von acht Jahren bei vier Freijahren zurückgezahlt werden müssen, und daß
- weitere 1,3 Milliarden US-Dollar neue und zusätzliche Kredite an Chile gegeben werden.

Die Schulden werden also noch weiter ansteigen. Der Schuldendienst wird noch schwerer werden.

Wer auch immer eines Tages an die Stelle von Pinochet und seinen Chicago Boys tritt, er wird eine schwere Erbschaft übernehmen.

"Gott hat unsere Gebete erhört..."

Ein Konservativer wird Nachfolger von Kardinal Silva Enriquez als Erzbischof von Santiago

Lucia ("die Lichtvolle"), erste Dame der Nation, kommentierte die in Rom getroffene Wahl des erzkonservativen bisherigen Bischofs von La Serena, Juan Francisco Fresno, zum Nachfolger von Raúl Kardinal Silva Henriquez als Erzbischof der Diözese Santiago mit den Worten: "Gott hat unsere Gebete erhört!"

Vermutlich hat die First Lady mit diesem in verschiedenen chilenischen Medien wiedergegebenen Satz dem neuen Oberhirten der größten chilenischen Kirchenprovinz keinen guten Dienst erwiesen. Fresno selbst dürfte diese Aussage nicht einmal als Beifall von der falschen Seite empfunden haben. In einem ganzseitigen Interview, das er einige Tage nach Bekanntgabe seiner Wahl der regierungsfreundlichen Tageszeitung EL MERCURIO gab, betonte Fresno mehrfach (wie auch schon in seiner ersten Predigt nach der Entscheidung des Vatikans), daß er sich als Bischof aller, der Armen und ausdrücklich auch der Reichen, verstehe. Als Erzbischof von Santiago würde er zunächst einmal mit der Regierung reden, mit dem Chef der Carabineros und mit dem Innenminister. Die gezielte Frage der Reporterin, ob er denn mit der Vorliebe weiter Teile der Katholischen Kirche Lateinamerikas für die "Option für die Armen" einverstanden sei, beantwortete Fresno ausweichend.

Seine Antwort auf die Frage nach der Unterschiedlichkeit seiner Persönlichkeit zu der seines Vorgängers, des Kardinals Silva Henriquez ("Heißt das, daß Sie weniger streitsüchtig, diplomatischer, nachgiebiger sind?"), lautete:

"Ich würde sagen, jeder setzt die Akzente auf andere Werte. Ich habe immer gern den Akzent auf den Dienst und die Einheit gesetzt, die Gott von uns verlangt und die von der Liebe zu allen getragen sein muß. Mir scheint, daß der Herr Kardinal die gleiche Liebe zum Nächsten gespürt hat, aber einen besonderen Akzent auf die Gerechtigkeit und auf die Hilfe für die leidenden Menschen, für die Verfolgten und für diejenigen, die schwierige Momente durchmachen, gesetzt hat."

Seine theologischen Positionen unterscheiden sich freilich erheblich von denen liberaler Kleriker oder gar von denen der Befreiungstheologen. Die gesellschaftlich bedingten Ungerechtigkeiten, die die Realität Lateinamerikas prägen, schreibt er nicht - wie die lateinamerikanischen Bischöfe auf ihren Generalversammlungen in Medellín (1968) und Puebla (1979) festgestellt hatten - der strukturellen Gewalt oder der "sozialen Sünde" zu, sondern gibt die verblüffend einfache Antwort:

"Die Ungerechtigkeiten, die die Ärmsten der Armen erleiden, sind ein Ergebnis der Erbsünde. Ebenso natürlich auch die fehlende Gerechtigkeit einiger Menschen, die die Rechte ihrer Mitmenschen nicht respektieren, die keine gerechten Löhne bezahlen..." Die Sünde gehe immer vom Einzelnen aus und nicht vom System.

So verwundert es wohl auch kaum, daß sich Fresno guter Kontakte zu Pinochet rühmt: "Meistens genügt ein einfacher Telefonanruf..."

Politisch plädiert er für eine "Nichteinmischung in die Parteipolitik", was einer tagespolitischen Abstinenz gleichkommt und de facto immer eine Unterstützung der Mächtigen bzw. des Stärkeren in der politischen Auseinandersetzung bedeutet. Da er Erklärungen jeder Art nicht besonders liebt, manche Beobachter sagen ihm erhebliche Formulierungsschwierigkeiten im politischen Bereich nach, ist von ihm allemal die öffentliche Zurückhaltung zu erwarten, die das Regime sich von der Kirche wünscht.

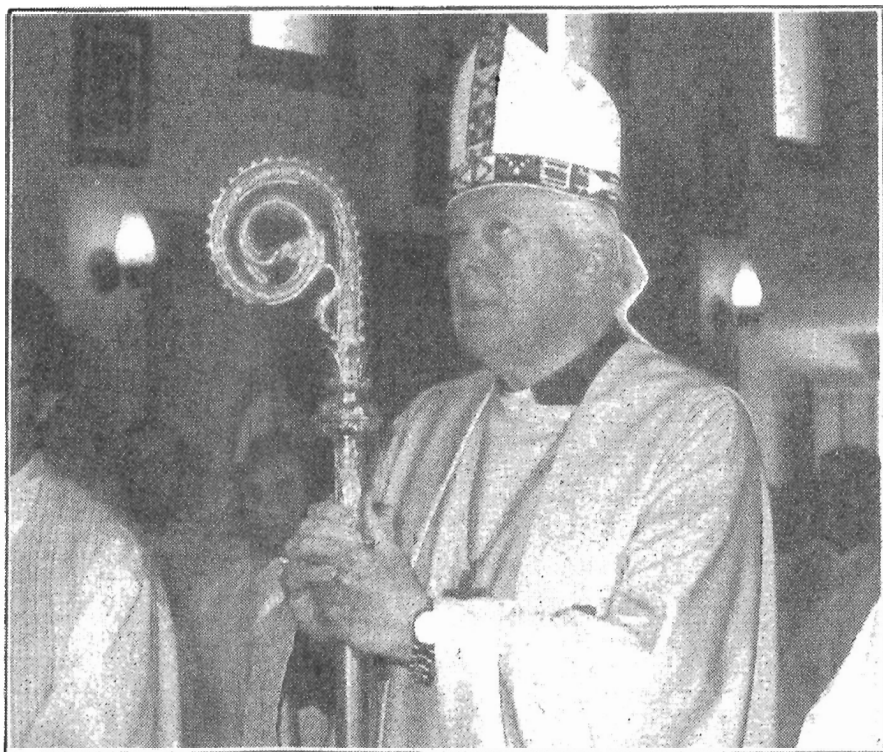
Gleichzeitig mit Fresno kommen zwei andere Erzbischöfe auf die beiden nach Santiago wichtigsten Bischofsstühle: Valparaíso und Concepción. In beiden Fällen scheiden die bisherigen Amtsinhaber durch Erreichen der Altersgrenze (75 Jahre) aus.

Während in Valparaíso der reaktionäre Emilio Tagle seinen Stuhl räumen und für den zur "christdemokratischen" Mitte tendierenden bisherigen Bischof von San Felipe-Francisco de Borja Valenzuela, Platz machen muß, kommt in Concepción der langjährige Vorsitzende der chilenischen Bischofskonferenz (1968-74 und 1977 bis heute) und Erzbischof von Valdivia, Manuel Santos, zum Zuge. Er ist eher zum gemäßigt progressiven Flügel der chilenischen Bischöfe zu rechnen.

Es wäre jedoch grundverkehrt, die relativ positiven Wechsel in Valparaíso und Concepción als Ausgleich für den deutlichen Rückschritt in der Hauptstadt anzusehen. Denn erstens hat Santiago eine ungleich größere Bedeutung - zur Diözese Santiago gehören über 4 Millionen Katholiken (knapp 50% aller chilenischen Katholiken), und Santiago ist in jeder Hinsicht das Zentrum des Geschehens in Chile -- als alle anderen Bistümer und zweitens steht zu erwarten, daß Erzbischof Fresno über kurz oder lang in den Rang eines Kardinals erhoben wird, wodurch er eine erhöhte kirchenpolitische und damit auch allgemein politische Bedeutung erhält.

Viel wird davon abhängen, ob und wie schnell sich der neue Erzbischof seiner vier Generalvikare entledigt, die die wichtigste Funktion für die praktische Arbeit der Kirche in der Hauptstadt-Region ausüben. Drei der vier Vikare zählen - mit Recht - zum progressiven Flügel des chilenischen höheren Klerus. Sie haben in der Vergangenheit aus ihrer Ablehnung des Pinochet-Regimes nie einen Hehl gemacht und fast jede Gelegenheit genutzt, dies auch in der Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Vielleicht wird schon die erste Woche nach der offiziellen Amtseinführung des neuen Erzbischofs zeigen, ob er seine neutralistische Haltung durchhalten kann. Für den 14. Juni ist ein weiterer Tag des "nationalen Protestes" angekündigt, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Regime bei dieser Gelegenheit seine repressiven Fähigkeiten unter Beweis stellen will.



Rückblick: Chile vor 10 Jahren

Die Monate vor dem Putsch (III)

Am 11. September dieses Jahres sind zehn Jahre seit dem blutigen Militärputsch von Santiago vergangen. Unsere Chronik über die letzten Monate und Wochen davor setzen wir von jetzt ab mit Zitaten aus eigener Quelle fort: Ende Juni 1973 erschienen zum ersten Mal die CHILE-NACHRICHTEN, als deren Erben und Nachfolger wir uns betrachten können. Der Nachdruck aus den ersten Nummern von damals wird auf diese Weise gleichzeitig ein Beitrag zu unserem eigenen zehnjährigen Jubiläum.

Bis zum 11. September 1973 erschienen damals noch vier Nummern in einer sehr kleinen, aber doch schnell wachsenden Auflage von zuerst 50, dann bis zu 200 Exemplaren. Nach dem Putsch wuchs dann die Auflage mit dem allgemeinen Interesse auf nie wieder erreichte 6000 Exemplare.

Ein kurzer Kommentar zu den nachfolgenden Kalenderblättern von damals erscheint notwendig: Die CHILE-NACHRICHTEN waren zunächst so etwas wie das interne Informationsorgan des im Mai 1973 gegründeten Komitees Solidarität mit Chile. Beim Schreiben wurde vorausgesetzt, daß sich die Leser über Bibliotheken, Freunde oder eigene Abonnements Zugang zu den wichtigsten Zeitschriften der Linken Chiles (wie etwa CHILE HOY oder PUNTO FINAL) beschaffen könnten.

Die Berichte zeigen mit erschreckender Deutlichkeit auf, wie zielstrebig die verschiedenen Kräfte der damaligen Opposition in Chile auf einen Putsch hinarbeiteten. Und trotzdem waren die Schreiber und die Leser der folgenden Zeilen völlig überzeugt davon, daß die Kräfte der Linken jederzeit ausreichen würden, die verfassungsmäßige Regierung Salvador Allendes zu verteidigen...

Der erste Bericht wurde am 28. Juni 1973 zusammengestellt, genau einen Tag vor dem ersten Putschversuch, dem sogenannten "Tancozo". In letzter Minute war noch über Radio die Nachricht von einem Attentat auf General Prats gekommen. Sie wurde in den Bericht aufgenommen; erst später stellte sich heraus, daß sie so nicht stimmte: Keifende Damen aus der High Society des Oberklassenviertels von Santiago hatten den Wagen von Prats angehalten und den General bespuckt und als Feigling beschimpft, weil er es mit der Verfassung ernst nahm. Opfer eines tödlichen Attentats wurde Carlos Prats erst ein Jahr später, als ihn die von Pinochet ausgesandten Mordgesellen des Geheimdienstes DINA in Buenos Aires ermordeten. Wie er und Salvador Allende mußten auch José Tola und Orlando Letelier sterben, weil Pinochet sie als eine Gefahr für den Bestand seiner unbeschränkten Diktatur hielt.

CHILE NACHRICHTEN vom 28. Juni 1973

Das Attentat auf den Oberkommandierenden des Heeres, General Carlos Prats, am 27. Juni ist wohl noch am ehesten zu verstehen als eine Kurzschlußreaktion rechter Kräfte angesichts der Geschlossenheit und Selbstbehauptung, die Regierung, Linksparteien und Arbeiterschaft in der jüngsten Krise zu zeigen beginnen.

Präsident Allende hat am 21. Juni in einer offensiv gehaltenen Rede eine Klage gegen die Führung der Nationalen Partei und das Verbot der faschistischen Organisation "Patria y Libertad" angekündigt. Zum ersten Mal hat er selbst auch dazu aufgerufen, "poder popular" (Volksmacht) zu schaffen. Allende sprach auf einer Massenkundgebung mit, wie die Polizei zählte, mehr als 700.000 Teilnehmern.

Der Gewerkschaftsbund CUT hatte für diesen Tag zu einem Generalstreik in Santiago, Valparaíso, Concepción und Arica aufgerufen, der zeigen sollte, daß allein die Arbeiter in der Lage sind, das Land zum völligen Stillstand zu bringen. (Vgl. dazu das Interview mit dem Präsidenten der CUT Jorge Godoy in CHILE HOY Nr. 54). Gleichzeitig riefen aber auch die oppositionellen Verbände und Parteien zum Streik gegen die Regierung auf.

Die gegenwärtigen politischen Spannungen haben mit dem Streik begonnen, den Teile der Angestellten und Arbeiter in der Kupfermine El Teniente seit nun schon zwei Monaten führten. (Genaue Chronologien in CHILE HOY Nr. 49 und 51 und PUNTO FINAL Nr. 185). Die Streikenden hatten bei und nach ihrem Marsch auf Santiago die Erwartungen der politischen und wirtschaftlichen Opposition erfüllt und ihre volle Unterstützung gefunden. Am 15. Juni übernahm - bei strömendem Regen - die linke Arbeiterschaft wieder die Kontrolle der Straßen des Zentrums, auf denen es in den Tagen und Wochen zuvor ständig Unruhen gegeben hatte. Ein brasilianischer Student, Mitglied des MIR, wurde zur gleichen Zeit im Zentrum von Anhängern der Nationalen Partei erschossen. An seiner feierlichen Beerdigung nahmen auch Vertreter aller Parteien der Unidad Popular teil (17. Juni).

Die Christdemokraten verstärkten derweil ihren Druck auf die Regierung mit immer neuen Kundgebungen. Im Parlament setzten sie die Absetzung des Bergbauministers Sergio Bitar und des Arbeitsministers Luis Figueroa durch (20. Juni). Neue Anklagen gegen die Minister für Wirtschaft und Inneres, gegen den Intendanten von Santiago und gegen das ganze Kabinett stehen auf der Tagesordnung. Zum Streit über das Verfassungsreformprojekt über die Schaffung des staatlichen Wirtschaftssektors kommt jetzt mit dem verfassungsändernden Agrarreformprojekt des DC-Senators Rafael Moreno ein neuer Streitpunkt hinzu. (Analyse in CHILE HOY Nr. 53).

Die Nationale Partei ging noch weiter, erklärte am 16. Juni die Präsidentschaft Allendes für praktisch beendet und forderte zum konsequenten Ungehorsam auf.

Die Justiz arbeitete weiter der Opposition in die Hände (vgl. das Interview mit dem Generalsekretär der Regierung Aníbal Palma in CHILE HOY Nr. 53). Die Herabsetzung der Strafe für den Hauptverantwortlichen des Attentats auf General Schneider im Oktober 1970, General Vial, von 20 auf 2 Jahre Haft wurde endgültig bestätigt.

Der erste Kongreß der Unidad Popular, der das Ziel hatte, die Parteien der Koalition zu größerer Einheit und Geschlossenheit in der Führung von Politik und Wirtschaft zu bringen, fand vom 21. 6. bis 24. 6. statt. Das politische Interesse konzentriert sich auch nach dem Attentatsversuch auf General Prats jetzt vor allem auf die nächste Umbildung des Kabinetts, für die erneut eine Beteiligung des Militärs erwartet wird.



General Carlos Prats

CHILE NACHRICHTEN vom 12. Juli 1973

Der gescheiterte Versuch eines Militärputsches am 29. Juni in Santiago hat vor allem drei Dinge gezeigt: Erstens schrecken große Teile der Rechten vor keinem Mittel mehr zurück, wenn es darum geht, die ihre Interessen immer ernsthafter bedrohende UF-Regierung zu beseitigen. Zweitens hält der überwiegende Teil der Armee gegenwärtig noch zur verfassungsmäßig gewählten Regierung. Und drittens ist die Arbeiterklasse entschlossen und vorbereitet wie nie zuvor, einem Angriff auf die von ihr erkämpften Positionen konzentriert offensiv zu begegnen.

Die Führung der faschistischen Organisation "Patria y Libertad" (Vaterland und Freiheit) hat nach ihrer Flucht in die ecuatorianische Botschaft keinen Hehl daraus gemacht, daß sie an der Vorbereitung des Putsches maßgeblich beteiligt war. Ihr "Führer" Pablo Rodríguez und Benjamin Matte, bis vor kurzem noch Präsident der Nationalen Landwirtschaftsgesellschaft (SNA), glaubten nicht einmal mehr, auf den reaktionären Justizapparat vertrauen zu können, der gleichwohl wenig später die regionalen Faschisten-"Führer" von Concepción aus der Haft entließ. Inzwischen mehren sich die Nachrichten über paramilitärische Verbände und Waffenlager der Faschisten im Süden Chiles. Unter anderem in der deutschen Kolonie in "Dignidad". Aber auch die übrigen Gruppierungen und Parteien der Opposition hatten in Wort und Tat Aktivitäten entfaltet, die als direkte Aufforderung zu einem Militärputsch verstanden werden mußten. (Zur Vorbereitung und zu den Hintergründen des Putsches vgl. mehrere Artikel in CHILE HOY Nr. 56).

Der scheinbare Attentatsversuch auf General Prats am 27. Juni erwies sich nachträglich als einer von vielen Versuchen, die Armeeführung zu provozieren und ihre moralische Position zu untergraben.

Das freilich mißlang. Im Moment des Putschversuches folgten die wichtigsten Regimenter Santiagos den Anweisungen des Oberkommandierenden Prats, der selbst bewaffnet mit einem Maschinengewehr die Putschisten vor dem Regierungspalast aufforderte, sich zu ergeben. (Zur aktuellen Rolle des Militärs vgl. den Leitartikel von Pío García und ein Interview mit dem bisherigen Verteidigungsminister José Tohá in CHILE HOY Nr. 55).

Die wichtigste Erfahrung des 29. Juni war jedoch zweifellos die außerordentlich schnelle und disziplinierte Reaktion der Arbeiterklasse. Direkt nach den ersten Nachrichten über den Putschversuch wurden Fabriken, Landgüter, Bürogebäude und Schulen besetzt und für die Verteidigung vorbereitet; die während des Oktoberstreiks der Unternehmer entstandenen organisatorischen Zusammenschlüsse der Arbeiter in den Industriegürteln, die kommunalen Kommandos und die Bauernräte konnten sofort die Koordinierung der Sicherheitsaufgaben übernehmen. Fabriken und Schulen verwandelten sich in Kasernen des Volkes. (Ausführliche Berichte und Interviews in CHILE HOY Nr. 56).

Der Antrag des Präsidenten Allende auf Erklärung des Belagerungszustandes wurde vom mehrheitlich oppositionellen Parlament abgelehnt. (Vgl. dazu den Kommentar von Luis Maira in CHILE HOY Nr. 56). Unter diesen Umständen hob die Regierung auch den zunächst erklärten Ausnahmezustand bald wieder auf, um die Aktionsfreiheit der Linken nicht unnötig einzuschränken.

Die Opposition behandelt inzwischen den Putschversuch als eine reine Episode, mit der sie nichts zu tun hat, und setzt ihre Angriffe gegen die Regierung fort. Zwar wurde der vor allem politisch motivierte Streik eines Teils der Kupferarbeiter von El Teniente unter dem Druck der Ereignisse durch Annahme von Allendes Lösungsvorschlägen am 2. Juli beendet, aber die Verfassungsklagen gegen Minister und Intendenten wurden weitergeführt. Ein Spruch des Rechnungshofes, der eine teilweise Verkündung des christdemokratischen Verfassungsreformprojekts zur Konstituierung der verschiedenen Wirtschaftssektoren verbietet, verspricht überdies eine neue Zuspitzung des schwelenden Verfassungskonfliktes.

Die notwendig gewordene Kabinettsumbildung (6. Juli) brachte wider alles Erwarten keine Beteiligung des Militärs, das bei aller erklärten Loyalität nicht in die direkte politische Auseinandersetzung hineingezogen werden soll. Dem christdemokratischen Rektor der Katholischen Universität, Fernando Castillo, wurde von seiner Partei verboten, das Wohnungsbauministerium zu übernehmen. Gleichwohl läßt die neue Zusammensetzung des Kabinetts darauf schließen, daß der Versuch gemacht werden soll, die verfassungstreuen Elemente der Opposition von den aufrührerischen Kräften zu trennen. Da unseres Wissens keine deutsche Zeitung die neue Kabinettsliste korrekt gemeldet hat, soll sie hier wiedergegeben werden (kein Ministerium wechselte die Partei):

Inneres: Carlos Briones (Sozialist) neu
 Äußeres: Orlando Letelier (Sozialist)
 Wirtschaft: José Cademartori (Kommunist) neu
 Finanzen: Fernando Flores (MAPU)
 Siedlung: Roberto Cuellar (API)
 Verteidigung: Clodomiro Almeyda (Sozialist) neu
 Erziehung: Eduardo Enríquez (Radikaler) neu
 Öffentliche Arbeiten: Humberto Martones (Radikaler)
 Landwirtschaft: Eduardo Torrealba (Sozialist) neu
 Justiz: Sergio Insunza (Kommunist)
 Wohnungsbau: Luis Matte (unabhängig)
 Gesundheit: Arturo Jirón (MAPU)
 Bergbau: Pedro Felipe Ramírez (Christliche Linke) neu
 Arbeit: Jorge Godoy (Kommunist) neu
 Generalsekretär: Aníbal Palma (Radikaler)

Das neue Kabinett soll vor allem einen wirtschaftlichen Notstandsplan ausarbeiten und in die Praxis umsetzen. (Über die Schwierigkeiten der Versorgung mit Weizen bzw. Brot unterrichtet ein ausführlicher Artikel in CHILE HOY Nr. 56). Daneben gilt die Aufmerksamkeit der Stärkung der Wachsamkeitskomitees in allen Betrieben, die von der Opposition - unter Führung von Senatspräsident Eduardo Frei - als angebliche Volksmilizen erbittert bekämpft werden.

Faschistische Internationale

Gangsterkarrusell

Während Bombenleger Townley nach Verbüßung von fünf Jahren seiner zehnjährigen Strafe für den Mord an Letelier (vgl. LN 115) auf Bewährung entlassen wurde, traf wenige Stunden zuvor das Auslieferungsgesuch der argentinischen Regierung ein. Townley wurde sofort wieder in Haft genommen - und fast gleichzeitig stellt die US-Regierung einen Auslieferungsantrag an die argentinische Regierung. Sie verlangt die Auslieferung des ehemaligen bolivianischen Innenministers Luis Arce Gómez wegen Kokainschmuggels (Arce Gómez war Minister unter der Militärdiktatur von Garcia Meza). Aus seiner Regierungsposition wirkte er mit Hilfe einer kleinen Privatarmee mit am Handel der bolivianischen Kokain-Mafia in die USA.

Im Oktober 82 floh Gómez ins argentinische Exil, inzwischen befindet er sich jedoch in einem Gefängnis in Buenos Aires, obwohl ihm einflußreiche Freunde unter den argentinischen Militärs nachgesagt werden.

Die zeitliche Koordination der Auslieferungsgesuche wie der Inhaftierungen läßt NEWSWEEK vermuten, diese auffälligen Parallelen ließen auch eine gleichzeitige Entscheidung erwarten.

Fast gleichzeitig damit wurde (13.5.) in ITALIEN Anklage gegen drei Neofaschisten erhoben - wegen des Attentats, das sie am 5.10.1975 gegen den Chilenen Bernardo Leighton und seine Frau in Rom verübten. (Der Christdemokrat Leighton war vor der Pinochet-Diktatur ins Exil gegangen.) Leighton wurde schwer verletzt, überlebte jedoch. Kontaktmann für den chilenischen Geheimdienst DINA zu den italienischen Neofaschisten: CIA- und DINA-Agent Michael Townley...

Im Gegenzug für Geld und Waffen übernahm ein italienisches Kommando die Ausführung des Attentats, gleichzeitig öffnete die Auftragsarbeit den italienischen Neofaschisten Kontakte zu den lateinamerikanischen Militärregimes.

Es handelt sich um dieselbe Terroristengruppe, die am 2. August 1980 den Bombenanschlag auf den Bahnhof in Bologna ausführte (85 Tote). Stefano delle Chiaie, der Kopf dieser Terroristen, hatte sein Aktionsfeld nach Argentinien verlagert und arbeitete für die dortige Diktatur; Pierluigi Concutelli, der das Leighton-Mordkommando führte, wurde wegen der Ermordung eines italienischen Richters 1977 in Italien verhaftet und verurteilt.

Delle Chiaie ging mit Komplizen 1980 nach BOLIVIEN, ihr "Hauptquartier" hatte die Gruppe in Santa Cruz; sie arbeiteten dort für die Kokain-Mafia. Nach dem bolivianischen Putsch im Juli 1980 von Garcia Meza "arbeiteten" sie für das bolivianische Innenministerium unter - Arce Gómez. Nach der Rückkehr Boliviens zu einer demokratischen Regierung konnte italienische Polizei Pagliais habhaft werden, er wurde dabei freilich schwer verletzt und starb während seiner Überführung nach Italien.

Delle Chiaie gelang wenige Tage zuvor die Flucht (mit Luis Garcia Meza und Arce Gómez) nach Argentinien; beim Dritten Armeekorps in Córdoba erhielten sie allesamt Asyl...

(Quellen: NEWSWEEK, 30. Mai 83 ; LN 112; HOY (Chile), Nr. 305, 25.-31. Mai 83)

Für eine unabhängige und undogmatische chilenische Linke

Von Mario Durán Vidal

Vorbemerkung der Redaktion: Wie sich manche Leser sicher noch erinnern werden, haben wir in der Nummer 100 der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN eine Reihe von Prominenten aus der lateinamerikanischen Linken zu Wort kommen lassen. Leider erst für Nummer 101 erreichte uns ein Artikel von Alfonso González Dagnino und Annemarie Wiedmaier Burgos, ein Artikel, der die Rolle der Intellektuellen in der Entwicklung einer Alternative für Chile diskutierte und dazu aufforderte, alte Denkgewohnheiten über Bord zu werfen. Als Antwort dazu erreichte uns damals schon sehr bald der folgende Beitrag von Mario Durán Vidal. Durch einiges (an sich unentschuld-bare) Mißgeschick ging er zwischenzeitlich verloren. Nun hat er sich wieder angefounden, und da ein ernsthafter Beitrag zur Aufgabe der chilenischen Linken immer wichtig ist und nie zu spät kommt, drucken wir ihn hier mit über einem Jahr Verspätung ab. Das Wort hat Mario Durán Vidal:

Ich habe mit großem Interesse den Artikel von Dr. González Dagnino und Annemarie Wiedmayer Burgos in den Lateinamerika-Nachrichten No. 101 gelesen, weil schon allein der Titel des Themas für diejenigen, die wir Teil dieser chilenischen exilierten "Diaspora" sind, etwas für sich von fundamentaler Bedeutung ausdrückt.

Es sind schon mehr als neun Jahre des weiten Hinundherreisens im Exil vergangen, in denen wir ständig ein schreckliches diktatorisches Regime haben, das uns jeden Tag eine traurige unangenehme Überraschung bringt oder bringen kann, ein Regime, welches auf der Suche ist, eine kapitalistische Entwicklungsmöglichkeit für den Sektor der Privilegierten anzubieten, ein politisches, ökonomisches und soziales Modell in die Praxis umgesetzt hat, welches meines Erachtens nach schon genügend definiert worden ist (Frank, Vuscovic, U. Müller-Plantenberg, usw.) und welches eine bedeutende historische Veränderung hervorgerufen hat.

Nun gibt es nicht mehr die in den Institutionen anzutreffende Linke, die mit dem populistischen Staat verzahnt war, man machte Schluß mit dieser Linken, in der wir als seine Mitglieder aufgrund dessen, daß wir ein Teil des Systems waren, die Möglichkeit genossen, eine berufliche, technische und politische Karriere im Staatsapparat zu machen, und wo wir gleichzeitig weiter gegen die Ordnung der Bourgeoisie schimpfen und eine bessere Welt anbieten konnten. Damit ist jetzt Schluß. Heute sind wir Teile eines Mißgeschicks, des Mißgeschicks einer Linken, die sich vorgestellt hatte, daß sie weiter machen könne mit ihren Idealen eines staatlichen Lebens und welche glaubte, sie könnte eine Welt aufbauen, wo sie ihre Utopie realisieren könne. Heute haben sich die Dinge verändert, das wissen wir alle.

Es gibt bereits etwas, das wir in einer Neuen Welt verstehen, wenigstens wir, die wir im Exil leben, und dies ist, daß die chilenische Linke gebrochen hat mit dieser gewissen Art von "Provinzialismus", welcher vor dem Staatsstreich existierte. Wir wurden mit einer Welt konfrontiert, einer Welt, die uns verurteilt und die uns dazu diente, daß wir uns bewußt wurden, daß wir ein Teil einer komplexen Welt sind, der Welt des internationalisierten Kapitals, der Welt einer internationalen Linken (die uns mit so viel Bestürzung angeschaut hat).

Wir haben uns konfrontiert mit dem, was GD und W B "die Krise des Marxismus" nennen, Krise, oder so etwas ähnliches wie Krise. Sicher ist, daß es genügend Anlaß gibt, sich Sorgen um die ideologischen Komponenten zu machen, welche die Linke formen. Darüber speziell haben sich lange und gründliche Diskussionen entfaltet und innerhalb dieser Thematik hat die chilenische Erfahrung nicht gefehlt. Das heißt, im Exil und nach dem Zusammenbruch haben wir innerhalb der Grundsatzdiskussion über die "Welt-Linke" befunden, und außerdem ist unsere Erfahrung ein Hauptthema dieser Diskussion. An dieser Stelle möchte ich meine erste grundsätzliche Übereinstimmung mit GD und W B hervorheben, daß die chilenische Linke, die Linke der Politischen Parteien, eine Linke ist, die der ideologischen Entwicklung keinen Raum gegeben hat. Sie hat deshalb die Diskussionen bezüglich der brandaktuellen Themen, die die Linke betreffen, über die Kritik am Leninismus, über die Kritik an der Linken verwurzelt in den dogmatischen Machtzentren (Moskau, als mächtigste, Kuba, China, Albanien, heute vielleicht Nicaragua und seine so besondere Erfahrung) und sie nicht auf die täglichen Aufgaben bezogen.

Was noch unglaublicher ist, sie hat nicht einmal ein Bewußtsein darüber gehabt, daß sie einen wichtigen Teil dieser Diskussion bildet. Und daher, wie ich es schon sagte, meine Übereinstimmung mit der Aussage von GD und W B, daß sie eine "Theoriefeindliche Linke ist".

Ich stimme vollkommen mit der zutreffenden Beschreibung von beiden Autoren über die verschiedenen Kategorien von Individuen überein, die einen Teil der "offiziell exilierten Linken" bilden, aber es gibt etwas, was GD und W B nicht machen, nämlich eine mutige Interpretation des "Weshalb" dieser Welt von Unfähigen, die sich wie Odysseus in der Welt bewegen, vorantreiben -. Noch konkreter. Wer macht diese "Odysseus-existenz" möglich? Wer finanziert sie? Wer kann an einer so wenig kreativen und so wenig selbstkritischen Linken interessiert sein?

Ich halte es für notwendig etwas aufzuzeigen, das keine Neuigkeit ist und das schon auf verschiedenen Ebenen der historischen Forschung dargestellt worden ist (Fernando Claudín, Fernando Mires u.a.) und das ist, daß die Welt-Linke Teil einer internationalen Verzahnung ist. Verschiedene internationale Kräfte, die ihre Achsen in verschiedenen Machtzentren haben, bewegen sich: China, Albanien, Kuba und vor allem Rußland (ich erlaube es mir nicht, von der Sowjet Union zu sprechen, da die Sowjets (Räte) schon seit mehreren Jahrzehnten aus diesem Land verschwunden sind). Ich wage zu behaupten, daß diese Zentren ihren abhängigen politischen Parteien, die auf die eine oder andere Weise ihre ökonomischen und geopolitischen Interessen darstellen, die Politik diktieren. Innerhalb dieser Zentren spielt Rußland eine entscheidende Rolle.

Eine derartige Situation erklärt die ideologische und politische Unterwerfung in der gesamten Entwicklung der chilenischen Linken, speziell aber nicht ausschließlich der kommunistischen Partei (und anderen kommunistischen Parteien Lateinamerikas). Wir dürfen nicht vergessen, daß

die Geschichte der Linken Lateinamerikas daraus besteht, stets das revolutionäre Proletariat in Ländern, die nur eine geringere industrielle Entwicklung hatten, zu suchen. (Mires; "Die Unterentwicklung des Marxismus in Lateinamerika", Lateinamerika, Berichte und Analysen 1, Berlin '77).

Es muß hervorgehoben werden, daß die linken chilenischen Parteien keine klare Politik für die Bauernschaft und die sogenannten "marginalen Sektoren" hatte. Deshalb mußte eine bürgerliche Partei in Chile - die Christdemokratische Partei - den freien Raum ausnutzen, den diese soziale Problematik in die Politik eingebracht hat.

All dies ist ein Resultat der Abhängigkeit von den Dogmen der pro-Moskau orientierten Internationalen.

Zusammengefaßt glaube ich, daß ich mit all diesen Erwägungen nichts anders mache als Elemente aufzulisten, welche der Behauptung von den beiden Autoren, bezüglich der ideologischen Mängel und der Unfähigkeit der offiziellen chilenischen Linken, eine größere Basis geben. Aber gleichzeitig ist es meines Erachtens notwendig, Antworten darauf zu geben, warum diese Mängel besonders im Exil zu bemerken sind.

Ich glaube, daß es leicht zu beweisen ist, daß das Weggehen der offiziellen chilenischen Linken ins Exil ihre vorherige politische und ideologische Abhängigkeit verschärft hat. Ihre Angewiesenheit auf internationale Solidarität und die Notwendigkeit, für ihre zahlreichen Führungskräfte, die im Ausland leben, sich als politische Klasse reproduzieren zu müssen (und darüber hinaus ihr Verlust der vorherigen Grundlage, auf die sie sich gestützt hatten - den populistischen Staat -), erklären diese Verschärfung der Abhängigkeit. Wer gibt eine bessere Grundlage für diese Unterstützung, wenn nicht Rußland und andere "Alliierte" wie die DDR, die sich um die offizielle chilenische Linke gekümmert haben? Wie will man dieses berühmte Treffen zwischen dem damaligen wichtigsten Führer der Sozialistischen Partei Chiles, - ursprünglich bekannt durch ihre Position der ideologischen Unabhängigkeit gegenüber den Machtzentren - mit nicht weniger als dem gesamten Polit-Büro der SED der DDR, erklären? Hat ein Wechsel der ideologischen Position der gesamten Partei stattgefunden - dieser wurde jedoch niemals explizit formuliert - oder geschah dies aufgrund der Notwendigkeit des Überlebens? Ich glaube, daß es das Problem des materiellen Überlebens einer Parteigruppe, der Sozialistischen Partei Chiles, welche immer mit ihrer ideologischen Unabhängigkeit geprahlt hat, ist, die diesen "Wechsel" veranlaßt hat.

Wie könnte es uns nach dem Staatsstreich an diesem verhängnisvollen 11. September verwundern, daß die chilenische Linke schweigt und daß sie sich so abhängig macht? Meines Erachtens muß eine treffende Analyse gemacht werden, in diesem Fall eine Analyse der sozialen Schicht, welche die offizielle chilenische Linke repräsentiert, die politische Klasse, welche sich als solche versucht zu reproduzieren. Es ist notwendig, eine noch gründlichere Analyse zu machen, warum diese politische Klasse versucht, ihre materielle Grundlage abzusichern und weshalb sie gleichzeitig versucht, ihre Vertreter innerhalb der Parteien in Chile unterzuordnen. Wer die Gelder verwaltet, kann gleichzeitig die Politik innerhalb Chiles machen.

Ist es zu gefährlich, diese gesamte Problematik zu vertiefen?

Ich fühle mich von der Einladung GD und W B all diese Fragen zu diskutieren, angesprochen. Ich möchte die Diskussion über die sowjetische Politik und die anderer Zentren, welche versuchen, revolutionäre Bewe-

gungen zu beeinflussen, fortsetzen. Ich denke, daß sie nichts anderes machen, als ihre eigenen Interessen (die der Zentren), Politik zu machen, vertreten, ohne die jeweiligen historischen Bedingungen der einzelnen Länder zu berücksichtigen. Wenn dies jedoch nicht berücksichtigt wird, dann beginnen wird erneut, so eine ultralinke Politik zu machen, wie sie in den 20er Jahren von der 3. Internationale angeordnet worden ist, oder wir würden dort "Guerrilla" organisieren, wo sie keine Chance zum Überleben hätten. Oder wir würden uns angesprochen fühlen, in einem Land wie Chile einen ähnlichen Kampf zu wiederholen, wie er von der FSLN durchgeführt worden ist, einen Kampf, welcher in keinem lateinamerikanischen Land wiederholbar ist und am wenigstens in Chile (dies könnte positiv erscheinen, um die mittelamerikanische Region zu entspannen, sogar sehr "moralisch", aber unangemessen und selbstmörderisch für das chilenische Volk). Beispiele haben wir einen Haufen ...

Bielefeld März 1982

Aus dem Spanischen von Gabi Schneek.

MITTELAMERIKA – USA

In den USA setzen sich die Super-Falken durch

Mit der Absetzung des erzkonservativen Tomas Enders als Unterstaatssekretär für Mittelamerika durch Präsident Reagan, und der Ernennung von Langhorne Motley an seiner statt, ist eine Entwicklung Fleisch geworden, die sich seit einer Weile abzuzeichnen begann. Die USA wollen offen und eindeutig als diejenigen auftreten, die sie schon immer waren: die Feinde der Sandinisten und sämtlicher Befreiungsorganisationen, die Gegner, die kein Mittel und keinen Weg scheuen, um ihr Ziel zu erreichen.

Jane Kirkpatrick hat sich durchgesetzt. Es ist Schluß mit dem Gesäusel von lokalen Konflikten, Unterstützung demokratischer Kräfte, Verhandlungswegen. Die Frau, die gesagt hat, daß Somoza besser war als die Sandinisten sind, hat gewonnen.

Es wird in Zukunft nicht mehr nötig sein, mit Hampeleien und Verrenkungen Zeit zu verschwenden, wie dies Tomas Enders tat, der, wenigstens nach außen, immer noch zu verhandeln versuchte, eine sogenannte Doppelstrategie verfolgte, die neben der militärischen auch eine politische Lösung ins Auge faßte.

Es sieht nicht so aus, als ob Reagan diese jüngste Klarlegung seiner Linie gegen großen Widerstand im eigenen Land oder von Seiten der europäischen Verbündeten durchsetzen mußte.

Das Gezänk in den verschiedenen parlamentarischen Gremien um die Mittelamerika-Politik war noch nie Ausdruck gefährdeter Machtpositionen. Die Demokraten haben kein anderes politisches Konzept als Reagan; wer glaubt, daß Jimmy Carter ein anderer Politiker war und es auch heute anders handhaben würde, täuscht sich einfach gründlich.

Von Seiten der "fortschrittlichen" Europäer, etwa eines Herrn Mitterand, scheint auch kein Einwand gekommen zu sein. So wie er fügt sich die Sozialistische Internationale in den Lauf der Dinge, das heißt, scheinen sie die Sandinisten und die FDR/FMLN längst aufgegeben zu haben.

Es klingt fast zynisch, wenn man hört, daß sich Felipe Gonzales in Mittelamerika nur noch einmischen will, wenn die dortigen Länder selbst die Initiative ergreifen, und wenn sie ihn ausdrücklich um Unterstützung bitten. (El Pais 29.5.83)

Er will daher die Versuche der sogenannten Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela) unterstützen, eine Art Vermittlerrolle zwischen Zentralamerika und den USA zu spielen. Zu diesem Zwecke reist er Anfang Juni nach Lateinamerika und Washington. Auch Wischniewski hat sich in diese Richtung geäußert.

Es ist offensichtlich, daß die Sozialistische Internationale die Verantwortung den Betroffenen selbst zurückgeben will. Das heißt dann vornehm "Selbstbestimmung" und "Autonomie". Als ob die Herren Gonzales und Ben Wisch nicht sehr gut wüßten, daß die Contadora-Gruppe aus Ländern besteht, die in tiefster Abhängigkeit von den USA lebend, bemüht sind, eine Lösung für Mittelamerika zu finden, die beinhaltet, daß sie nicht ebenfalls ein solches Schicksal ereilt.

Die Sandinisten und die FDR/FMLN können nur durch einen massiven politischen Druck auf die USA und breit angelegte ökonomische Hilfe wirksam unterstützt werden. Beides müßte verstärkt aus Europa kommen. Dafür muß Propaganda gemacht, Überzeugungsarbeit geleistet werden. Da ist die vornehme Zurückhaltung des Herrn Gonzales schlichtweg unterlassene Hilfeleistung.

Die Auswechslung von Enders geschieht auf dem Hintergrund einer Entwicklung, die ziemlich pessimistisch stimmen muß. Die Situation in Nicaragua spitzt sich deutlich weiter zu. Die diplomatischen Möglichkeiten der Sandinisten werden durch den Umstand eingeengt, daß sie ökonomisch und militärisch immer extremer unter Druck geraten und eben auf der ganzen Welt nur Freunde haben, die entweder Sprüche klopfen wollen, wie die Herren der SI, oder wie die Solidaritätsbewegung, die über kaum mehr als einen guten Willen verfügen.

Die militärischen Angriffe im Norden, Osten und Süden des Landes werden immer heftiger. Eden Pastora hat sich voll eingeklinkt und wie seine Kollegen an der honduranischen Grenze strebt er eindeutig danach, den Plan der USA zu verwirklichen, daß Nicaragua möglichst bald von den Sandinisten "befreit" wird. Diese können bisher militärisch ohne große Schwierigkeiten standhalten, versuchen dabei aber um so intensiver, einer politischen Lösung um fast jeden Preis irgendwie näher zu kommen. Der Spielraum hierzu wird in dem Maße enger, in dem die USA signalisieren, daß ihnen daran nur noch wenig gelegen ist und immer deutlicher wird, daß aus Europa kein ernsthafter Widerstand zu erwarten ist.

Zwei wichtige Achsen der politischen Bemühungen sind die Vorbereitung der Wahlen und der Versuch, mit den USA zu verhandeln.

Es wird im Augenblick ein Wahlgesetz nach dem Vorbild westlicher Demokratien vorbereitet. Aber kein Mensch kann sagen, ob angesichts des Kriegszustandes die Durchführung möglich sein wird. Tomas Borge hat wiederholt gesagt, daß er nicht daran glaube, daß die Nicas die Sandinisten "abwählen" würden, weil die Geschichte keinen Rückwärtsgang habe und diejenigen, die einmal Honig gegessen hätten, nicht freiwillig Scheiße fressen würden. Er hat aber auch der Tageszeitung "El Pais" (29.5) zufolge erklärt, daß sich die Sandinisten an den Gedanken gewöhnen müßten, daß ihnen das Zufallsspiel einer Wahl die Regierungsgewalt wegnehmen könnte.

Es ist momentan kaum möglich, diesen Widerspruch zu klären. Bisher schien alles daraufhinzudeuten, daß die Sandinisten Wahlen nur zulassen, wenn sie sie kontrollieren, d.h., dafür sorgen können, daß sie von den Gegnern nicht manipuliert werden. Die letztere Äußerung würde darauf deuten, daß sie sich erpreßt sehen, unter allen Umständen und um jeden Preis Wahlen durchzuführen.

Das Verhandlungsangebot an die USA steht schon lange, spielt sich auch immer nach dem selben Ritual ab. Nicaragua erklärt sich bereit, den Waffentransport nach El Salvador zu stoppen, wenn die USA nachweisen, daß ein solcher existiert. Das ist bisher nicht geschehen. Die USA halten trotzdem daran fest, nur zu verhandeln, wenn diese Transporte unterbunden werden.

Es gibt leider sehr wenig Informationen über diesen Krieg, weil die Ergebnisse an der Front nur von Regierungssprechern veröffentlicht werden dürfen.

Diesen Meldungen zufolge haben die sandinistischen Soldaten die Situation voll in der Hand und ist es der Contra noch nirgendwo gelungen, im Landesinneren festen Fuß zu fassen, das heißt, dort Lager zu errichten und Städte oder Dörfer zu besetzen.

Die vielen Toten und Verletzten, der Überfall auf Journalisten, die sich auf dem Wege von Jalapa nach Managua befanden, zeigen jedoch, daß die Contra im Landesinneren zumindest teilweise unkontrolliert operiert.

EL SALVADOR: MILITARISCHE ERFOLGE IM VORDERGRUND

Während wir über die augenblickliche Situation in Nicaragua eben noch einen zusammengestückelten und lückenhaften Bericht liefern können, haben wir bezüglich El Salvador fast nur noch Löcher und Fetzen anzubieten. Die militärische Lage scheint weiterhin ausgezeichnet für die Guerilla. Es gibt auch in der bürgerlichen Presse niemanden, der das Gegenteil behauptet. Allgemein wird betont, daß die FMLN weiter im Vormarsch sei.

Auf diese relativ beruhigende Seite der Meldungen fällt jedoch ein großer Schatten. Einmal stehen wir mit der Nachricht da, daß nach der Eroberung des guerilla-

feindlichen Dorfes Cinqueira (Provinz Cabanas) dort mehrere Personen exekutiert worden sind und zwar Zivilisten. Die Meldung kam erst durch die reaktionäre Presse, wurde dann aber von der linken französischen Tageszeitung "Libération" nachrecherchiert und bestätigt. Libération spricht von einem Massaker. Ihre Berichterstattung ist zwar insgesamt widersprüchlich, aber es gibt auch keine Erklärung dazu von Seiten der FMLN.

Über den Tod der Kommandantin Ana Maria und den Selbstmord von Marcial soll offensichtlich stillschweigend hinweggegangen werden. Sonst wäre irgendeine der Fragen inzwischen beantwortet worden, die die Solidaritätskomitees Ende April an die FMLN gestellt haben. Mangels klarer Stellungnahmen wachsen die Gerüchte und Spekulationen.

Die wenigen Andeutungen in der TAZ über Fraktionskämpfe in der FPL, über die niemand sonst etwas Genaueres veröffentlicht hat, müssen dazu herhalten, wilde Konstruktionen zu basteln.

Und in diese wirre Zeit platzt noch der ehemalige Kommandant der ERP, Montenegro. Er war im August letzten Jahres in Honduras verhaftet worden, die FMLN hat ihn monatelang gesucht. Jetzt reist er auf Einladung der CSU durch die BRD. Seine story ist nicht besonders originell, aber er berührt einige Punkte, die dringend einer Erklärung, einer Gegendarstellung bedürfen. Er behauptet, daß das Volk kriegsmüde sei, die Sabotageakte der Guerilla nicht mehr wolle, da diese sowieso nur die Armen trafen. Er sagt, daß die Leute freiwillig zur Wahl gegangen seien. Er behauptet, die ERP sei völlig undemokratisch aufgebaut, die Führer aller Organisationen befänden sich meist im Ausland und die Kubaner machten die Politik. Es ist offensichtlich, daß dieser Mann freiwillig redet und nicht unter Drogen steht, daß er viel Dummes von sich gibt, vor allem bezüglich einer angeblichen politischen Alternative, für die er durch die Lande reist. Die Infostelle El Salvador hatte zugesagt, eine ausführliche Stellungnahme zu Montenegro zu liefern, sobald klar sei, daß er nicht unter Folter o.ä. spreche. Sie fehlt bis heute.

SOLIDARITÄTSEBEWEGUNG: WEITERFRAGEN ?

Wir müssen die Augen noch sehr viel weiter aufreißen: Cohn-Bendit, der in weiten Kreisen als Linker gilt, sagte nachdem er den Film "Danton" sah, jetzt müsse mit der Unterstützung der Befreiungsbewegungen in El Salvador Schluß sein. (vgl. Pflasterstrand).

Wir können nicht darauf hoffen, daß alle Leute genügend historische Kenntnisse und analytische Begabung besitzen, um den grandiosen Fehler eines solchen Denkens automatisch zu durchschauen.

Vielen leuchtet die eindimensionale Gewaltdebatte ein, die kaum Unterschiede zwischen Unterdrückern und Unterdrückten kennt. Andere werden aufgrund der Nachrichten über Morde und Massaker irre und es genügt ihnen nicht, lediglich auf die grundsätzliche und allgemeine Gerechtigkeit des Kampfes vertröstet zu werden.

Die Solidaritätsbewegung wird in der kommenden Zeit versuchen müssen, die Probleme, die sich ihr stellen, anders zu lösen als bisher. Es werden wahrscheinlich keine Antworten auf die Fragen kommen, die wir den Befreiungsbewegungen gestellt haben. Wir müssen sie trotzdem fordern, aber gleichzeitig sehr viel mehr Selbstständigkeit in unserer Arbeit entwickeln. Wir müssen lernen, Informationen zu verarbeiten, kritisch zu analysieren, anstatt sie auf zwei Haufen, in gute (weil von der Guerilla) und schlechte (weil bürgerlich) zu sortieren.

Nach diesem Schema drucken wir sie gewöhnlich ab. Solidarität bedeutet nicht, alles zu glauben, alles zu kopieren, alles hinzunehmen, was von den Befreiungsbewegungen kommt, spätestens die letzten Ereignisse haben es gezeigt. Solidarität bedeutet aber auch nicht, von denen, die in der Situation stehen, sich damit total identifizieren, zu verlangen, daß sie uns automatisch unseren Bedürfnissen entsprechend informieren. Wir müssen begreifen, daß die FMLN und die FSLN und auch diejenigen Solimensen, die direkt mit ihnen zusammenarbeiten, stets bemüht sein werden, ihren Berichten eine gewisse Färbung zu geben, sie so abzufassen, wie sie meinen, daß wir die Dinge sehen sollten.

Wenn wir das nicht können, müssen wir zwar weiterbohren, gleichzeitig aber die eigene Interpretation der Ereignisse wagen.

Das nachstehende Telex nach Managua drückt zum einen aus, daß das Bewußtsein über die verfahrenere Informationssituation bei mehreren Gruppen jetzt klar vorhanden ist. Es zeigt gleichzeitig, wie hilflos wir damit umgehen. Wenigstens nach außen.

Denn es dürfte klar sein, daß es viele Leute gibt, die einiges wissen, die aber unmöglich damit herausrücken können. Es gibt ja auch so etwas wie Vertrauen, das die Genossen von drüben in uns setzen, daß wir nicht übergehen können, auch wenn es dringend nötig wäre, ihre Informationen weiterzugeben.

Und es gibt eben auch die gezielte Informationspolitik, die einen Filter vorschleibt, Leute, die ganz bewußt ruhig sind u.v.m.

Überall beginnen jetzt Diskussionen über dererlei Probleme, vielleicht kommen eine paar Gedanken dabei heraus, die uns weiterbringen.

Einen Tag nach Abfassung dieses Artikels meldeten das Außenministerium in Managua, daß 3 US-Diplomaten wegen "subversiver Aktionen" ausgewiesen worden sind.

Die USA wiesen daraufhin 21 nicaraguanische Diplomaten aus. Es ist im Moment nicht möglich, zu erklären, weshalb die Ausweisung zum jetzigen Zeitpunkt erfolgte, da US-Diplomaten bekanntlich immer subversiv tätig sind und es noch nie anders war.

Die bisher veröffentlichten Erklärungen sind widersprüchlich und passen zunächst nicht in das Bild, in dem das Bestreben dominiert, Provokationen auf alle Fälle zu vermeiden. Es kann ebenso gut sein, daß die Ausweisung einfach deshalb nötig wurde, weil das geheimdienstliche Treiben des CIA in Nicaragua eine neue Qualität erreicht hat.



MITTELAMERIKA

Wie man aus Bananen Würgehölzer macht

Die Zeit der sprichwörtlichen Bananenrepubliken ist wohl vorbei. Die Machtstrukturen sind komplexer geworden. Aber noch immer spielen die Banan-multis eine führende Rolle vor allem in Zentralamerika. Ihre Entscheidungen bewegen Milliarden von Dollars und zehntausende von Arbeitsplätzen. Noch immer ist die Banane ein erstrangiges Exportprodukt vieler Länder (v.a. Honduras, Costa Rica, Kolumbien, Panama). Die nationalen Regierungen, die heutzutage nicht mehr als Belohnung für treue Dienste mit den Justizaren der Multis selbst besetzt werden, versuchen, für sich etwas abzuknapsen. Ihr Vorgehen gegenüber den Multis ist - wen wundert das angesichts der internationalen Macht- und Abhängigkeitsstrukturen? - widersprüchlich und schwankend.

Die Union der bananexportierenden Länder (UPEB) ist die Institution, mit der der Macht der Multis entgegengetreten werden soll. Wie so oft zeigt sich auch hier, daß die Technokraten der Institution lauter und heftiger anklagen und einschneidendere Maßnahmen fordern als ihre Regierungen. Aber auch von den Regierungen vereinbarte Maßnahmen werden nicht durchgeführt. 1974 wurde beschlossen, daß alle Mitgliedsländer der UPEB eine Exportsteuer von 1 US-\$ auf jede Kiste Bananen erheben solle. Bis heute verlangt nur Costa Rica diesen Satz, in Panama beträgt die Steuer 60 Cents, in Honduras und Guatemala 50 Cents. Drei Länder erheben überhaupt keine Exportabgaben.

Seit dem letzten Jahr sind die drei Bananenmonster (United Brands, Castle & Cook mit ihrer Tochter Standard Fruit, Del Monte) in die Offensive gegangen. Große Überangebote auf dem Weltmarkt geben ihnen die Möglichkeit, die UPEB-Länder mit vielen Maßnahmen und Drohungen unter Druck zu setzen. Ihre starke Position beruht auf der direkten oder indirekten Kontrolle von 60% der UPEB-Produktion, vor allem aber darauf, daß sie die Vermarktung zu ca. 90% in der Hand haben. So können sie unter den gegenwärtigen Bedingungen des Überangebots ihre Aufkäufe nach ihren Interessen streuen. Entsprechend wurde die Abnahme der kolumbianischen Produktion (auf die keine Exportsteuer erhoben wird) zugunsten der der zentralamerikanischen Länder garantiert. Im folgenden fassen wir einen Artikel des Direktors für Öffentlichkeitsarbeit der UPEB, Rolando Gabrielli, aus der costaricanischen Zeitschrift "aportes", Januar/Februar 1983, zusammen, den wir mit zusätzlichen Informationen ergänzen.

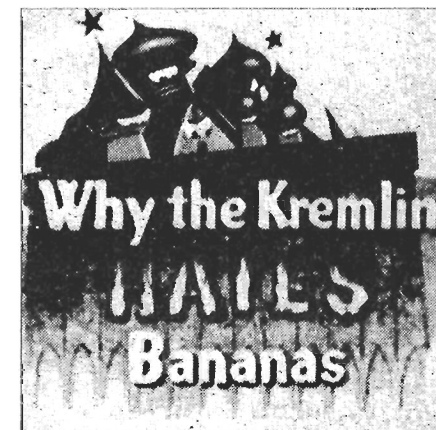
Gabrielli beschreibt, welche Maßnahmen seit Anfang 1982 von den Multis ergriffen wurden. In diesen Schritten, die bis zur Aufforderung an die Länder gehen, die Mitgliedschaft in der UPEB aufzukündigen, sieht er eine neue Strategie, die darauf abzielt, die bisherigen Errungenschaften des Zusammenschlusses (dem übrigens ein so wichtiger Exporteur wie Ecuador nicht angehört) zurückzudrehen und alle Folgen der schwierigen Lage auf dem Weltmarkt auf die Länder, also auf die Bevölkerung, abzuwälzen.

- Anfang 1982 droht die "Frutera de Sevilla", eine kolumbianische Tochtergesellschaft von Castle & Cook, mit der Kündigung der Kaufverträge. Die Exportsteuerfreiheit ist ein kostbares Gut, das es zu verteidigen gilt.
- Oktober 1982 erklärt Standard Fruit ihren Rückzug aus Nicaragua und bricht damit eine Abmachung, wonach sie bis 1985 die Vermarktung der

nicaraguanischen Bananen, die vollständig in die USA gehen, beibehalten soll. Für dieses Jahr war eine Übernahme durch die nicaraguanische Regierung zum Preis von 6 Mio. \$ geplant, von denen schon 4 Mio. gezahlt waren. Im Bemühen der nicaraguanischen Regierung, in Verhandlungen mit der Standard-"Mutter" Castle & Cook die daraus entstehenden Probleme zu lösen, ergibt sich - wie der "Latin America Commodities Report" süssig anmerkt - die "seltsame Umkehrung des üblichen Enteignungsprozesses, daß eine revolutionäre Regierung bei einer Transnationalen um Kompensation für die Aufgabe ihrer Tätigkeiten nachsucht". Für Nicaragua bedeutete der Schachzug der Standard Fruit den drohenden Verlust von 4000 Arbeitsplätzen und 16 Mio. \$ jährlichen Exporteinnahmen. Als es der Regierung gelingt, zumindest für einen Teil der Exportproduktion Direktimporteure in die USA zu finden, beginnt Standard Fruit eine Propagandakampagne, die auf die angeblich schlechte Qualität der nicaraguanischen Früchte hinweist.

- November 1982 wird bekannt, daß die Bananenmultis Druck auf die mexikanische Regierung ausüben, um deren Beitritt zur UPEB zu verhindern. Obwohl Mexiko kein bedeutender Bananenexporteur ist, wird in diesem Schritt wie im Fall des 1982 erfolgten Beitritts Venezuelas wegen der regionalen Position Mexikos eine Möglichkeit zur Stärkung der UPEB gesehen.
- November und Dezember 1982 reduzieren die Tela railroad Company (eine United Brands-Tochter) und die Standard Fruit die Produktion in Honduras. Standard entläßt 700 Arbeiter. Wie im Falle Nicaraguas wird das Verhalten mit Überkapazitäten und Verlusten begründet.
- Dezember 1982 droht die Chiriquí Land Company (ebenfalls eine United Brands-Tochter) mit der Einstellung der Produktion an der panamaischen Pazifikküste. Begründung sind auch hier die Verluste, 1000 Arbeitsplätze sind bedroht. Dahinter steckt wie im Fall Honduras das Ziel, den Versuch der Regierung, die Exportsteuern zu erhöhen, zum Scheitern zu bringen. Der panamaische Arbeits- und Sozialminister Montenegro machte für die Verluste aber vorrangig den Preiskrieg verantwortlich, den die Multis begonnen haben, seitdem Nicaragua mit Direktimporteuren aus den USA zusammenarbeitet. Schon vorher war es zu Konflikten zwischen der Chiriquí Land Company und Panama gekommen, als die United Brands-Tochter sich weigerte, einen Teil ihrer Produktion an Comunbana zu verkaufen, die Vermarktungsorganisation der UPEB.
- Anfang 1983 wurde die costaricanische Regierung aufgefordert, die Exportsteuern von 1\$ auf 60 Cents zu senken. Mit der Aufgabe von Plantagen, bzw. ihrer Umwandlung für den Anbau von Ölpalmen und der Senkung des Aufkaufpreises für die Ernte nationaler Produzenten haben die Multis auch hier schon Maßnahmen ergriffen, die Krisenfolgen abzuwälzen.
- Im April 1983 setzt sich die Tela Railroad Company mit ihrer Drohung des Rückzugs gegen die honduranische Regierung durch. Sie forderte einen zinsgünstigen 12 Mio.-\$-Kredit als Wiederaufbauhilfe für die Sturmschäden dieses Jahres und eine Verzicht auf die Anhebung der Exportsteuer. Forderungen der Gewerkschaften nach Verstaatlichung wurden selbstverständlich nicht erfüllt.

Während die Multis die Produktion in den UPEB-Ländern einschränken, geben Institutionen wie die US-Entwicklungorganisation AID Kredite für die Ausweitung des Bananenbaus in den karibischen Ländern. United Brand selbst engagiert sich mit einem 30 Mio.-\$-Projekt auf Jamaica. Die Begrenzung der Überproduktion ist offensichtlich nicht das Ziel. Vielmehr wollen die Multis damit den Wettbewerb der Länder untereinander erhöhen. Ihr Ziel ist Kostensenkung und die weitere Erleichterung von Produktionsverlagerungen. Die UPEB vermutet, daß die Multis der seit der Nachkriegszeit festzustellenden Tendenz weiter folgen wollen, den Anbau selbst nationalen Kapitalisten zu überlassen, um selbst die profitable Vermarktung in den Hand zu behalten. Da diese also der zentrale Pfeiler für ihre Machtposition ist,



United-Fruit (jetzt
United Brands) - Film:
Die Bananenwaffe
reicht weit

reagieren sie auf "fremde" Aktivitäten in diesem Gebiet besonders allergisch. 1977 gründete die UPEB die erwähnte Comunbana, allerdings gleich mit der beruhigenden Versicherung, nicht in Konkurrenz zu den Multis treten zu wollen, sondern "alternative Märkte" zu beliefern. Das tat Comunbana dann so stürmisch, daß sie 1981 1% der Bananenausfuhren der UPEB-Länder vermarktete, vor allem aus Panama nach Jugoslawien und kleinere Mengen aus der Dominikanischen Republik und Costa Rica. Umso brisanter war die Erklärung Nicaraguas vom Dezember, ihre Exporte in die USA zukünftig über Comunbana laufen lassen zu wollen, was einer Vervielfältigung deren Geschäfte bedeuten würde. Der Preis- und Propagandakrieg gegen nicaraguanische Bananen hat also außer politischer auch ökonomisch-strategische Bedeutung.

Gabrielli macht Mismanagement und den Preiskrieg für die schlechte wirtschaftliche Lage der Konzerne verantwortlich und fährt fort: "...eine Gruppe von Aktionären und Managern kann sich nicht den Interessen der exportierenden Länder entgegenstellen, die für Hunderttausende von Arbeitern und für die Entwicklung ihrer eigenen Volkswirtschaften verantwortlich sind. Seit über sechs Monaten verlangen die Konzerne beharrlich eine Verringerung der direkten und indirekten Steuern sowie verschiedene Steuer- und Zollbefreiungen. Trotz des Überangebots, das sie geschaffen haben, widersetzen sie sich einem internationalen Bananenabkommen, das den Markt regulieren und ordnen könnte."

Ein solches Abkommen wird von der UPEB nach dem Vorbild anderer Produkte, wie Kaffee, auf Weltebene angestrebt und soll auf Exportquoten und Preisstabilisierung abzielen. Auf einer UPEB-Konferenz im Mai wurde beschlossen, daß es zu einer Ausdehnung der Produktionsfläche nur bei steigender Nachfrage kommen soll. Die jetzige Anbaufläche soll jedoch vor den Verhandlungen zum angestrebten Abkommen nicht beschränkt werden, und zusätzliche Produktion als Folge der Verbesserung der Produktivität darf weiterhin exportiert werden. Der Wunsch nach einer gemeinsamen Exportsteuer und der Begrenzung der Mobilität der Multis wurde erneuert. Ob es zu mehr kommt, als nur zu gemeinsamen Erklärungen, läßt gerade die neue Entwicklung in Honduras fraglich erscheinen. Die Multis haben sich natürlich gegen ein Weltbananenabkommen ausgesprochen, das ihre Bewegungsfreiheit begrenzen würde.

Quellen: genannter Artikel aus "aportes", Latin America Commodities Report, ides, inforpress

Telex nach Managua

Auf dem 3. Welt-Zeitschriftentreffen in Berlin am 28./29. Mai wurde folgender offener Brief verabschiedet:

OFFENER BRIEF AN INFORMATIONSTELLE EL SALVADOR
AGENCIA DE PRENSA DE INFORMACION ALTERNATIVA (APIA)
DIE ORGANISATION DER FMLN/FDR

Wir als Mitglieder der Redaktionen der Dritte-Welt-Zeitschriften der BRD haben die Verpflichtung, über alle Fragen der nationalen Befreiungsbewegungen zu berichten, mit denen wir solidarisch sind. Wir sehen es als unsere vorrangige Aufgabe an, über den gerechten Kampf und die Erfolge dieser Bewegungen zu berichten und die Unterstützung dafür in der BRD zu fördern und zu verbreitern. Um die Solidaritätsarbeit effektiv und glaubwürdig zu erhalten, ist es notwendig, auf Probleme und Kritik einzugehen und zu ungeklärten Fragen Stellung zu beziehen.

Die Ermordung der Kommandantin Ana Maria und der Tod des Kommandanten Marcial haben die Solidaritätsbewegung tief getroffen. Die Umstände und Zusammenhänge dieser Ereignisse sind nach wie vor ungeklärt. Die Solidaritätsbewegung unterstützt den Kampf, der zu einer freien, demokratischen und gewaltlosen Ordnung in El Salvador nach dem Sieg führen soll; hier sind Fragen und Zweifel aufgetaucht, die nicht ausgeräumt werden konnten und die die Solidaritätsarbeit stellenweise lähmen.

Ähnliches gilt für den Fall des Exkommandanten Montenegro. Zunächst haben wir gegen seine gewaltsame Entführung auf Betreiben der salvadorensischen Organisationen protestiert; heute tritt er für die Gegenseite in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit auf. Gerade weil wir seinen Erklärungen keinen Glauben schenken, sind wir über seine Wandlung überrascht. Eine befriedigende Erklärung seiner Wandlung durch die FMLN steht bisher aus.

Die Eröffnung der Kampagne "Waffen für El Salvador" hat einen qualitativen Sprung in der Solidaritätsarbeit ermöglicht. Es ist möglich geworden, die sogenannte Gewaltfrage bei vielen Leuten positiv zu verändern, die bis dahin nicht begreifen wollten, daß ein Befreiungskampf nicht ohne Waffen geführt werden kann. Viele kirchliche und humanitäre Menschen haben unsere Argumentation akzeptiert. Wir können nun über die genannten Probleme nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir sind uns selbst gegenüber zur Klärung verpflichtet. Darüber hinaus ist diese Klärung unverzichtbar, um die notwendige gemeinsame politische Grundlage mit der Friedensbewegung in der BRD zu schaffen, die eine Verbindung herstellt zwischen der Unterstützung des Befreiungskampfes in Mittelamerika und dem Widerstand gegen die Raketenstationierung durch die USA in Westeuropa. Deswegen fordern wir euch auf, uns durch eine bessere Informationspolitik bei der Klärung dieser Fragen zu unterstützen.

Mitglieder der beim Dritte-Welt-Zeitschriftentreffen am 28./29. Mai in Berlin versammelten Redaktionen: blätter des iz3w, Entwicklungs-politische Korrespondenz (EPK), Informationsdienst El Salvador (ides), ila-info, Internationaler Kulturaustausch (IKA), Istmo, Lateinamerika-Nachrichten, Peripherie, AIR

HONDURAS/GUATEMALA - BRD Die Bundesregierung nutzt alle Möglichkeiten...

Deutsch-Honduranerin verschwunden

ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Herrn

Bundesaußenminister Genscher, Adenauerallee 99 - 103, 5300 Bonn 1

Betr.: Hilfe für die Deutsch-Honduranerin Inés Murillo-Schwaderer

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister!

Am 13. März d.J. wurde in Honduras die 25-jährige Inés Consuelo MURILLO SCHWADERER zusammen mit einem jungen Mann entführt. Der junge Mann wurde inzwischen tot aufgefunden, während Inés Murillo Schwaderer verschwunden ist. Inés' Vater, der ehemalige Offizier der honduranischen Armee Cesar Augusto Murillo, wandte sich an die Öffentlichkeit mit der dringenden Bitte um Hilfe für seine verschleppte Tochter - in der Hoffnung, daß sie noch lebt. Cesar A. Murillo, der zur demokratischen Opposition gegen die honduranische "Militärdemokratie" zählt, wendet sich als Demokrat an die demokratische Öffentlichkeit auch dieser Republik einerseits, andererseits erbittet er die Hilfe der bundesrepublikanischen Behörden bei der Wiederauffindung einer deutschen Staatsbürgerin: Inés Consuelo Murillo Schwaderer hat eine deutsche Mutter und besitzt neben der honduranischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft. (Dies wurde am 9. Mai d.J. von der bundesrepublikanischen Botschaft in Tegucigalpa bestätigt).

Es steht außer Zweifel, daß das Verschwinden von Inés Murillo Schwaderer - ebenso wie der Tod ihres Begleiters - politische Hintergründe hat. Diese Tatsache erschwert sicherlich zunächst eine rasche und wirkungsvolle Hilfe durch die Bundesregierung, indessen kann ein politischer Fall eben auch bzw. nur auf politischer Ebene mit geeigneten politischen Maßnahmen gelöst werden.

Wir haben keinen Anlaß zu der Annahme, daß Ihnen, Herr Bundesaußenminister, oder der jetzigen Bundesregierung das Schicksal der deutschen Inés Murillo Schwaderer gleichgültig sei. Wir befürchten indessen, daß diese Bundesregierung aus zu großen politischen Rücksichtnahmen gegenüber der komplexen honduranischen Realität bzw. den dahinter stehenden US-Interessen ähnlich zögerlich handeln könnte wie die Schmidt-Genscher-Regierung aus ökonomischer Raison gegenüber der argentinischen Militärdiktatur, die ja bekanntlich ebenfalls deutsche Staatsbürger hat verschwinden lassen (neben Tausenden von argentinischen Bürgern).

Wir bitten Sie daher eindringlich, Herr Bundesaußenminister, alle Möglichkeiten der Bundesregierung auszuschöpfen, um Inés Murillo Schwaderer zu helfen. Honduras erhält Wirtschaftshilfe und erwartet eine (von uns kritisierte) militärische "Ausrüstungshilfe" von der Bundesregierung. Politische Einflußnahme über Bedingungen, die an Hilfszusagen geknüpft werden, ist eine bekannte und allzeit genutzte Maßnahme von Geberländern. Nutzen Sie diese Möglichkeiten dieses Mal für das Leben von Inés Murillo Schwaderer. Die US-Administration besitzt in Honduras - selbst für lateinamerikanische Verhältnisse - großen Einfluß. Es dürfte daher dem US-Botschafter in Tegucigalpa nicht schwerfallen, Inés Murillo Schwaderer freizubekommen, wenn er

will. Wir hoffen sehr, daß die Beziehungen der Bundesregierung zur Reagan-Administration noch dergestalt sind, daß das Bundesaußenministerium auf Verständnis und Hilfsbereitschaft stößt, wenn die US-Botschaft in Honduras aufgefordert wird, der deutschen Inês Murillo Schwaderer zu helfen. Aber über diese Möglichkeiten wissen Sie, Herr Bundesaußenminister, ohne jeden Zweifel besser Bescheid als außenstehende Beobachter. Sicherlich hat die Bundesregierung darüberhinaus noch eine Reihe anderer Möglichkeiten und Mittel, die sie für Inês Murillo Schwaderers Leben einsetzen kann.

In diesem Sinne erwarten wir eine umgehende und wirkungsvolle Hilfe durch die Bundesregierung, um die junge Deutsch-Honduranerin zu retten. Mit freundlichen Grüßen für die ila, gez.: Dr. Gernot Wirth

Man darf gespannt sein, wie das Bundesaußenministerium reagieren wird! Hoffentlich nicht so, wie im erwähnten Fall der verschwundenen Deutschen in Argentinien - oder wie in dem folgenden Briefwechsel mit der Katholischen Hochschule Regensburg, den wir hier dokumentieren:

Regensburg, 18.1.83

Sehr geehrter Herr Außenminister!

Mit Entsetzen und Betroffenheit haben wir, katholische und evangelische Studenten, Assistenten und Professoren der Universität Regensburg, die Berichte und Nachrichten unserer Medien aufgenommen, in denen eindeutig von schweren Menschenrechtsverletzungen und einem systematischen Völkermord an den Indio-Völkern der Republik Guatemala, vor allem in deren Westprovinzen (insbesondere in El Quiché) die Rede ist.

Einer Dokumentation der katholischen bischöflichen Hilfsorganisation "MISEREOR" und des deutschen Büros der päpstlichen Kommission "JUSTICIA ET PAX", des "KATHOLISCHEN ARBEITSKREISES FÜR ENTWICKLUNG UND FRIEDEN" (KAEF), die am 09.12.1982 in Bonn der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, müssen wir entnehmen, daß diese Verletzung der Menschenrechte und der Genozid an den Indios nicht - wie es die Regierung Guatemalas vorgibt - von oppositionellen Guerilleros verübt wurden (und werden), sondern von Soldaten und Zivilpersonen begangen werden, die dem Befehl des guatemalteken Präsidenten, General Rios Montt, unterstehen.

Wir möchten Sie hiermit davon in Kenntnis setzen, daß wir dieses Unrecht (die Indios werden nicht "nur" getötet, sondern "abgeschlachtet") - ganz egal, aus welchen Beweggründen es auch geschehen mag - aus Gewissensgründen und aus humanitären Beweggründen nicht mehr länger mitansehen können! Wir protestieren hiermit auf das Schärfste gegen die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen (von Drohungen, über Entführungen, Folter und "politischen Mord" ist alles vertreten!) und die begangenen Massaker an den Indios in Guatemala! Wir berufen uns in unserem Protest auf die internationale UN-Charta, in der die Menschenrechte festgeschrieben sind und durch deren Unterzeichnung sich alle Regierungen der Welt (auch die Regierung von Guatemala) zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet haben!

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Außenminister, im Namen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, Ihren gesamten diplomatischen Einfluß auf den Präsidenten Guatemalas, General Rios Montt, geltend zu machen, damit den Menschenrechtsverletzungen und vor allem den Massakern an den Indios Einhalt geboten werden kann!

Im Vertrauen auf Ihre Menschlichkeit und Ihren Einfluß und in Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir hochachtungsvoll

(Dieser Brief war von über 600 Leuten unterschrieben worden)

Am 4. März erhielten die Regensburger Hochschüler eine kurze Antwort des Auswärtigen Amtes, in der nicht viel mehr stand als die Bestätigung, den Brief vom 18. Januar erhalten zu haben.

Am 11. April schließlich ging das folgende ausführlichere Antwortschreiben in Regensburg ein:

AUSWÄRTIGES AMT

331-504 SE Gua

Bonn, 06.04.1983

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesminister des Auswärtigen hat mich gebeten, Ihren Brief vom 20.03.1983 zu beantworten.

Das Auswärtige Amt verfolgt die Lage der Menschenrechte in Guatemala, über die es zum Teil widersprüchliche Berichte gibt, seit Jahren mit großer Aufmerksamkeit und Sorge. Die dortige Zivilbevölkerung leidet schwer unter den Auseinandersetzungen zwischen Streitkräften und Guerrilla.

Sie wissen, daß die Bundesregierung alle Möglichkeiten nutzt, Menschenrechtsverletzungen, wo immer sie vorkommen, zu verurteilen. Sie hat dies auch im Fall Guatemalas getan. So hat sie u.a. wegen der Vollstreckung von Todesurteilen in Guatemala bei der dortigen Regierung interveniert und auch im Namen der Europäischen Gemeinschaft die tiefe Bestürzung darüber zum Ausdruck gebracht. Bei der 39. Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (31.01. bis 11.03.1983 in Genf) hat die Delegation der Bundesrepublik Deutschland die Menschenrechtsverletzungen in Guatemala nachdrücklich verurteilt. Ihre Stimmenthaltung zur Resolution der Menschenrechtskommission beruht darauf, daß in den Text politische Elemente aufgenommen wurden, die seiner menschenrechtlichen Zweckbestimmung fremd sind.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag, gez.: Dr. Martius

Vorschlag der LN für einen erneuten Antwortbrief an das Auswärtige Amt:

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister!

Wir wissen, daß die Bundesregierung nicht alle Möglichkeiten nutzt, um Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen, und schon gar nicht, um sie wirkungsvoll zu verhindern bzw. sie in Zukunft vermeiden oder reduzieren zu helfen. Wir könnten Ihnen zahlreiche konkrete Fälle vorhalten, die Ihnen die Schamröte ins Gesicht treiben müßte. Wir haben zudem den begründeten Verdacht, daß Sie das auch ganz genau wissen, daß aber Rücksichtnahme auf vermeintliche Bündnisinteressen und auf die nach wie vor guten Wirtschaftsbeziehungen Sie zu "diplomatischer Zurückhaltung" drängen. So müssen wir auch Ihre Begründung für die Stimmenthaltung zur Resolution der Menschenrechtskommission im Fall Guatemala ("daß in den Text politische Elemente aufgenommen wurden, die seiner menschenrechtlichen Zweckbestimmung fremd sind") als Ausrede ansehen.

LETZTE MELDUNG: Kurz vor Redaktionsschluß dieser Ausgabe erreichte uns die Nachricht, daß Inês Murillo Schwaderer lebt und sich in einem Gefängnis in Honduras befindet. Es erwartet sie ein Prozeß wegen "terroristischer Betätigung".

Das Prostituiertenprojekt in Corinto macht gute Fortschritte

Corinto ist die größte Hafenstadt in Nicaragua und hat demzufolge den größten Anteil an Prostituierten. Kurze Zeit nach dem Sieg der Sandinisten begannen die Chilenin Gladys zusammen mit anderen Frauen und Männern ein Projekt zur Rehabilitierung von Prostituierten aufzubauen, das heißt, Möglichkeiten beruflicher Ausbildung zu schaffen, die den Frauen angeboten wurden. Das Projekt umfaßt verschiedene Ausbildungsstätten, eine Schneiderei, eine Werkstatt, in der Puppen hergestellt werden, eine Werkstatt, wo Schmuck, gefertigt aus Muscheln entsteht und einen Kindergarten, in dem Frauen zu Kindergärtnerinnen ausgebildet werden. Es gibt Unterricht im Maschineschreiben und andere Fortbildungsangebote.

Das Projekt ist inzwischen zu dem Frauenprojekt in Nicaragua geworden, es ist fast allen Touristinnen augenscheinlich bekannt und hat in vieler Hinsicht den Charakter eines gelungenen Modells.

Die Konstanzerin Ulla A. arbeitet seit zwei Jahren im "hogar" (Heim - im Sinne von Haus zu verstehen). Sie war kürzlich in Berlin und berichtete über die jüngsten Ereignisse in Nicaragua sowie über die aktuelle Situation in Corinto, wo sich seit der Überschwemmungskatastrophe im vergangenen Jahr sehr viel verändert hat. Damals wurde der ursprüngliche Hogar von den Fluten weggespült und mußte sich die Arbeit monatelang auf die Einrichtung des neuen Heimes konzentrieren. Während die Flut noch stieg, haben sie zuerst einmal gerettet, was noch zu retten war; die Waschbecken abgeschraubt, die Kacheln von den Wänden gelöst, "jeden Nagel, jeden Ziegelstein, jede Dachplatte, alles haben wir mitgenommen".

Inzwischen ist der Umzug überstanden und geht auch die Arbeit in den Werkstätten ihren geordneten Gang. Sie war eigentlich auch keinen Tag unterbrochen worden, weil die Gefahr sehr groß war, daß Frauen, die noch nicht so sehr gefestigt in das Projekt integriert waren, abspringen würden, wenn dort die Ungewißheit und Chaos herrschten und damit die Verdienstmöglichkeiten in Frage gestellt wären. Eine Prostituierte kann an einem Tag immerhin so viel Geld verdienen wie bei anderer Arbeit in einem Monat.

Woran es fehlt...

Ziel der Ausbildung ist es, daß die Frauen hinterher ökonomisch selbständig und unabhängig sind, und das ist bei der großen Arbeitslosigkeit im Lande sehr schwierig. Außerdem würde man es sehr gerne haben, daß sich etwa die Näherinnen als Kollektive etablieren und weiterhin gemeinsam arbeiten könnten, denn die Vereinzelung bedeutet für viele Frauen eine große Gefahr. Aber das größte Problem bleiben die fehlenden Materialien.

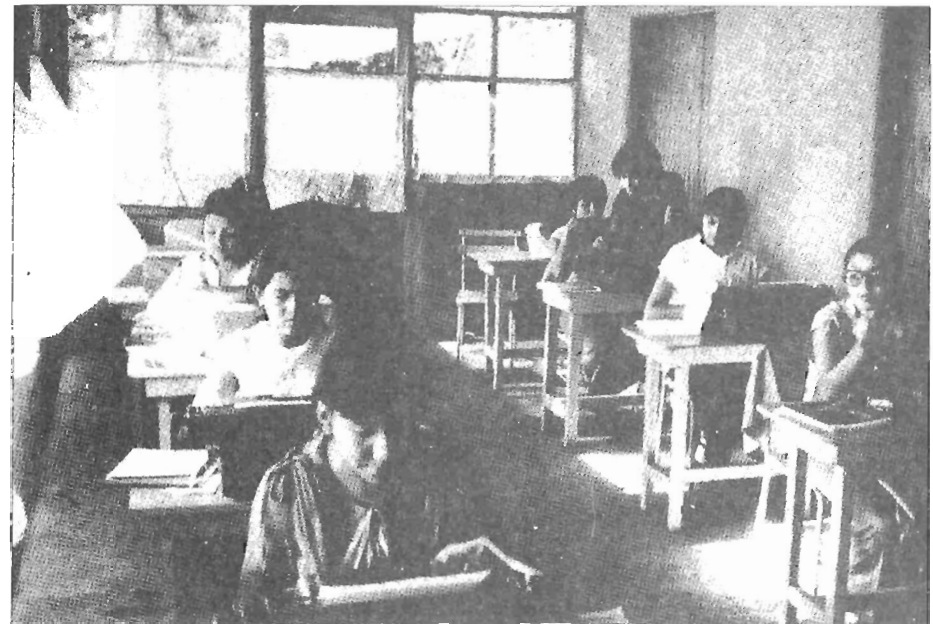
Da hat das Nähkollektiv den Auftrag vom evangelischen Kirchentag bekommen, 4000 Hemden herzustellen und jetzt ist kein Faden da, fehlen die Nadeln und reichen die Scheren nicht. Und dann ist die

Maschine kaputt, mit der Ausweise in Plastikfolie überzogen wurden, eine sehr ertragreiche Einnahmequelle des Hogar.

Ulla ist ständig auf der Suche nach neuen Produktions- bzw. Absatzmöglichkeiten, denn man kann bisher immer noch nicht sagen, daß sich das Projekt selbst finanziert. Es ist weiterhin auf die Zuwendungen von "Misereor" angewiesen. Sie denkt, an das viele Perlmutter, das quasi vor der Haustüre liegt und an die Preise, die Perlmutterknöpfe bei uns haben, an das viele Sperrholz, das es gibt, aus dem die Frauen hübsches didaktisches Spielzeug herstellen könnten, wenn ja wenn sie Sägen, Leim, Farben usw. hätten. Die Liste der dringend benötigten Materialien ist lang.

Natürlich bleibt die Arbeit mit Prostituierten nicht auf Corinto beschränkt. Das sogenannte Kernteam, das heißt, die Hauptverantwortlichen sind seit geraumer Zeit dabei, in anderen Städten Zweigstellen aufzubauen. In León gibt es bereits eine Nähwerkstatt. Dort ist die Situation der Prostituierten besonders trübe, denn sie werden von einem Ausbeuter "gemanagt", der ihnen einen Hungerlohn zahlt.

Das Ziel, die Prostitution ganz abzuschaffen, wird in Nicaragua nur etappenweise zu verwirklichen sein. Es beginnt damit, daß Gesundheitskontrollen und der Schutz von Minderjährigen streng durchgeführt, Projekte wie der Aufbau eines Hogars von allen städtischen und staatlichen Stellen nach Kräften unterstützt werden. Die Erfolgsquoten sind nicht überwältigend, aber doch ganz erfreulich. Es haben sich in Corinto etwa 250 Frauen bereits einmal im Hogar gemeldet und einen Lebenslauf hinterlassen. Von denjenigen, die eine Ausbildung angefangen haben, sind 25 sozusagen vollkommen weg von der Prostitution und engagieren sich teilweise sehr aktiv in der Rehabilitationsarbeit. Weitere 25 haben noch immer zeitweise Schwierigkeiten mit dem neuen Berufsleben, die übrigen verschwanden wieder.



Insgesamt ist es für die Frauen ungeheuer schwer, sich aus dem Kreislauf zu befreien, in den sie durch die Gesellschaft in die Prostitution geraten sind. Sie führen ja kein Doppelleben, wie es bei uns häufig der Fall ist. Die ganze Stadt weiß Bescheid und behandelt sie dementsprechend. Das Zusammensein mit Matrosen ist auch immer mit viel Alkohol- und Drogenkonsum verbunden, viele Frauen sind krank. Und auch im Hogar sind viele, die bereits in sehr jungen Jahren alt und verbraucht wirken, teilweise schwere Krankheiten haben, in dem Gefühl leben, daß die Vergangenheit sie immer wieder einholt.

Wie es weitergeht...

Die Arbeit wird in Zukunft noch sehr viel schwieriger werden, weil die totale Devisenknappheit Nicaragua zwingt, auch auf die Einfuhr der allernötigsten Gebrauchsgüter zu verzichten. Wenn die Nicas auch, in Ullas Augen, eine fast überirdische Fähigkeit besitzen, immer noch die positiven Seiten zuerst zu sehen, so kann doch der Punkt kommen, an dem es so wenig Benzin gibt, daß auch das Auto des Hogar nicht mehr läuft, oder ein Ersatzteil nirgends mehr aufzutreiben ist. Durch solche Probleme wird die Arbeit arg kompliziert, wird sie aber, laut Ulla, niemals einschlafen oder an Energie verlieren.

Sie beobachtet auch nach den schwerwiegenden Überfällen der Somozisten im Norden des Landes keine spürbare Veränderung im Alltag. Die Gesundheits- Bildungs- und Aufbauarbeit laufe erschwert, aber unvermindert weiter. Die Leute seien optimistisch und stünden vor allem fest hinter den Sandinisten. Das beste Beispiel sei der Besuch des Papstes gewesen, da hätte die Bevölkerung gezeigt, daß sie ihre Regierung nicht beschimpfen läßt, auch nicht vom Papst. Nach dessen Rede seien die Leute trotz glühendster Hitze stehen geblieben und hätten erst einmal das FSLN-Lied gesungen.

Wenn jetzt in der westlichen Presse so viel über Mangel geredet werde, dann entspreche auch dies nicht der Realität. Es fehlten zuweilen einige Produkte, niemals aber lebensnotwendige Waren. Meist sei die Verknappung eine künstliche, weil die Händler hor-ten und spekulieren.

Ulla ist eine sehr optimistische und energiegeladene Frau. Sie strahlt den Willen aus zum Oberdauern, den die Nicas im Moment sehr nötig haben.

+ SPENDENAUFTRUF

Dringend benötigte Materialien:

1. Feine Pinsel zum Bemalen von Spielzeug, 2. Leerkassetten,
3. Filme 135-36, 4. Fotopapier zum Vergrößern von s/w Bildern,
5. Kleine Batterien, 6. Farbstifte für Kinder, 7. Nähmaschinen-
- nadeln, 8. Schneidermaßbänder, 9. Stofffarbe, 10. Filzstifte aller
- Farben, 11. Nylonstrümpfe (auch gebraucht) für die Herstellung von
- Blumen und anderen Handarbeiten, 12. Klebstoffe, 13. Druckfarbe
- für ein Abzugsgerät REX ROTARY, 14. Matrizen für ein Abzugsgerät
- REX ROTARY (6 Löcher), 15. Nähfaden.

Die Spenden sind zu senden an:

A la C. Miriam Lazo
representante de la oficina de
Cooperacion tecnica y financiera del INNSSBI
(Destino HOCASO)
MANAGUA, Nicaragua libre

Bitte vergeßt nicht, gleichzeitig einen Brief an HOCASO zu schicken, in dem ihr über die Art der Spenden informiert. Möglichst die Ver-
schiffungspapiere beifügen.

HOCASO
Apartado 1
Corinto
Nicaragua

ISRAEL — LATEINAMERIKA

Israel: Drittgrößter Waffenlieferant Lateinamerikas

Seit 1976 ist Israel der drittgrößte Waffenlieferant Lateinamerikas, vorzugsweise in Ländern, in denen die Menschenrechte verletzt werden. In LN 102 berichteten wir bereits darüber, auch über die Entsendung von Militärberatern und Folterspezialisten. Der folgende Artikel beleuchtet die speziellen Handelsbeziehungen und ihre Hintergründe zu lateinamerikanischen Staaten.

Das im November 1981 von den Vereinigten Staaten und Israel unterzeichnete Memorandum über die "strategische Zusammenarbeit" sieht vor, daß Israel als Vermittler in jenen Fällen handeln soll, in denen der US-amerikanische Senat sich der Militärhilfe an Länder, die die Menschenrechte verletzen, offen widersetzt oder diese grenzt. Vor kurzem erklärte ALAN ROMBERG, ein hoher Beamter des US Außenministeriums: "Die Regierung der Vereinigten Staaten befindet sich mit Israel in voller Übereinstimmung der Interessen bezüglich Lateinamerikas und wird die Aktivitäten von Tel Aviv in dieser Region unterstützen, wenn diese die Ziele der nordamerikanischen Außenpolitik erreichen helfen."

Diese Art von Erklärungen bestätigen die Ziele Washingtons, eine größere militärische Präsenz Israels in diesem Kontinent zu begünstigen. Viele Jahre war Israels Präsenz in wirtschaftlicher Hinsicht als auch im Waffengeschäft gering. Heute geht es darum, aus Israel ein neues Einflußzentrum zu machen, das vermutlich das labile Gleichgewicht in Mittelamerika zugunsten der Vereinigten Staaten verändern wird.

Für Israel bedeutet diese neue Rolle u.a. die Möglichkeit, in den lateinamerikanischen Markt vorzudringen, und so die politische Isolierung zu durchbrechen, in der es sich von Seiten eines guten Teils der Länder der "Dritten Welt" befindet, die seine Expansionspolitik im Vorderen Orient nicht akzeptieren.

Die Besuche von Ariel Sharon (damaliger Verteidigungsminister) in Honduras und Costa Rica, von Ischak Shamir (Außenminister) in Uruguay und Argentinien und von Menachim Carmi (Generaldirektor der israelischen Staatskanzlei) in Chile, Bolivien, Peru und Paraguay, die zum Jahreswechsel stattfanden, zielten darauf, die neue Rolle, die Israel in Lateinamerika zu spielen gedenkt, zu festigen. Gleichzeitig erklärte der Ex-Präsident von Israel I. Navon: "Die Zukunft der Welt hängt nicht nur von China ab, sondern auch von Südamerika."

Die Suche nach neuen Handelsbeziehungen mit den lateinamerikanischen Ländern entspricht dem Bedarf Israels an Rohstoffen. Die Strategie des jüdischen Staates ist klar: den Waffenmarkt erobern, um danach zu einem wichtigen Exporteur von elektronischen und chemischen Produkten zu werden. Dazu muß sich Tel Aviv auf neue Energie- und Lebensmittelquellen stützen. Denn der Verlust einer seiner Hauptversorgungsquellen, des Iran, verschlossen ihm die Türen zum Erdöl des Vorderen Orients.

Lateinamerika - das begehrte El Dorado

Wenn auch die Gegenwart Israels in Lateinamerika in die 60er Jahre zurückgeht, so besitzt doch das neue strategische Vorhaben Züge, die für viele unbekannt sind.

Es geht um die Ausweitung der Handelsbeziehungen mit Ländern wie Mexico, Venezuela, Ecuador und Kolumbien, die geeignet sind, Israel mit Energie zu versorgen. Man muß wissen, daß Mexico und Venezuela 90% der Erdölproduktion Lateinamerikas kontrollieren. Außerdem hat Mexico bereits 1978 einen Vertrag mit dem israelischen Industrie- und Handelsminister Igal Horowitz unterzeichnet, der eine Erhöhung der israelischen Exporte an Stahl, chemischen Produkten, Elektronik und Phosphaten nach Mexico erlaubt. Im Gegenzug verpflichtete sich Mexico seine täglichen Erdölverkäufe an Israel von 20 000 auf 30 000 barrels zu erhöhen. In derselben Zeit unterzeichnete Argentinien, heute der wichtigste Kunde Israels, einen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem israelischen Wirtschaftsminister Itzhak Modai. Mit israelischem Kapital wurde in Buenos Aires eine Petroindustrie aufgebaut; außerdem importiert Argentinien aus Israel agroindustrielle Produkte. Der Vertrag sieht vor, daß Argentinien die Rechnung teilweise mit Gefrierfleisch begleichen kann. So konnte Israel seine Handelsbilanz ausgleichen, die in jenen Jahren positiv für Argentinien war. Auch der Handel mit Chile wies enorme Zuwachsraten auf.

Wenngleich die Handelsbeziehungen zwischen Israel und Lateinamerika noch verhältnismäßig bescheiden sind, wachsen sie doch mit riesigen Schritten. Betrug 1976 die Verkäufe Israels noch knapp 63 Mio \$, so überschritten sie 1981 bereits 300 Mio \$, was 4,5% des israelischen Gesamtexportes entspricht. Der wichtigste Partner ist Argentinien, gefolgt von Mexico, Brasilien, Chile, Venezuela, Ecuador, Peru, Paraguay und Guatemala.

Waffen lösen Traktoren ab

Der erste Schritt Israels, um das Vertrauen der lateinamerikanischen Regierungen zu gewinnen, war die Entwicklung der sogenannten "grünen Linie", der landwirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die gegenwärtige Periode bedeutet eine radikale Veränderung der Exportpolitik.

Nach Angaben des "Internationalen Instituts für strategische Studien" in London betrug der Militärbudget Israels 1981/82 7 Mrd \$, entsprechend 30% des Bruttosozialprodukts. Der Gewinn aus seinen Militärexporten im selben Zeitraum 1,3 Mrd \$. Allein 1981 machten Waffen etwa 40% der Gesamtexporte Israels aus. Der starke Zuwachs von Waffenproduktion und -export ließ Israel auf den 7. Platz der waffenexportierenden Länder der Welt rücken. Auch eine andere Zahl zeigt die Bedeutung, die dieser Sektor in der israelischen Wirtschaft erlangt hat: er beschäftigt 15% der Erwerbstätigen des Landes. 21 000 Menschen arbeiten bei "Israel Aircraft Industry", weitere 14 500 bei "Military Industry Israel", den beiden größten Waffenproduzenten des Landes.

Der Gedanke, mehr zu verkaufen, um sich besser zu verteidigen, steht hinter dieser Jagd Israels nach neuen Märkten. "Die Verteidigung Israels erfordert die Produktion von Waffen, und um zu produzieren muß mehr verkauft werden." So Menachim Carmi auf seiner Chilereise. Israel braucht Kunden, die im "Kampf erprobtes" Kriegsmaterial kaufen, um das Wachstum der Kriegsindustrie zu stärken.

ISRAELISCHE WAFFENVERKÄUFE NACH MITTELAMERIKA 1970 - 1980:

EL SALVADOR: 22 Transportflugzeuge ARAVA (STOL), 6 Trainingsflugzeuge Fouga Magister, 18 Flugzeuge Dassault Ouragan, 200 Raketenwerfer 80 mm, 200 9 mm-UZI-Maschinenpistolen, Munition, Ersatzteile.

GUATEMALA: 11 Transportflugzeuge ARAVA, 10 Panzer RBY Mk, 15 000 Galil-Gewehre 5,56 mm, 4 Feldausrüstungen, 3 Küstenwachboote vom Typ Dabier, Radarausrüstungen.

HAITI: 600 9mm-UZI-Maschinenpistolen, Gewehre.

PANAMA: 1 Aufklärungsflugzeug Westwind

NICARAGUA: 14 Transportflugzeuge ARAVA, Gewehre, Munition, Patrouillenboote, Radios, gepanzerte Fahrzeuge.

HONDURAS: 12 Flugzeuge Dassault Super-Mystère, 4 Transportflugzeuge ARAVA, 1 Aufklärungsflugzeug Westwind, 106mm-Mörser, 14 Panzer RBY Mk, 106mm-Gewehre, 5 Patrouillenboote Avora.

DOMINIKANISCHE REPUBLIK: 9mm-UZI-Maschinenpistolen, 12 Kampfflugzeuge Super-Mystère, 15 Transportflugzeuge Arava.

ISRAELISCHE WAFFENVERKÄUFE NACH LATEINAMERIKA 1982:

ARGENTINIEN: 22 Mirage IIIC, 10 Dagger Kampfflugzeuge, Shafrir- und Gabriel-Raketen.

BRASIL: 8 Irokesen-Hubschrauber,

KOLUMBIEN: 12 Kfir-Jagdbomber, Panzer und Artillerie

ECUADOR: 12 Kfir-Jagdbomber

HONDURAS: Kfir-Jagdbomber, RBY-Panzerwagen, Raketen und erbeutete PLO-Panzer, Gewehre, Raketenwerfer

VENEZUELA: 25 Raketenwerfer.

(Weitere Verkäufe kleineren Umfangs an andere Länder wurden ebenfalls getätigt.)

Ein weiterer israelischer Verkaufsschlager sind auch Second-Hand-Waffen, darunter die sowjetischen Waffen der PLO, die im Libanon erbeutet wurden.

Israelische Waffen unterdrücken besser

Den jüngsten Vertrag handelte Israel mit Costa Rica aus. Darin ist die Ausbildung eines anti-terroristischen "Sicherheitskörpers" innerhalb der Nationalpolizei vorgesehen. Dieser Vertrag wurde am Ende der Reise von Ishak Shamir und dem Präsidenten Luis Alberto Monge vor einigen Monaten unterzeichnet. Letzterer äußerte Interesse an israelischer Wirtschaftshilfe für Costa Rica und erklärte: "Ich bin überzeugt, daß das Volk und die Armee von Israel vor allem den Frieden und die Verständigung mit ihren Nachbarn wollen."

Die Verträge sehen außerdem vor, daß Costa Rica den Import landwirtschaftlicher Güter aus Israel erhöht. Costa Rica war das erste Land, das seine Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegte. In Anerkennung dieser Geste verschenkte die Regierung Menachim Begin einen Traktor und gewährte gleichzeitig einen Kredit von 7 Mio \$ zur Stärkung der schmalen Devisenreserven Costa Ricas. Das Interesse Israels für dieses kleine Land entspricht der Notwendigkeit, seine diplomatische Präsenz in Mittelamerika wieder ins Gleichgewicht zu bringen nach dem Verlust des alten Verbün-

deten und Kunden Somoza.

Mit derselben Perspektive hat Israel mit Honduras eine Übereinkunft über militärische Zusammenarbeit getroffen. Eine geheime Unterredung zwischen Ariel Sharon und General Gustavo Alvarez, dem starken Mann des honduranischen Regimes, sieht vor, daß Tegucigalpa Kriegsmaterial im Wert von 25 Mio \$ kauft. Auch ist die Entsendung von 50 israelischen Militärberatern vorgesehen. Nach Beendigung dieser Mission sollen diese jedoch das Land sofort verlassen, um die Entstehung einer politischen Abhängigkeit zu verhindern. Honduras sieht in dieser neuen Freundschaft die Möglichkeit, den modernen Jagdbomber Kfir C2 zu erwerben. Dank seiner modernen elektronischen Systeme kann dieses Flugzeug die sowjetischen Boden-Luft-Raketen SA-6 und SA-7, die die nicaraguensische Luftwaffe besitzt, neutralisieren. Neben den Kosten - schätzungsweise 100 Mio \$ für 12 Stück - gibt es noch ein weiteres Hindernis zu überwinden: das Veto der Vereinigten Staaten gegen den Verkauf von zu raffinierten Waffen an mittelamerikanische Staaten. Die honduranische Luftwaffe ist gegenwärtig eine gefürchtetsten des Isthmus, dank des Kaufes von 20 Super-Mystère hergestellt von "Israel Aircraft Industry".

"Ein guter Kunde"

Aber das Land, wo Israel zum erfolgreichsten Händler wurde, heißt Guatemala. "Wir bewundern Israel, wir halten den israelischen Soldaten gegenwärtig für den besten der Welt und er ist für uns Modell und Beispiel," erklärte 1981 der Chef des guatemalteken Heeres Benedicto Lucas García. Die militärischen Beziehungen zwischen Israel und Guatemala gewannen 1971 an Bedeutung, als der damalige General-Eyeil Laugerud García Tel Aviv besuchte, um wie auch 1974, 1977 und 1978 Kriegsmaterial zu erbitten. Nach Angaben von Spezialisten hat Israel zwischen 1978 und 1980 der Militärdiktatur Waffen im Wert von 270 Mio \$ verkauft, was 60% des guatemalteken Waffenimportes ausmachte. Offensichtlich wird ein Teil der Waffen über Venezuela an weitere Länder verkauft.

Innerhalb dieser engen Freundschaft muß auch die Hilfe Tel Avivs bei der Errichtung der "Schule für Kommunikation und Elektronik" des Heeres 1981 hervorgehoben werden. Diese Schule besitzt u.a. ein Radarsystem israelischer Fabrikation, das einen Panzer auf 120 km Entfernung und eine Person auf 20 km entdecken kann. Weiterhin besteht die Absicht, eine israelische Waffenfabrik in Guatemala zu errichten.

Die Israelis unterstützen weiterhin die Schaffung landwirtschaftlicher Genossenschaften im Rahmen des sog. "Systems zur Veränderung der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur", das von Lucas García begonnen und von Efraim Rios Montt weitergeführt wird. Ziel dieser Genossenschaften ist es, die sozialen Beziehungen in der Bauernschaft zu verändern, um die Kontakte zwischen den Bauern und der Guerrilla zu schwächen.

Erfreulicherweise bleibt diese neue Rolle Israels im eigenen Lande nicht unwidersprochen. Einzelne Abgeordnete der "Arbeitspartei", der "Mapam" und der "Bürgerrechtsbewegung" wollten letztes Jahr eine Gesetzesinitiative einbringen, die den Waffenhandel mit Diktaturen verbietet, aber sie fanden nicht die notwendige Unterstützung der Arbeitspartei. Die "Histradut" (Konföderation der israelischen Arbeiter), der Arbeiter, Angestellte, Bauern und Mitglieder von Genossenschaften angeschlossen sind, forderte letztes Jahr, dass der Verkauf von Waffen an Diktaturen "absolut Null" sei.

Quellen: D. Cusatto, "franja", Revista del Colectivo Latinoamericano de Trabajo Psico-Social, Brüssel, Nr. 28, März/April 1983, ergänzend LAWR, Le Monde Diplomatie

Antwort auf ein zynisches Dokument

Der folgende Text ist eine Reaktion von Angehörigen der Verhaftet-Verschwindenen auf deren pauschale Toterklärung durch die Militärs am 28.4.1983 (siehe LN 115).

Buenos Aires, 3. Mai 1983

Die gegenwärtige Militärjunta, Nachfolgerin der Juntas, die seit dem 24. März 1976 die Macht innehaben, hat sich eine Repräsentativität angemaßt, die das Volk ihr niemals gegeben hat, hat die Wahrheit verdreht, die Tatsachen verfälscht, die von militärischen Kommandos begangenen Greueltaten vertuscht und gerechtfertigt, als sie einen Bericht bekanntgab, der in Wirklichkeit eine wahrhaftige Gegenverfassung ist. Damit möchte sie einen Schlußstrich ziehen unter das dramatische Problem von Tausenden von Verhaftet-Verschwindenen.

Gestützt auf geheime Erlasse der verfassungsmäßigen Regierung, die sie später stürzte, will die Militärjunta nicht nur das rechtfertigen, was nicht zu rechtfertigen ist, sondern in einem wahrhaft mittelalterlichen Geist die Untersuchung und Verurteilung ihrer illegalen Handlungen der von der Verfassung eingerichteten Justiz entziehen, um sie dem Urteil Gottes und der Geschichte zu überlassen.

Die Militärjunta macht, mit dem üblichen Zynismus die Tatsachen verdrehend, aus unseren Verhaftet-Verschwindenen Flüchtlinge, Unterge-tauchte, bei Zusammenstößen Gefallene und nicht identifizierbare Wesen.

Wir haben ein ums andere mal die Falschheit dieser Behauptungen bewiesen.

Flüchtig und untergetaucht jene, die in 82% der Fälle lebendig aus ihren Häusern, von ihren Arbeits- und Studienplätzen, oder von der Straße weggeholt wurden, vor den Augen ihrer Angehörigen, Freunde oder Nachbarn - machtlosen Zeugen, die sahen, wie man sie geknebelt und mit verbundenen Augen wegschleppte?

Von welchen Zusammenstößen ist die Rede? Zusammenstöße bei denen es keine Verwundeten und keine Überlebenden gab? In Schulen, Häusern, Kinos, Fabriken, Bars?

Wer wird "nicht identifizierbar" genannt? In unserem Land ist als einem der wenigen der Welt die Registrierung der Fingerabdrücke aller Einwohner von Kindheit an obligatorisch und diese Fingerabdrücke werden mit einer hochentwickelten erkennungsdienstlichen Technik bei den sechs Geheimdiensten gespeichert.

40% der Verhafteten-Verschwindenen sind Arbeiter aller Industrie-zweige, einige Gewerkschaftsführer, andere Fabrikdelegierte, die Mehrzahl einfache Arbeiter, die für gerechte Forderungen kämpften. Andere sind Übersöhler und Studenten, Selbstständige und der Rest Haus-frauen, Priester und Nonnen, Händler Künstler usw.. Es gibt Verschwin-dene mit 83 Jahren und mit 20 Tagen. Babies, Kinder, Heranwachsende,

schwängere Frauen.

Bei welchen bewaffneten Zusammenstößen verschwanden diese Personen? Einmal mehr tritt die Militärjunta die Würde des argentinischen Volkes mit Füßen, mißachtet seine Sensibilität und Denkfähigkeit und hat damit eine allgemeine Abscheu im Innern wie im Ausland erregt.

Die Militärjunta bietet uns über das Innenministerium Angaben an - in den selben Büros, die wir sechs Jahre lang erfolglos aufgesucht haben und wo wir niemals eine einzige Information bekommen haben. Mit diesem Angebot versucht sie jetzt, die öffentliche Meinung zu verwirren.

Die Militärjunta sagt, sie wolle "ihren Teil der historischen Verantwortung, der ihr vor der Nation zukommt, übernehmen. So ist es nicht. Sie geben ihre Schuld zu, erklären sich aber juristisch und politisch für nicht verantwortlich, indem sie die Justiz umgehen wollen und ihre Handlungen messianisch als "Handlungen des Dienstes" erklären. Als ob man Folter, Entführungen und Morde als "Handlungen des Dienstes" bezeichnen könne. Die Militärjunta ist vom Volk identifiziert worden als alleinige Verantwortliche für die Durchführung des finsternen Repressionsplanes. Jetzt versucht sie, andere Sektoren und Institutionen der Komplizenschaft im Handeln oder durch Unterlassung anzuklagen und spielt sich so zur Richterin auf, wo sie Angeklagte sit. Die Militärjunta sagt, daß sei "alles, was sie zur Kenntnisnahme der Nation habe".

Wir Familienangehörigen der aus politischen Gründen Verschwindenen und Verhafteten sagen:

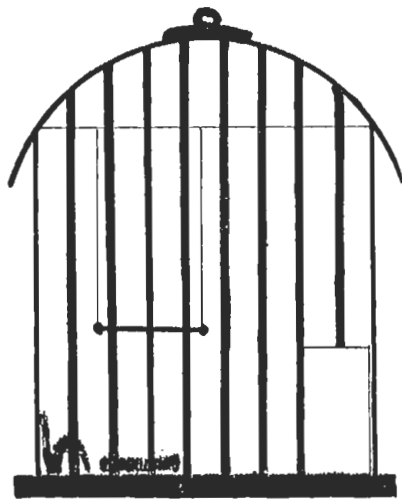
- Es wurden keine Fehler bei der Repression begangen. Sie war nach einem vorgefaßten Plan perfekt strukturiert und organisiert. Der Staatsterrorismus, der von den Oberbefehlshabern ausging und durchgeführt wurde, hatte die Ausschaltung der politischen und ideologischen Opposition und die Errichtung des Terrors zum Ziel, um die ganze Bevölkerung zum Schweigen zu bringen - ohne Rücksicht darauf, ob es Opfer am Rande der repressiven Handlungen gäbe.
- Es war notwendig diesen finsternen Repressionsplan zu verwirklichen, der tausende von Bürgern ins Gefängnis, in die Folter, in den Tod, in das Verschwinden und ins Exil getrieben hat, um die Wirtschaftspolitik des Ausverkaufs an den Imperialismus durchführen zu können, die Hunger und Arbeitslosigkeit gebracht hat.
- Es ist monströs, wenn die Junta sagt, sie würde auf die gleiche Weise wieder handeln, wenn immer es notwendig wird, und dabei von den gesammelten Erfahrungen profitieren; sie zeigt damit, daß sie bereit und vorbereitet ist, zu jedem Augenblick den ganzen Schrecken zu wiederholen, den wir in den letzten Jahren durchlebt haben, mit Folgen, die vielleicht noch tragischer sind als in der unmittelbaren Vergangenheit.
- Der finstere illegale Repressionsapparat, der die "Diensthandlungen" durchgeführt hat und drohend über dem argentinischen Volk schwebt, muß sofort zerschlagen werden, denn er ist eine ständige Bedrohung für die Prinzipien der Demokratie und für eine verfassungsmäßige Macht, solange er als parallele Macht existiert.
- Es ist weder juristisch noch verwaltungsmäßig möglich, mit einem einzigen Federstrich, ohne irgendeinen Beweis tausende von Verhafteten-Verschwindenen für tot zu erklären. Weder die Verfassung noch die Gesetze sehen eine Toterklärung dieser Art vor. Deshalb ist

diese juristische Verirrung ein Beweis mehr für die Illegalität der Junta.

- Wir bekräftigen einmal mehr unsere Gewißheit, daß es geheime Gefängnisse gibt, in denen Verschwundene leben.
- Mit der Unterstützung des argentinischen Volkes wird es unserem Kampf gelingen, sie aus diesen Gefängnissen zu befreien, in denen sie seit Jahren unmenschlich leiden.
- Heute halten wir mehr denn je unsere Fahne der Wahrheit und der Gerechtigkeit hoch.

Forderungen:

- + Lebendiges wiederauftauchen der Verhafteten-Verschwundenen, die in illegalen und geheimen Gefängnissen seit Jahren unmenschlich leiden.
- + Sofortige Herausgabe der verschwundenen Kinder an ihre legitimen Familien.
- + Freiheit für alle politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen.
- + Untersuchung der nicht identifizierten Leichen, die in Gräbern gefunden wurden.
- + Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen für Entführungen, Folter und Morde.
- + Auflösung des Repressionsapparats, der ungestraft einschüchtert und entführt.



María Alejandra

Dies ist kein Leerer
Käfig, sondern ein
freier Vogel.

MADRES PLAZA DE MAYO

“Barrio 2 de abril”

Die Wirtschaftskrise in Argentinien verschärft sich immer mehr, d.h. Massenarbeitslosigkeit, Reallohnabbau, Jahresraten der Inflation von bis zu 200%. Zunehmend sind von den Auswirkungen der Krise neben Arbeitslosen auch Arbeiter und Angehörige der Mittelschicht betroffen. Immer mehr Menschen sind auf Volksküchen angewiesen, um wenigstens einmal am Tag eine warme Mahlzeit zu bekommen (s. LN 112). Viele sind nicht mehr in der Lage ihre Mieten zu bezahlen, Folge hiervon ist die Zunahme der Landbesetzungen zu Wohnzwecken in den letzten Jahren. Von einer solchen Landbesetzung und dem auf dem besetzten Land entstandenen barrio berichtet der folgende Artikel.

Das "barrio de 2 de abril" ist ein "asentamiento", wie man in Argentinien Landbesetzungen zu Wohnzwecken nennt. Die Siedlung entstand Anfang 1981 in Rafael Calzada südlich von Groß-Buenos-Aires. Diese Art von Landbesetzungen hat in den letzten Jahren mit der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise zugenommen; ihre Protagonisten sind denn auch Arbeiter und kleine Angestellte, die von Arbeitslosigkeit und Reallohnsenkung aus ihren Wohnungen getrieben wurden.



Nach den Worten von Pater Orlando Yorio, dem Sekretär von Monsenor Novak, dem Bischof der nahegelegenen Diözese Quilmes (übrigens einer der wenigen argentinischen Bischöfe, die sich konsequent auf die Seite der Menschenrechtsorganisationen gestellt haben):

Ein großer Prozentsatz dieser Leute kommt nicht aus den "villas" (klassische Elendsviertel in und um Buenos Aires), sondern es sind Mieter, die ihre Mieten nicht mehr bezahlen können und auch junge Ehepaare, die sehr beengt bei ihren Familien lebten..." (Clarín, 12.12.1981).

Die Mieten sind an die Inflation gekoppelt, d.h. sie steigen monatlich um 20 und mehr Prozent – und das seit Jahren. Neben zahlungsunfähigen Mietern sind es auch Wohnungsbesitzer, die auf die Straße gesetzt werden, wenn sie die Hypotheken, die sie auf ihren Besitz genommen haben, nicht mehr bezahlen können.

Die Landbesetzungen sind sorgfältig vorbereitet: Nachdem ein Gelände ausgesucht ist, wird es von einer Vorgruppe so diskret wie möglich gesäubert. Die eigentliche Besetzung erfolgt dann möglichst schnell und massiv: In "2 de Abril" gingen 4 000 Menschen auf einmal in einer einzigen Nacht auf das Gelände, mit Möbeln und rudimentärem Baumaterial.



Diese Organisiertheit, wie auch die soziale Herkunft der Besetzer unterscheidet die "asentamientos" von den klassischen "villas de miseria", die durch das spontane Hereinströmen von Landflüchtlingen entstehen. Die "asentamientos" sind entsprechend geplant: das Gelände wird in Parzellen und "Häuser" blocks aufgeteilt und entsprechende Delegierte gewählt.

Selbstverständlich schaut das Militär nicht tatenlos zu, wenn auf solche Art und Weise zumeist staatliche Grundstücke besetzt werden. Als erste Repressionsmaßnahme wird in der Regel die Zwangsräumung versucht. In "2 de Abril" blockierten die Besetzer die anrückenden Baumaschinen mit einem Sitzstreik. Danach kam die polizeiliche

Einkreisung des besetzten Geländes, womit der Zuzug weiterer Besetzer, aber auch die Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten und der Kontakt der Besetzer nach außen unterbunden werden sollten. Diese kritische Phase durchlebte "2 de Abril" im Dezember 1981: Berittene Polizei hatte das Gelände vollständig umstellt, ließ niemanden hinein und niemanden heraus. Delegierte der Besetzer kamen zu Bischof Novak und baten dringend um Trinkwasser und Medikamente, weil sie den Ausbruch von Epidemien befürchteten. Durch die Blockade mußten viele Besetzer bei Wind und Wetter ohne ein Dach über dem Kopf ausharren.

Nachdem die Einkreisung aufgehoben wurde, griffen die Sicherheitskräfte zur systematischen Verhaftung der Delegierten. Die Besetzer demonstrierten darauf vor den Polizeikommissariaten und brachten so ihre Leute wieder frei. Seither gibt es keine direkten Angriffe mehr, nur noch eine ständige Überwachung.

In "de Abril" leben derzeit ungefähr 15 000 Menschen, 9 000 davon sind Kinder und Jugendliche, davon wiederum 3 000 im schulpflichtigen Alter. Aber nur ca. 1 000 gehen regelmäßig zur Schule. Wie im ganzen Land hat die Einschulung abgenommen. Insgesamt ging der Schulbesuch in Argentinien zwischen 1981 und 1982 um 50% zurück. Im "asentamiento" gibt eine Lehrerin auf freiwilliger Basis Unterricht, unterstützt von Eltern und älteren Schülern. Das Ganze findet in den Hütten statt und vor allem dann, wenn die Lehrerin Zeit hat, an den Wochenenden.

Zwar ist es gelungen, einiges zu organisieren: Handwerkskooperativen, mehrere Erste-Hilfe-Stationen, eine Kinderspeisung und einen Kindergarten. Aber es fehlt noch an Vielem: an Baumaterial (wenngleich eine Kommission, unterstützt von professionellen Architekten, versucht, eigene Baustoffe aus Lehm zu gewinnen), an Transportmitteln, an medizinischen Instrumenten und Medikamenten. Noch immer sterben monatlich 6 bis 10 Kinder an den Folgen der Unterernährung.

Die einzige Waffe der Besetzer ist die Organisation. Sie geht heute über das "asentamiento" hinaus. So ist es gelungen, über die Fabrikkommission der Milchfabrik "La Serenísima" Milch zu besorgen; auch spenden Stadtteilkomitees regelmäßig Gemüse.

Da die Bedrohung durch das Militär nicht nachgelassen hat, wurden Vorkehrungen getroffen: Gräben wurden um das "asentamiento" gezogen, und Nagelbretter liegen bereit, so daß keine Fahrzeuge reinkommen. Es gibt einen Wachdienst und eine Telefonkette, um gegebenenfalls von außen Unterstützung zu mobilisieren. Und natürlich wirkt sich das allgemeine Kräfteverhältnis im Lande, bei dem sich die Militärs in der Defensive befinden, derzeit positiv für das Weiterleben von "2 de Abril" aus.

(Nach Berichten eines Betroffenen),

In der letzten Nummer haben wir den schlechten Informationsfluß und unsere Schwierigkeiten mit der Einschätzung der Ereignisse bedauert und plötzlich erscheinen in verschiedenen Zeitschriften und Zeitungen Artikel, die sich mit Peru und den Zuständen dort befassen. Le Monde gibt am 1. Juni - anläßlich des dekretierten Ausnahmezustandes - eine Einschätzung über die zunehmend schwierigere wirtschaftliche Situation und die Probleme, die die Belaunde-Regierung damit und den politischen Kämpfen hat. Eine hoffnungslose Lage, in deren Hintergrund die Militärs mit einer Machtübernahme drohen.

Sehr ärgerlich hingegen ist der Artikel im Spiegel (Nr. 23 vom 6.6.83), der unter dem Titel "Krieg am Ende der Welt" erscheint. Man kann doch von einem Autor erwarten, wenn er schon keine Ahnung hat von dem Land, über das er schreibt, daß er wenigstens bemüht ist, bei seinen Darstellungen verschiedene Informationsquellen zu berücksichtigen und sich nicht nur auf die blutrünstige Sensationspresse und die offiziellen Meldungen stützt.

Es ist zu einfach, das, was sich im Hochland von Ayacucho abspielt und sich allmählich auf andere Gebiete ausdehnt, als ein Krieg zwischen zwei brutalen Gegnern, dem Militär auf der einen und Sendero auf der anderen Seite, darzustellen, zwischen dem die rückständige Bevölkerung zerrieben wird.

Am 9. Juni erschien im "Vorwärts" unter "Jene unbesiegbaren Hände" ein Bericht über Sendero Luminoso, der versucht, sich sachlich mit dieser "seltsamsten Guerilla in Lateinamerika" auseinanderzusetzen. Zwar gelangt der Autor nicht zu neuen Erkenntnissen, jedoch versucht er zumindest, seine Leser eher durch Hintergründe anstatt durch Sensationsjournalismus zu informieren.

Rückkehr zur Militärdiktatur

Landesweiter Ausnahmezustand

Am 30. Mai wurde für das ganze Land der Ausnahmezustand für die Dauer von 60 Tagen verhängt. Die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger sind größtenteils außer Kraft gesetzt. Hausdurchsuchungen und Festnahmen können ohne richterlichen Befehl durchgeführt, Verdächtige mehr als 24 Stunden ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten werden. Die Versammlungsfreiheit ist aufgehoben. Es herrscht Ausgangssperre.

Die ist für die im Mai 1980 an die Macht gekommene Zivilregierung eine einmalige Maßnahme und erinnert stark an das Vorgehen der vorausgegangenen Militärregierungen. Die Verhängung des Ausnahmezustandes war bisher im Wesentlichen auf die Konfliktzonen in den südlichen Anden und die Hauptstadt Lima beschränkt gewesen. Dieser Maßnahme vorausgegangen waren am 28. Mai eine Serie von Dynamit- und Bombenanschlägen in Lima, die allgemein der Guerillaorganisation Sendero Luminoso zugeschrieben werden. Rund ein Dutzend Hochspannungsmasten flogen in die Luft. Die Hauptstadt war Stunden in Dunkel gehüllt. Mehrere gleichzeitige Kommandos überfielen Banken, Geschäfte und 2 Polizeiwachen. In der Nähe des Präsidentenpalastes wurden 2 Bazookas (Mörser) und Kisten mit Dynamit gefunden. Eine Niederlassung von Bayer, eine der modernsten Kunstfaserfabriken in Südamerika und gleichzeitig einer der Hauptproduzenten in Peru, der die einheimische Naturfaserherstellung und deren Verarbeitung immer weiter vom Markt zurückdrängt, ging in Flammen auf. Verursachter Schaden: ca. 100 Mio DM.

500 Personen wurden bisher festgenommen. Tausende von Polizisten sind an der Suche nach Verdächtigen beteiligt. Die Umgebung von Lima ist abgeriegelt.

Die Vierte Etappe

Die 'velascistische' Wochenzeitschrift EQUIS X (Direktor: Julio Cabrera), die sich - trotz unterschiedlicher politischer Position - von vornherein ernsthaft mit dem SENDERO LUMINOSO auseinandergesetzt hat, berichtet in ihrer Ausgabe Nr. 337 vom 18.4.1983 über den VIII. Parteitag der PCdEP.

Ende März '83 findet in der Selva von Ayacucho der dreitägige VIII. Parteitag der PCdEP ("SENDERO LUMINOSO") statt. Zu dem Kongreß kommen neben mehr als 100 Delegierten aus Zentral- und Südperu auch 'camarada Gonzalo' Abimael Guzmán (mit mehreren seiner Doppelgänger) sowie die Guerilla-Kommandanten Osmán Morote, Luis Kawate, Julio César Mezzich, Hildebrando Pérez Huaranca und 'camarada Carlota' Tello Cutti. Im Rahmen von "Kritik und Selbstkritik" wird gemeldet, daß sich die ursprüngliche Zahl der ausgebildeten aktiven Kämpfer (1978: etwa 800) mittlerweile verdreifacht habe, obwohl insgesamt 50 Guerilleros inzwischen gefallen seien. Dank seiner Guerilla-Aktionen sei der SENDERO LUMINOSO nun auch so gut mit Waffen und Munition versehen, daß er die Unterstützungsangebote "eines sozialistischen Landes" ablehnen können.

Heftig kritisiert wird dagegen die eigene politische Arbeit, deren Mängel es den Streit- und Sicherheitskräften - vor allen Dingen den 'Sinchis' - ermöglicht hätten, durch subtile Terror- und Counter-Insurgency-Methoden bestimmte Teile der andinen Landbevölkerung zu indoktrinieren. Auch die militärische Notwendigkeit von Exekutionen wird wegen ihrer politischen Bedenklichkeit erneut diskutiert: besonders Osmán Morote plädiert für eine zumindest zeitweise Einstellung der Hinrichtungen, die der Bevölkerung gegenüber nicht immer in jedem Einzelfall hinreichend begründet werden könnten und dem Feind die Diffamierung der Guerilla unnötig erleichtere. Abimael Guzmán hingegen bedauert zwar, daß der Bewaffnete Kampf auch mit derartigen Mitteln geführt werden müsse, betont jedoch gleichzeitig, daß diese Taktik aus militärischen Gründen zur Zeit leider unverzichtbar sei.-

Unter anderem beschließt die PCdEP auf ihrem VIII. Parteikongreß, durch die folgenden Maßnahmen die 'Vierte Etappe des Bewaffneten Kampfes' (=Gründung und Ausbau von 'befreiten Gebieten') einzuleiten:

- Im Großraum Ayacucho sollen verlorengegangene 'befreite Gebiete' zurückerobert werden, um der Guerilla freie Beweglichkeit in ihrer Aktionszone zu sichern.
- Der unmittelbare Aktionsradius der Guerilla soll auf die Departements Lima, Junin und Cuzco sowie - über Andahuaylas hinaus - auf weitere Provinzen des Departements Apurímac ausgedehnt werden.
- Auf nationaler Ebene soll die politische Arbeit - insbesondere bei Militanten und Sympathisanten der Bewegung - verstärkt werden; durch internationale Kontakte soll zugleich um solidarische Unterstützung und Verständnis für den Bewaffneten Kampf der PCdEP und ihre Politik geworben werden.
- Durch Anwendung moderner Technik soll das größtenteils auf traditionellen Methoden beruhende Kommunikationssystem der Partei verbessert werden.

Über die schweren Verluste, die den Streit- und Sicherheitskräften durch selektive Kommandounternehmen und Einkesselung von Truppenverbänden im Rahmen der Ende März beginnenden Guerilla-Offensive zugefügt werden, berichtet die peruanische Presse laut EQUIS X kein einziges Wort...

Neue Enthüllungen im Mordfall der 8 Journalisten

Daraufhin wird in Huancasancos ein Polizeiposten installiert. Lucanamarca, dessen Bürgermeister Mitglied der Regierungspartei AP ist, wird offensichtlich zu einem Schwerpunkt in der Counterstrategie der Sinchis.

In dieser Kette der Auseinandersetzungen ist der Vorfall vom Ostersonntag zu betrachten.

Sie markieren eine neue Phase des Bürgerkriegs, wo größere Gruppen als bisher sich feindlich gegenüberstehen und von Seiten der Polizei und des Militärs auch ein zunehmend massiver Materialeinsatz stattfindet. So berichtet El Diario vom 13.4., daß nach Aussagen von geflüchteten Bewohnern aus der Region, von Hubschraubern der Armee aus Bomben auf die Dörfer und bestellten Felder geworfen wurden (zwischen dem 6. und 11.4.). Danach sollen Sichis aus nahegelegenen Unterständen in die Dörfer eingedrungen sein. In Espite wurden angeblich 9 Senderistas getötet, in San Jacinto soll ein Großteil der Bevölkerung umgebracht worden sein.

Für eine solche Erklärung sprechen auch die "Enthüllungen" des von Vargas Llosa geführten Untersuchungsausschuß zur Klärung des Massakers an den 8 Journalisten in Uchuraccay im Januar dieses Jahres: Der Geheimdienst und seine Organe schüren gezielt Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen Bauerngemeinden und hetzen sie ohne Rücksicht auf Verlust aufeinander. "Equis X" spricht von einer "Salvadorisierung" der Situation.

Hier jedoch die Wahrheit herauszubekommen, bleibt ein schwieriges, wenn nicht gar lebensgefährliches Unterfangen. Kaum ein Berichterstatter ist nach dem Mord an den 8 Kollegen mehr bereit, in riskanten Abenteuern und Recherchen sein Leben aufs Spiel zu setzen, um den Berichten der täglich in Ayacucho eintreffenden Bauern nachzugehen.

Schon im vergangenen Dezember lautete die Devise des damaligen Kriegsministers: "Um den Sieg zu erringen, müssen die Ordnungskräfte Senderisten und Nicht-Senderisten töten. Töten sie 60 Personen, befinden sich mindestens drei Senderisten darunter. Jedenfalls erklärt man anschließend öffentlich, die 60 seien Senderisten gewesen". (Spiegel Nr. 23 6.6.83)

Seit Januar haben sich die Morde in der Region vervierfacht.

General Clemente Noel Moral soll kürzlich versucht haben, die wenigen verbleibenden Richter in Ayacucho zum Schweigen zu bringen, die gegen die Massaker protestieren. (Latin American Weekly Report 83-21)

Mehr als drei Monate nach dem Massaker sind jetzt mehrere Filme und eine Kamera eines der Ermordeten aufgetaucht. Die Bilder, die kurz vor der Tat entstanden sein müssen, zeigen die Journalisten im Gespräch mit den Bauern und bei der Aushandlung ihrer Kameras. Diese Beweise widersprechen völlig den Berichten der Untersuchungskommission (Vargas Llosa), daß es sich bei dem Mord um eine "tragische Verwechslung" von Journalisten mit Guerilleros gehandelt hätte, die von den Bauern in einer spontanen und kollektiven Aktion angegriffen worden wären. Die Fotos zeigen, daß die Journalisten Gelegenheit hatten, sich zu identifizieren und die Bauern feststellen konnten, daß sie unbewaffnet waren.

Bleibt nach wie vor die Frage nach dem Tatmotiv. Wer hatte eine Interesse an dem Mord? Es gibt Vermutungen, daß die Journalisten auf der Suche nach Beweisen dafür waren, daß das Militär gezielt den Widerstand der Bauern gegen Sendero Luminoso aufbaut.

Zwei Tage nach der Veröffentlichung der Fotos, die eindeutig einzelne Bauern des Dorfes identifizieren, sollen als Polizisten verkleidete Personen unter einem Vorwand 25 Bauern aus dem Dorf gelockt und getötet haben. Ungeklärt bleibt, ob es sich bei dieser Aktion um einen Vergeltungsschlag von Sendero handelt oder um einen Versuch des Militärs, unliebsame Zeugen oder Täter aus dem Weg zu räumen. (TAZ 31.5.83)

Was passiert wirklich im Hochland von Ayacucho?

Auch in der Region von Ayacucho scheint sich die Situation weiter zugespitzt zu haben. Die offiziellen Meldungen von verlustreichen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Senderisten häufen sich. Hinzukommen Greuelberichte von Massakern, die angeblich beide Seiten an der wehrlosen Landbevölkerung begehen. So wurden im April offiziell 300 Tote gezählt, im Mai gar 400 (die wirklichen Zahlen liegen sicher höher). Und das Leichenzählen geht unvermindert weiter, ohne daß eine Untersuchung der Vorfälle von seiten unabhängiger Journalisten und Institutionen möglich wäre, da die die Region kontrollierenden Militärs niemandem den Zugang zu den betroffenen Gebieten gestatten. So bleibt auch weiterhin ungeklärt, was sich am Ostersonntag in der Bauerngemeinde Santiago de Lucanamarca, 100 km südlich von Ayacucho abspielte. Nach offizieller Berichterstattung sollten 200 "Subversive" (darunter 40 Senderistas und 140 Campesinos aus einer Nachbargemeinde) das Dorf überfallen und wahllos 67 Personen, darunter Frauen und Kinder mit Beilen brutal getötet haben. Aber Zweifel gegenüber diesen Berichten sind angebracht, zumal es nur einem Journalisten der regierungsfreundlichen Zeitschrift "Caretas" erlaubt war, General Roberto Noel Moral, der in der Region das Oberkommando führt, seitdem die Militärs die Macht dort übernommen haben, an den Schauplatz des Geschehens zu begleiten.

"Caretas" vertritt die Meinung, daß der Angriff auf Lucanamarca eine Strafexpedition von Sendero Luminoso gewesen sei. Die Region, in der Lucanamarca liegt, ist eine relativ wohlhabende Viehzuchtgegend. Zwischen 1981 und 1982 war der Einfluß von Sendero Luminoso dort erheblich. Er kontrollierte das Gebiet. Jedoch hätten sich die Bauern, die vom Markt abhängig sind, zunehmend gegen die Dominanz von Sendero Luminoso und vor allem Dingen gegen deren propagierte Abwendung von der Marktproduktion hin zur bloßen Subsistenzproduktion, gewehrt.

Die Wochenzeitschrift "Equis X" (provelascistisch) kommt zu ganz anderen Schlüssen. Bei dem Angriff auf Lucanamarca hätte es sich um eine Auseinandersetzung zwischen Senderistas und pro-senderistischen Bauern auf der einen und Sinchis und anti-senderistischen Bauern auf der anderen Seite gehandelt. Ein Konflikt, der schon lange in der Region schwelt und ganze Dörfer spaltet. Seit Anfang Februar werden immer mehr Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Comunidades, zwischen Anhängern und Gegnern von Sendero Luminoso innerhalb einzelner Comunidades bekannt, in die Sinchis und eine neue paramilitärische Gruppe "gente que mata gente" (Menschen, die Menschen töten) mitverwickelt sind. Diese Auseinandersetzungen konzentrieren sich auf die Region Huanta und vor allem auf das Gebiet um Lucanamarca in der Provinz Victor Farjado. In diesem Gebiet sind Anhänger von Sendero Luminoso traditionellerweise vertreten, es galt als sogenannte befreite Zone. Die Sinchis versuchen zunehmend, gewalttätige Auseinandersetzungen innerhalb der Comunidades zu schüren.

So hatten z.B. in den Dörfern Huancasancos und Saccasamarca Parteigänger von Sendero Luminoso die politische Organisation voll in ihren Händen und setzten z.B. ihre Vorstellungen von Umverteilung der Ernte durch. Offensichtlich wurden Sinchis als verkappte Comuneros in diese Dörfer geschleust und unterstützen die "reicheren" und bisher einflußreichen Mitglieder in der Comunidad in ihrem Versuch, eine Gegenfront zu den Sendero Luminoso-Anhängern aufzubauen. So wurden nach einem Bericht des El Diario vom 6.4.83 am 16. Februar eine große Zahl von Senderistas von sogenannten "patrullas comunales" vertrieben und flohen in das Nachbardorf Huancasancos. Diese "patrullas comunales" bilden den offiziellen Kern der paramilitärischen Gruppen und werden etwa seit Mitte Februar von den Sinchis gebildet und mit Waffen und Material ausgestattet. Von Huancasancos aus kehren ca. 160 Comuneros und Sendero Luminoso-Anhänger nach Saccasamarca zurück, um die dort gefangen gehaltenen Senderistas zu befreien. Dies wiederum ruft die Sinchis auf den Plan, die bei einer gewalttätigen Hausdurchsuchung auf der Suche nach Senderistas am 28.2. mindestens 8 Campesinos ermorden. Gleichzeitig führt diese Militarisierung zu einem Wiederaufleben alter Streitigkeiten zwischen den Comunidades; so wird berichtet, daß Comuneros aus Huancasancos und Saccasamarca gewalttätig gegen Einwohner der "reicheren" Nachbargemeinde Lucanamarca vorgehen, wobei 30 Menschen getötet worden sein sollen (El Diario 14.3.83)

Der ausufernde und unkontrollierbar gewordene Anti-Guerillakampf ist dem erst kürzlich berufenen Innenminister Fernando Rincón Bazo bereits zum Stolperstein geworden. Ende April trat er ohne näher bekanntgewordene Erklärung zurück. Sein Nachfolger, Luis Percovich Roca verkündete sofort, daß neue Antiterrormaßnahmen diskutiert werden müßten. Er gab bekannt, daß die geheißene Antiguerillaspezialeinheit "Sinchis" schrittweise aus dem Gebiet zurückgezogen und dafür eine speziell geschulte Sondereinheit der Polizei eingesetzt werden solle.

Aber die Guerilla und deren Bekämpfung ist nicht der einzige Schuh, der die Belaunde-Regierung drückt.

Marode Wirtschaft... und zunehmender Unmut der Bevölkerung

Während die Armee ihrem blutigen Geschäft in den Bergen nachgeht, suchen peruanische Regierungsbeauftragte die internationalen Finanzkreise auf, um sie um Stundung und Hilfe für ihre fällig gewordenen Schulden zu bitten. Wider die Erwartungen des IWF konnte Peru nämlich seinen Verpflichtungen - bei 28 Mrd US Dollar Auslandsverschuldung (Tagesthemen 9.6.83) - nicht nachkommen. Seit Monaten wird die bisher schlimmste Wirtschaftskrise beschworen. Regierungskreise zeichnen ein düsteres Zukunftsbild:

Für 1983 wird eine Null- oder negative Handelsbilanz erwartet, ein Rückgang des Bruttosozialproduktes um 5% und eine Inflationsrate zwischen 95% und 100%. Darunter fallen auch die verheerenden Schäden, die die Überschwemmungskatastrophe im Norden bzw. die anhaltende Dürre im Süden des Landes verursacht haben. Für 1983 steht ein Exportrückgang von 400 Mio Dollar an.

Hinzu kommt eine Reihe von Zusammenbrüchen von Privatbanken, verursacht durch as skrupellose Finanzgefahren von Bankiers, die mit geliehenem Geld in ihre eigenen Taschen und der von Familienangehörigen und Freunden wirtschafteten (dazunter auch Mitglieder der PPC, Juniorpartei in der Regierungskoalition) und dann das sinkende Schiff Richtung Ausland verlassen wollten. Die nationalen Banken sind zur Übernahme verpflichtet, wenn sie nicht eine Kettenreaktion auslösen wollen.

In den ersten Monaten des Jahres 1983 haben die Arbeitskämpfe merklich zugenommen.

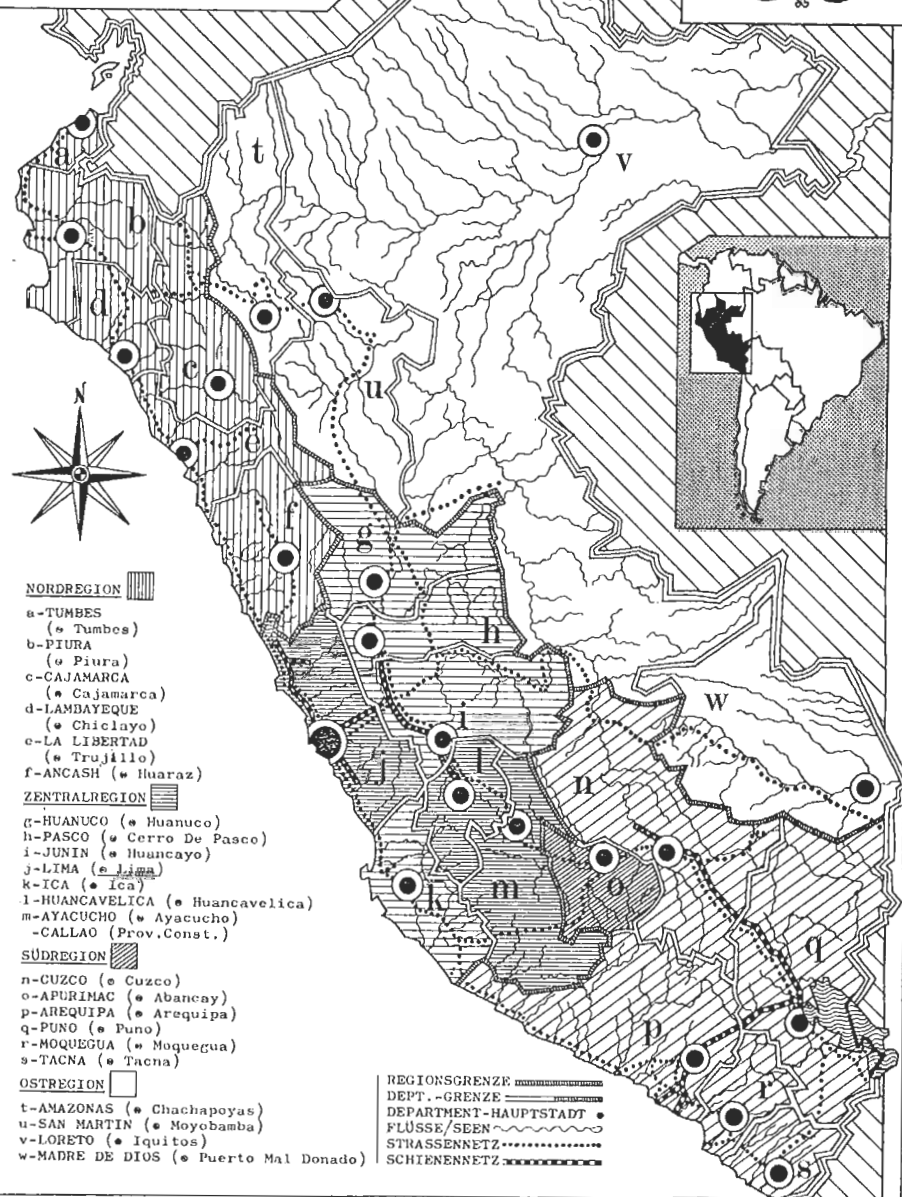
Wie bereits in LN 115 berichtet, fand am 10. März 1983 ein 1-tägiger Generalstreik für höhere Löhne und gegen die inflationistische Wirtschaftspolitik der Regierung statt. Er war vom größten gewerkschaftlichen Dachverband CGTP organisiert und vom kleineren CTP unterstützt worden. Obwohl die Regierung alles zu seiner Verhinderung daransetzte, ihn als "unpatriotisch" und "subversiv" deklarierte, soll er erfolgreicher verlaufen sein als die zwei vorhergegangenen

Streiks im Januar und September 1981. Hauptschauplätze der Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei, die 4 Tote und hunderte von Verhafteten kosteten, waren die Zufahrtswege zu den Elendsvierteln, wo Demonstranten mit Steinen und Barrikaden versuchten, den Bussen den Zutritt zu verwehren. Führer von radikaleren Einzelgewerkschaften drohten einen Generalstreik an, der alle außerhalb der traditionellen Gewerkschaften stehenden Kräfte, wie Bauern und Elendsviertelbewohner mit einbeziehen soll. Die CGTP-Führung übte jedoch diesbezüglich Zurückhaltung. Die Regierung kündigte eine Änderung des Strafrechts an, die es künftig möglich machen soll, Organisatoren von "politischen" Streiks zu belangen.

Längere Streiks fanden auch in den größten Bergwerken des Landes statt. Am 26. Mai besetzten arbeitslose Bergarbeiter die schwedische Botschaft und das Gebäude der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) in Lima, die sie nach 6 Stunden friedlich wieder verließen.

Mit ihrer Aktion protestierten sie dagegen, daß ein von der Regierung zugesagter Sozialplan bisher nicht erfüllt worden war. Viele von ihnen kommen aus im Süden gelegenen Unternehmen, die wegen "Unrentabilität" geschlossen wurden. Sie waren vor 7 Monaten mit ihren Familien nach Lima marschiert, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Dort harren sie seitdem unverrichteter Dinge aus.

PERU: Departments nach Regionen



Der Leuchtende Pfad' auf Abwegen

Ein Diskussionsbeitrag

Über ganz Peru ist Ende Mai der Ausnahmezustand verhängt worden. Eine Maßnahme, die Sendero Luminoso, als ein Ziel des Kampfes, die Auslösung eines "eskalierenden Mechanismus" propagierend (vgl. LN 115, S. 55), sicherlich für sich als Erfolg verbucht. Die Auswirkungen dieser zunehmenden Polarisierung der peruanischen Gesellschaft nimmt Sendero Luminoso dabei leichtfertig in Kauf.

Man muß sich allerdings fragen, warum die Regierung den Ausnahmezustand gleich auf ganz Peru ausweitete, denn die Aktionen Sendero Luminosos beschränken sich noch immer auf nur einige Teile des Landes, ohne bis jetzt nationale Schlagkraft entwickelt zu haben. Aber den Militärs, sicher nicht ganz unbeteiligt an der Verordnung Belaúndes, kann dies nur recht sein. Denn so wird ihnen zumindest die Möglichkeit erleichtert, innenpolitisch auf breiter Ebene aktiv zu werden, im Sinne einer Fortsetzung des militärischen Eingreifens auf nationaler Ebene.

Der Einsatz von Militäreinheiten in der Region von Ayacucho hat das militärische Element im peruanischen Kabinett enorm gestärkt, ohne zu internationalen Komplikationen zu führen. Berichte über Gefangenenerhöre durch Militärs weisen in Richtung auf eine erneute Militärgerichtsbarkeit. Eine Verfassungsänderung zur Wiedereinführung der offiziellen Todesstrafe beziehungsweise eine Systematisierung staatlichen Mords und Liquidierungen durch paramilitärische Formationen sind in greifbare Nähe gerückt oder bereits Realität.

Das bloße Verkünden einer revolutionären Situation als Begründung für unklare und undurchschaubare militärische Aktionen hat zur Folge, daß in den letzten 3 Jahren viel Blut vergossen wurde und die Regierung bewußt ein Klima entwickeln konnte, in dem alle fortschrittlichen Kräfte brutale Unterdrückung hinnehmen mußten. Belaúnde ist in die Lage versetzt worden, international weiterhin gesichert zu bleiben - ein durchaus wichtiger Aspekt bei der hohen Auslandsverschuldung Perus - aber nach innen jede Handhabe zu besitzen, um politische Gegner jeder Couleur nachhaltig eliminieren zu können.

Das Antiterrorgesetz hat bisher zu tausenden von Verhaftungen geführt; Gefangenentötungen auf der für politische Häftlinge reservierten Gefängnisinsel "El Frontón" kommen vor. Unter dem Antiterrorgesetz verhaftete Mitglieder von Sendero Luminoso treffen sich dort mit inhaftierten Vertretern der Bauerngewerkschaften, denen sie gerne vorwerfen, Handlanger des Regimes zu sein.

Besonders bemerkenswert an der Stellung von Sendero Luminoso innerhalb der Volksbewegung ist das Fehlen jeglicher Kommunikation oder vorwärtstreibender Auseinandersetzung mit der Mehrheit der Linken in "Izquierda Unida" und den Gewerkschaften, die eine lange Tradition sehr effektiver politischer Kämpfe haben. Die meisten Parteien, die der "Izquierda Unida" angehören und die so sehr von Sendero Luminoso angegriffen werden, entstammen ja der Erfahrung mit der Guerrilla in den Jahren 63-65. Nach deren Niederschlagung

dauerte es Jahre, bis sich die linke Bewegung wieder formiert hatte und sich stärkeren politischen Einfluß sichern konnte. Diese Gefahr besteht nun abermals, jedoch mit dem Unterschied, daß die Regierung Belaúndes über effektivere Mittel zur Unterdrückung verfügt und die andauernde Wirtschaftskrise unter diesen Umständen die Gewerkschaftsorganisation und -bewegung zu zerbrechen droht.

Sendero Luminoso ist nicht bereit, Kräfte anzuerkennen, die in den letzten Jahren Zielscheibe staatlicher Unterdrückung darstellten, wischt ihre Präsenz mit vorgefertigten Vokabeln aus der internationalen ideologischen Auseinandersetzung vom Tisch und demonstriert damit leider einen bedauerlichen Mangel an der Fähigkeit, sich zu nationalen Problemen deutlich und unverklausuliert zu äußern. Diese Sprache bringt Sendero Luminoso den Interessen der Bevölkerung keineswegs näher und führt zu keinem Verständnis für die von ihnen entwickelte Strategie, die im Nebel diffuser und unerklärter Aktionen verschwindet.

Bereits die Unmöglichkeit, zu unterscheiden zwischen tatsächlichen Aktionen von Sendero Luminoso und denen nutznießender Gruppen wie Polizei und Militär, zeigen die Isolation von Sendero Luminoso deutlich und machen in diesem diffusen Zwielficht von Bombenattentaten, Racheaktionen und gezielten Angriffen eine nationale Perspektive völlig unmöglich.

Für jede Guerrillabewegung ist die Vermittlung von politischer und militärischer Zielrichtung von entscheidender Bedeutung. Es liegt auf der Hand, daß die militärische Rationalität die politische Zielrichtung der Bewegung verdrängen kann oder den politischen Mißerfolg mit militärischen Mitteln zu verdecken sucht. Eine solche Tendenz läßt sich in den gegenwärtigen Aktionsformen von Sendero Luminoso feststellen und führt zu dem fatalen Ergebnis, daß sich der staatliche Repressionsapparat und Sendero Luminoso mit einer politisch entleerten, lediglich militärischen Rationalität von Sieg und Niederlage in diesem "Guerra Sucia" gegenüberstehen.

Dabei gehen vor allem die Campesinos drauf, die zumindest unter den gegenwärtigen Bedingungen mit diesem Krieg nichts zu tun haben wollen, aber aufgrund der militärisch zugespitzten Situation in den ehemaligen "befreiten Zonen" Position beziehen müssen, um ihr Überleben zu sichern. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß sie sich zunehmend unter den sogenannten Schutz der regionalen Militärregierung als Ordnungsmacht begeben. Ein Schutz allerdings, der aufgrund der geographischen Gegebenheiten äußerst lückenhaft ist. Von daher ergibt sich die Konsequenz, daß dieser regionale Krieg noch lange zwischen den Fronten hin und her schwanken kann. Dies kommt den Militärs wahrscheinlich garnicht so ungelegen, verstärkt es doch weiterhin ihre Funktion als politische Ordnungsmacht in der Region Ayacucho und als politischer Machtfaktor im nationalen Kontext überhaupt.

"El Diario de Marka", die einzige Oppositionszeitung mit einer anerkannten seriösen Berichterstattung aus Ayacucho (auf die sich übrigens auch der Artikel in LN 115 bezieht), bringt jede Woche Meldungen über blutige Auseinandersetzungen, die obige Schlußfolgerungen nur bestätigen können. Hier nur als Beispiel eine kurze Darstellung der jüngsten Vorkommnisse in der Region Huanta:

Am 19.5. hat eine 70 Mann starke und gut bewaffnete Einheit von Senderistas einen Rachefeldzug gegen die Comunidades ARANHUAY und UCHURACAI durchgeführt, in dessen Verlauf mindestens 70 Campesinos getötet wurden. Unter anderem wurde der Bürgermeister der Comunidad Aranhuy mit seiner gesamten 15-köpfigen Familie aus der Kirche, in die ein Teil der Einwohnerschaft vor den Senderistas geflohen war, herausgetrieben und die gesamte Familie wurde auf dem

Dorfplatz mit Kopfschüssen hingerichtet. Die Begründung: Der Bürgermeister gehöre der paramilitarischen Gruppe "gente que mata gente" an, die den Kampf gegen Sendero Luminoso auf ihre Fahne geschrieben hat und so etwas wie eine von offizieller Seite unterstützte "Bürgerwehr" darstellt.

Danach flohen die Bewohner des Dorfes in die nächstgelegene Comunidad San José de Secce und baten dort um Beistand gegen die nachrückenden Senderistas. Die sich formierende Gruppe von schlecht (d.h. mit Hacken, Spaten, Stöcken usw.) bewaffneten Campesinos wurde auf offenem Gelände von den Senderistas gestellt, wobei mindestens 70 Campesinos getötet wurden.

Dies ist die Rache für drei Senderistas, die im Februar in dieser Gegend umgebracht worden waren. In Uchuraccay wurden zur gleichen Zeit 25 Campesinos "hingerichtet", die angeblich an der Ermordung der 8 Journalisten beteiligt waren. Hier ist die Situation noch verworrener. Nach Aussagen von geflohenen Campesinos sollen die Senderistas diese Aktion als Polizisten verkleidet durchgeführt haben. Allerdings könnte es sich auch um paramilitarische Gruppen gehandelt haben. Aber letztlich kann es den Campesinos vollkommen gleichgültig sein, von wem sie umgebracht werden und für wessen Rachegelüste ihr Leben aufs Spiel gesetzt wird, für welche Seite sie nach althergebrachtem Muster funktionalisiert werden.

Auf dem Hintergrund solcher Vorkommnisse - und dies ließe sich allein für den Zeitraum April/Mai mit vielen weiteren Beispielen belegen - verbietet sich jede Verniedlichung in dem Sinne, daß es sich dabei um eine zwar bedauerliche, aber von staatlicher Seite quasi aufgezwungene Lynchjustiz handele, die ihre Berechtigung in der angeblich historischen Mission von Sendero Luminoso fände, oder um einzelne Racheakte, denen man selbstkritisch zu begegnen habe. Es handelt sich doch dabei offensichtlich um die gleiche Phrasendrescherei, allerdings jetzt im linksradikalen Gewand, die die Campesinos von seiten des staatlichen Machtapparats zur Genüge kennen.



Flugblätter, die zur Zeit in Ayacucho kursieren: Regierungsflugblatt, das sich auf den Allpachaca-Überfall bezieht (links); Guerilla-Flugblatt, das den verantwortlichen Militärkommandanten, General Noel, als Blutsauger darstellt (rechts).

REZENSIONEN

Eduardo Galeano, GEBURTEN - Erinnerung an das Feuer (1)
Peter Hammer-Verlag, Wuppertal, 1983, 368 Seiten

Das vor nunmehr genau 10 Jahren zum ersten Mal auf deutsch veröffentlichte Buch "Die offenen Adern Lateinamerikas" des uruguayischen Sozialisten und Publizisten Eduardo Galeano durchbrach eine seit dem 16. Jahrhundert andauernde Tradition und machte seinen Autor schlagartig in Europa bekannt.

War die Geschichte der ehemaligen Kolonien Europas bis dahin ausschließlich aus der Sicht der ehemaligen Kolonialherren geschrieben worden, so hatte es Galeano geschafft, die Geschichte des von Spaniern, Portugiesen, Engländern, Franzosen und Holländern militärisch besetzten Kontinents aus der Sicht der Eroberten zu schreiben - und zwar für ein breites Publikum, d.h. anschaulich und geradezu spannend wie einen Krimi. Das stumme Leiden der in den Gold- und Silberbergwerken des Vizekönigreichs Peru millionenfach sterbenden Indios, die Klagen der in die Karibik und an die Ostküste Brasiliens verschleppten Sklaven aus Afrika, die Schreie der ausgepeitschten Landarbeiter auf den Latifundien Kolumbiens, Chiles und Argentiniens bilden in Galeanos Darstellung die bittere Begleitmusik für den prunkvollen Aufstieg Spaniens zur Weltmacht. Mit analytischer Schärfe und wissenschaftlicher Präzision weist er nach, daß das notwendige Kapital für die Industrialisierung Englands vor allem aus Südamerika stammt. Das "wright or wrong - my country" wurde zur jeder moralischen Anfechtung enthobenen Maxime des heraufziehenden Kapitalismus. Die britischen Seeräuber besorgten sich die kostbaren Edelmetalle auf dem freien Weltmeer. Dafür wurden sie nicht - wie es den ehernen Gesetzen der christlichen Seefahrt entsprechen hätte - gehängt, sondern von ihren Königen geadelt. Die Produktionskosten des Silbers reduzierten sich so für Britannien im 17. und 18. Jahrhundert gewissermaßen auf die bloßen Transportkosten.

Während Galeano also in den "Offenen Adern" eine faszinierende Analyse der Geschichte Lateinamerikas als kontinuierliche (sich steigernde und in den Formen ständig sich verändernde) Abhängigkeit und Ausplünderung durch die Europäer vorlegt, benutzt er in seiner Trilogie "Geburten", deren erster Band - "Erinnerung an das Feuer" - jetzt auf deutsch erschienen ist, die Methode der Dokumentation.

Von den präkolonialen Mythen der indianischen Hochkulturen angefangen, stellt er authentische Geschichten, Skizzen, Episoden und Dokumente kommentarlos nebeneinander, so daß sich dem Leser ganz allmählich das große Mosaik einer 500-jährigen Geschichte und ihrer Antriebskräfte erschließt. Die Interpretation des Autors liegt in der Auswahl und in der sachlich-neutralen Darstellung der Ereignisse, die ohnehin für sich sprechen. Dieser Lesebuch-Charakter birgt freilich die Gefahr in sich, daß derjenige, der eine umfassende Einführung in die Geschichte Lateinamerikas sucht, enttäuscht sein kann. Für den Leser mit einigen Vorkenntnissen und für den Spezialisten hingegen bietet sich ein vertrauter Stoff in hellem Licht und in reicher Fülle dar.

Der lateinamerikanische "machismo" z.B. ist bisher überwiegend als Produkt spanischer Konquistadoren-Mentalität - versetzt mit orthodoxem Katholizismus - interpretiert worden. Die Frau wird dabei als willenloses Objekt der Männer und nur innerhalb des Begriffsdreiecks von Jungfrau, Mutter oder Hure begriffen. Galeano fügt mehrere Beispiele aus der indianischen Mythologie hinzu, die auf eine drastische Beendigung der früheren Vorherrschaft der Frau durch die Männer hindeuten und weist so auf eine spezielle indianische Komponente des machismo hin.

"In versunkenen Zeiten saßen die Frauen im Bug der Kanus und die Männer im Heck. Die Frauen jagten und fischten. Die Frauen verließen die Dörfer und kehrten heim, wann sie konnten oder wollten. Die Männer bauten die Hütten, kochten das Essen, hüteten die Kinder und gerbten die wärmenden Felle."

So war das Leben bei den Ona- und Jagan-Indianern auf Feuerland, bis die Männer eines Tages alle Frauen umbrachten und sich selbst die Masken aufsetzten, die die Frauen ersonnen hatten, um den Männern Angst einzujagen. Nur neugeborene kleine Mädchen wurden bei dem Gemetzel verschont. Die wuchsen nun heran und bekamen von den Männern einge-redet und weisgemacht, sie seien zum Dienst an den Männern bestimmt. Und sie glaubten es. Auch ihre Töchter glaubten es, und die Töchter ihrer Töchter."

Bei den Waiwai-Indianern waren es die heiligen Flöten, die den Frauen Macht verliehen - bis sie ihnen von Jurupari, einem menschlichen Sohn des Sonnengottes, der sich über die Herrschaft der Frauen auf der Welt geärgert hatte, gestohlen wurden. Seitdem herrschen die Männer. Und jede Frau, die sich dem Versteck der heiligen Flöten nähert, hat ihr Leben verwirkt. Juruparis Mutter, die das Versteck eines Tages fand, wurde vom eigenen Sohn zum Tode verurteilt.

Solche Mythenspielen besonders in den andinen und mittelamerikanischen Ländern mit starkem Indio-Anteil noch heute eine Rolle. Sie bestimmen die täglichen Lebensgewohnheiten der Menschen. Dies zu ignorieren, hieße ihre Auffassung vom Leben, ihr Verständnis von Politik und Gesellschaft zu verkennen. Bestimmte Pflanzen haben für sei eine Bedeutung, die weit über die eines bloßen Nahrungs- oder Genußmittels hinausgeht.. Galeano hat u.a. die Geschichte des Tabaks, der Kartoffel und des Mate-Strauches ausgewählt.

Die Vorstellung eines hektischen Zigarettens-Rauchers paßt allerdings so gar nicht zu der Überzeugung der Indios, daß man sich beim Rauchen mit Gott unterhält. Gott selbst - in der Erzählung als gütiger Großvater beschrieben - habe den Indianern den Tabak geschickt.

Die Kartoffel, wahrscheinlich das beste Geschenk der Neuen Welt an Europa, ist ebenfalls göttlichen Ursprungs: ein Häuptling schwamm zur Insel Chiloe, um die Götter beim Liebesspiel zu beobachten, denn er wollte auch wie die Götter lieben. Zur Starke für seine Neugier versenkte die Götter ihn unter die Erde, übersäten seinen Leib mit blinden Augen und verdammt ihn dazu, von anderen gegessen zu werden.

Dem Mate-Strauch wird eine freundlichere Entstehungsgeschichte nachgesagt: er ist ein Geschenk des Mondes an arme Bauern, die ihm bei einem Erdenbesuch ihre letzte Tortilla gereicht hatten. "Der Mate-Tee weckt die Verschlafenen, bessert die Faulenzer und macht Menschen, die sich nicht kennen, zu Brüdern". Das dargereichte Gefäß mit Mate-Tee zurückzuweisen, ist deshalb mehr als eine bloße Ungeschicklichkeit oder Unhöflichkeit; es hat fast schon den Charakter eines feindlichen Aktes.

Ausführlich befaßt sich Galeano mit den ersten Quellen der nachkolumbianischen Eroberungsgeschichte. Er stellt zahlreiche Episoden vor, in denen die brutale Zwangschristianisierung der Indianer durch die Spanier geschildert werden. Viele Indios wollten mit einer Religion, deren Verkünder so grausam mit ihnen umgingen, nichts zu tun haben und entzogen sich dem durch Selbsttötung. "Hatuey, der Indianerhäuptling in der Guahaba-Region, beging nicht Selbstmord. Er floh mit den Seinen auf einem Kanu von Haiti und tauchte in den Höhlen und Wäldern Ostkubas unter. Dort zeigte er auf einen Korb Gold und sagte: - das ist der Christengott. Seinetwegen verfolgt man uns. Seinetwegen mußten unsere Eltern und Geschwister sterben. Tanzen wir ihm etwas vor! Wenn ihm unser Tanz gefällt, gebietet dieser Gott, daß man uns nicht mißhandelt. Drei Monate später wird Hatuey ergriffen. Er wird an einen Pfosten gebunden. Bevor das Feuer entfacht wird, das ihn zu Asche und Kohle verbrennen soll, verspricht ihm ein Priester Seligkeit und ewigen Frieden, falls er sich taufen läßt.

- Kommen in diesen Himmel auch die Christen?

- Ja.

Hatuey entscheidet sich für die Hölle, und das Brennholz beginnt zu knistern."

Aber Galeano dokumentiert auch den Widerstand einer Minderheit von Christen gegen die Ausbreitung ihrer Religion mit Feuer und Schwert. Der leidenschaftliche Anwalt der Indios, Pater Bartolomé de Las Casas, ist der Begründer einer theologischen Tradition, die die Praxis des Christentums in den Vordergrund ihrer Überlegungen stellt. Nichts anderes macht die gegenwärtige "Theologie der Befreiung",

der lateinamerikanischen Beitrag zur aktuellen theologischen Diskussion. Gleichzeitig ist sie aber mehr als ein Diskussionsbeitrag: sie hat etwas mit der politischen Praxis zu tun - und das macht sie in den Augen konservativer Politiker und Theologen gefährlich..

Galeano hat die Auswahl der Dokumente wohl nicht zuletzt unter dem Aspekt getroffen, daß sie dem Leser historische Zusammenhänge deutlich machen, die als Erklärung für eine Reihe gegenwärtiger politischer und sozialer Probleme Lateinamerikas dienen. Da er das völlig ohne Kommentar tut, gelingt es ihm überraschenderweise besonders gut. Wem das paradox erscheint, der sollte um so eher dieses Geschichtsbuch lesen, in dem Geschichte -- obgleich manchmal geradezu anekdotenhaft dargeboten - eine aktuelle und politische Brisanz gewinnt.

Welchen Sinn, wenn nicht diesen, kann Geschichte für die Lebenden haben?

Die gesetzlichen Bestimmungen für den Rüstungsexport der BRD

So heißt der Titel einer Dokumentationsbroschüre der Anti-Apartheidbewegung. Als am 27. Mai 83 ein Anschlag in der südafrikanischen Stadt Pretoria erfolgte gab es auch in unseren Medien ein Aufhorchen. "Schwarzer Terror, weiße Rache", so der Titel im SPIEGEL am 30. Mai 83. Weiter heißt es da: "Südafrika zieht wie ein Magnet Sowjet-Waffen für die Schwarzen ans Kap, an den strategischen Kreuzpunkt und Rohstoff-Giganten." Im STERN vom 1. Juni 83 beschreibt ein Redakteur, weshalb am Kap der Guten Hoffnung eine Weltkrise droht. "Es ist wahr, wenn F.J. Strauß sich durchsetzte, käme es noch schlimmer in der Bonner Südafrika-Politik. Unser Volk, das am bitteren Ende des brutalen Rassenwahns aller Zeiten auf immer zu ertragen hat, machte sich zum Freund und Komplizen des bedrohlichen beharrlichsten Rassistenregimes der Gegenwart." Oft ist solch ein Satz im STERN nicht zu finden.

Auch wenn der SPIEGEL mal wieder die Sowjetunion heranholt oder der STERN auf einer Zeitschriftenseite die Menschenrechtsverletzungen anprangert, wird in beiden tunlichst verschwiegen, was die Broschüre aufdeckt. Der Untertitel deutet es an: "Widerspruch zwischen Möglichkeiten und tatsächlicher Politik - am Beispiel von konventionell-militärischen und nuklearmilitärischen Lieferungen an das Apartheidregime in Südafrika. Vielleicht hätte man hier einen verständlicheren Untertitel wählen sollen. Nun, was gibt es nicht alles zur Verhinderung solcher Geschäfte: das Grundgesetz, das Kriegswaffenkontrollgesetz, Außenwirtschaftsgesetz, UN-Waffenembargo gegen Südafrika, Atomwaffensperrvertrag. Die Gesetzestexte werden ausführlich dargestellt im Dokumentenanhang.

In der Einleitung sind all die Machenschaften dargestellt, wie die Gesetze umgangen werden, was somit die oftmals grauen Gesetzestexte auffrischt. So u.a. daß Südafrika den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat. Doch was stört das die profitträchtigen Firmen, die wichtige Teile für eine Urananreicherungsanlage (schon das Wort ist erschreckend) nach Südafrika exportieren. Da werden Minensuchboote zur Ausfuhr genehmigt, unter dem Vorwand... "für die Ausführung von geophysikalischen Forschungsarbeiten." In Südafrika stellt VW Jeeps her. Dies sind nur einige Beispiele.

Diese Broschüre ist im Hinblick auf den Waffenhandel mit der Dritten Welt interessant. Es wäre für andere Dritte Weltgruppen eine Anregung dies auch für andere Länder (Südamerika, Afrika, Asien) aufzudecken. Solche Hintergrundinformationen wären für die Öffentlichkeit notwendig um die Heucheleien der Bundesregierung und ihrer Helfershelfer offen darzustellen. Die Broschüre fast 70 Seiten und ist für jedermann/frau erschwinglich.

zu erhalten bei: Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und Westberlin e.V., Blücherstraße 14. 5300 Bonn 1

Jürgen Zimmer (Hrsg.): Pädagogik der Befreiung

Lernen in Nicaragua, München 1983

Hier hat einer, der wenig oder gar nichts über Nicaragua weiß, der aber wahrscheinlich "up to date" sein will, in seiner Wissenschaft es fertiggebracht, über das Thema "Entkolonialisierung des Lernens" ein solches Sammelurium an Beiträgen zusammenzustellen, daß einem die Lust vergehen kann, sich die Rosinen herauszupicken, die darunter versteckt sind. (Etwa der Bericht von Sissi Karnehm über ihren Einsatz bei der Impfkampagne und einige andere mehr)

In der Mehrzahl finden sich hier Regierungserklärungen und brave, glatte Erfolgsberichte, als Pflichtübungen verfaßt, ohne Anschauung, ohne Benennung der Probleme, die jetzt, bald vier Jahre nach dem Sieg der Sandinisten satzbar bekannt und viel diskutiert sind.

Wer diese Beiträge liest, hat kaum an Ahnung gewonnen. Dafür aber einige schiefe Vorstellungen bekommen.

Hier wird zwar theoretisch erörtert, wie schwer es ist, das Lernen zu entkolonialisieren, aber die lebendige, konkrete Auseinandersetzung findet fast nirgendwo statt.

Dabei ist satzbar bekannt, wie schwierig es war, die Nicas von der Pädagogik der Befreiung zu überzeugen, wie schwer sich auch Paolo Freire dort getan hat und wie viele Projekte und Vorstellungen zunächst gescheitert sind.

Es ist bekannt, wie schwierig es ist, die Bewohner der armen Vororte zur Sauberkeit "umzuerziehen", ihnen klar zu machen, daß teure US-amerikanische Medizin und deutsche Antibiotika nicht Ausdruck volksfreundlicher Medizin sind. Viele Ärzte haben große Schwierigkeiten, den Leuten klarzumachen, daß sie die teuren Medikamente, die ihnen Somoza zu Unrecht vorenthielt, von den Sandinisten zu Recht nicht bekommen.

Es wäre so viel zu diskutieren und zu hinterfragen, was im Laufe der letzten Jahre bezüglich solcher Umlernprozesse gelaufen ist, was an Illusionen produziert wurde. Zum Beispiel die Indio-Universität, die sich Ernesto Cardenal so schön ausgedacht hat und für die er so viele bundesrepublikanische Pädagogenherzen gewann. Anstatt zu erklären, daß solche Träume eben noch lange nicht verwirklicht sind, druckt der Herausgeber ein uraltes Gründungspapier aus einer längst überholten Dokumentation ab.

MUCHACHA Die unsichtbaren DienerInnen Lateinamerikas

von Reinhardt Jung (Hrsg.), Februar 83, Lamuv - Verlag

Nachdem eine "Muchacha" ihm einen Abend lang am Küchentisch ihr Leben erzählt hat, sind dem Herausgeber des Buches plötzlich die Augen aufgegangen. Seit diesem Tag sind die "unsichtbaren Dienerinnen" für ihn plötzlich sichtbar, die vielfältigen Spuren ihrer unermüdlichen Arbeit: das gekochte Essen, der gedeckte Tisch, die gebügelte Wäsche, das gemachte Bett, alle Bequemlichkeiten, die ihm als Gast der Oberschicht in Lateinamerika selbstverständlich waren.

Auf 10 Millionen wird die Zahl der Mädchen und Frauen in Lateinamerika geschätzt, die oft seit ihrer Kindheit in den Haushalten der Mittel- und Oberschicht ihren Dienst verrichten.

Die unzähligen alltäglichen Verrichtungen im Haushalt werden gesellschaftlich nicht als Arbeit anerkannt, die von Dienstmädchen geleistete Hausarbeit gilt deshalb nicht als Lohnarbeit, meistens existieren keine Arbeitsverträge und werden folglich auch keine Sozialleistungen bezahlt.

Vier Frauen, die in den Hauptstädten Perus, Boliviens und Kolumbiens ihr Dienstmädchenleben fristen, leiten mit ihren Lebensgeschichten das Buch ein und lassen uns das Dilemma ihrer Situation verstehen.

In einem zweiten Teil werden wiederum mittels Selbstaussagen wichtige Aspekte dieses Arbeitsverhältnisses dargestellt, wie z.B. die physische Gewalt und die minimale Entlohnung. Oft genug sind es noch Kinder, die von den Eltern an bessere Leute in der Stadt gegeben werden, in der Hoffnung, ihnen ein besseres Leben zu ermöglichen oder weil sie sie schlicht nicht ernähren können.

Zu der ökonomischen und physischen Abhängigkeit kommen Mechanismen der psychischen Abhängigkeit hinzu. Diese werden sehr eindringlich von der Gruppe mutiger Vorkämpferinnen für eine Dienstmädchengewerkschaft geschildert: Sexueller Mißbrauch, Minderwertigkeitskomplexe und Konsumwünsche sind nicht zu unterschätzende Momente, die diese Sklaverei im 20. Jahrhundert ermöglichen.

An wievielen Fronten die Dienstmädchen ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisation verteidigen müssen, davon handeln die letzten beiden Beiträge des Buches.

Reinhardt Jung läßt die Frauen selbst sprechen. Er maßt sich nicht die Rolle des Autors an, sondern versteht sich als Mittler ihrer Anklage.

FILM:

ADIOS GUATEMALA

16 mm Farbe LI, 20 min

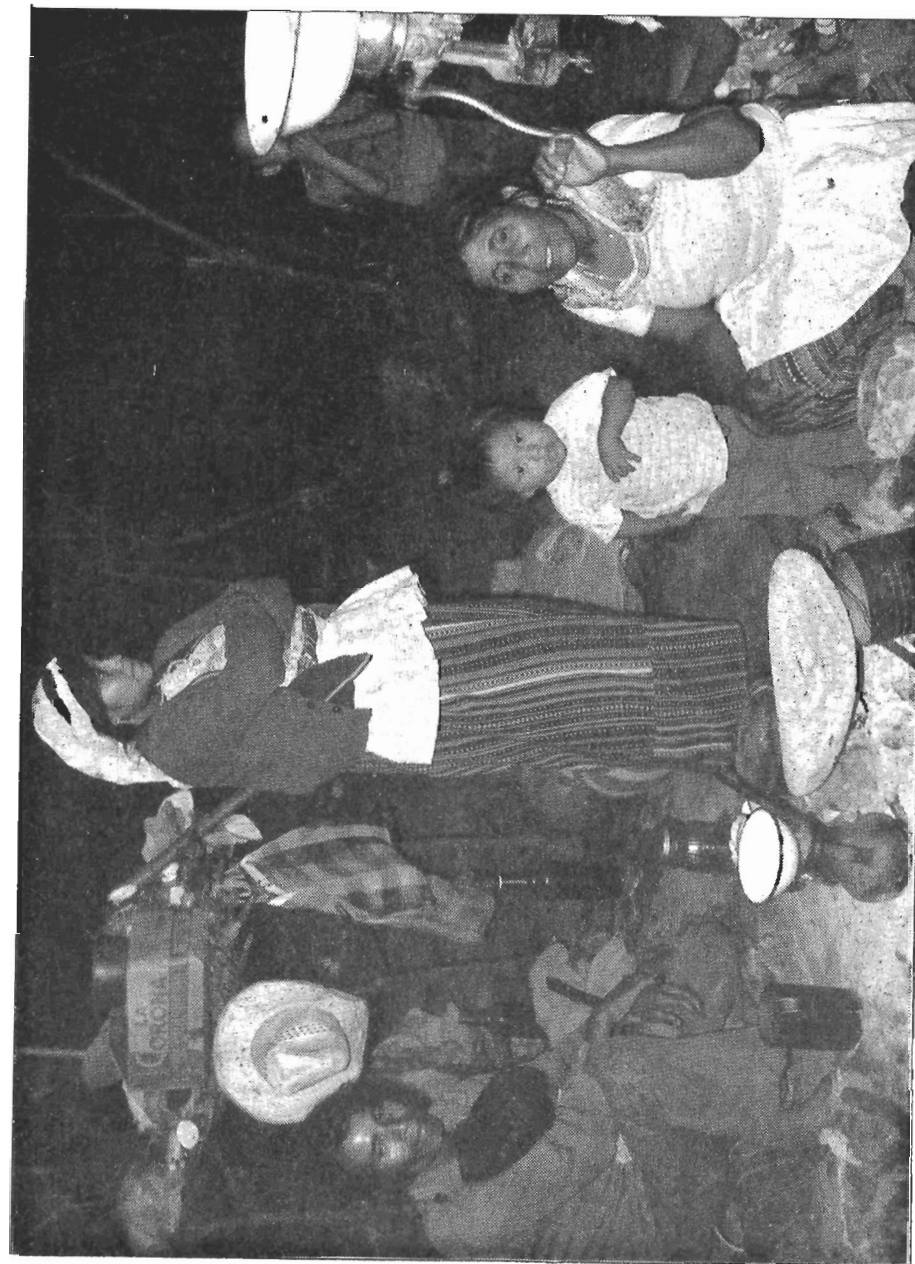
Während einer Reise durch Mexiko wurden wir mit der katastrophalen Situation der guatemaltekischen Flüchtlinge im südlichen Bundesstaat Chiapas konfrontiert. Seit dem 23. März 1983, dem Tag an dem eine Clique Offiziere unter der Leitung von Rios Montt in Guatemala die Macht ergriff, hat der Terror gegen die indianische Bevölkerung in den nördlichen Provinzen unvorstellbare Ausmaße angenommen. Tausende von Familien flohen über die Grenze nach Mexiko. Dieser Flüchtlingsstrom hält seit 82 unvermindert an. Es mögen wohl an die 150.000 Menschen sein, die in Lagern oder bei mexikanischen Bauern entlang der Grenze Zuflucht gefunden haben. Die Flüchtlinge sind in erster Linie auf die Hilfe von privaten und kirchlichen Komitees angewiesen, denn die offizielle mexikanische Hilfe funktioniert nur schleppend und unwillig. Mexiko hat die Genfer Konvention von 1951 zur Flüchtlingsfrage nicht unterschrieben und braucht deshalb den Flüchtlingen keinen offiziellen Schutz als politische Flüchtlinge zu gewähren. So leben die Flüchtlinge zwischen der Angst, als illegale abgeschoben zu werden und der Angst vor Überfällen guatemaltekischer Truppen auf ihre Lager, was immer wieder passiert.

Mit Hilfe des privaten, mexikanischen Hilfskomitees CARGUA aus San Cristobal de las Casas konnten wir im Januar 83 in die Lager gelangen und entschlossen uns spontan, unser restliches Filmmaterial, welches wir von Dreharbeiten zu einem anderen Film übrig hatten, dort zu verdrehen. Der Film schildert die Situation der Flüchtlinge und die Ursachen für ihre Flucht. Nach den ersten Einsatzerfahrungen hat sich gezeigt, daß der Film - besonders einem uniformierten Publikum - das Problem der guatemaltekischen Flüchtlinge nahebringt.

Wir haben ihn gleich nach unserer Rückkehr fertiggestellt und auf VHS-Videokassetten überspielt. Ab Anfang April steht auch eine 16mm Lichtton-Filmkopie mit einer überarbeiteten Kommentarfassung zur Verfügung. Eine ausführliche Videodokumentation über Guatemala (u.a. mit einem Interview mit Elias Barahona) ist in Zusammenarbeit mit dem HAMBURGER STADTJOURNAL in Arbeit.

Wer den Film, oder eine VHS-Videokassette ausleihen möchte, (Videoband für 50,--DM, Film für 80,--DM) soll sich melden (am besten schriftlich) bei

T I L L - F I L M, Gärtnerstr. 67, 2000 Hamburg 20,
Telefon 040-4911688



ZEITSCHRIFTENSCHAU

ila-Info 66, Juni 1983 Römerstr. 88 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Nicaragua: Demontage einer Hoffnung. Aus Trauer muß Kraft werden, Hintergründe des Mordes an Albrecht "Toni" Pflaum; Bundesregierung mitschuldig, Presseerklärung von Gaby Gottwald, MdB der Grünen; Volkstribunale gegen die Konterrevolution in den Städten; "Es gibt eine Zukunft, das ist für alle spürbar.", Situationsberichte aus dem Gebiet Wiwili im Norden Nicaraguas.

Berichte und Hintergründe: El Salvador: Die alte neue Krise der Herrschenden: Befreiungskräfte im Machtvakuum der Armee; Verteidigungsminister Garcia tritt zurück; Nominierung Duarte bringt US-Konzept aus dem Tritt. Argentinische Außenpolitik: Raus aus dem Ost-West-Würgegriff? Für eine Handvoll Dollars..., IWF, Weltwährungssystem und die Schulden der Dritten Welt.

Ländernachrichten: Bolivien, Costa Rica, Honduras.

Solidaritätsbewegung: Bericht über das Bundestreffen der Nicaragua-Komitees; Der zweite Tod von Comandante Ana Maria - Stellungnahme zu den Ereignissen um die salvadorianische Guerillaführerin; "Es verbleiben noch Zeilen, die ich nicht benutzen werde"-Brief aus einem uruguayischen Gefängnis; Mütter aus Uruguay fordern Amnestie; 60000 Mark für Aktion Sobradinho; 7. Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen vom 16.-19. Juni 1983 in Hannover; Notizen aus der Bewegung; Für Chiles Freiheit - Kongreß gegen Militärdiktaturen und Imperialismus; Zeitschriftenschau; Materialliste (Ergänzung)

Blätter des iz3w Nr 109 Mai 1983 Postfach 5328 7800 Freiburg
Nachrichten und Berichte zu: Nicaragua, Senegal, Zimbabwe, Sri Lanka, Waffenexporte - Libanon: Opfer des Befreiers Israel? - Korea: Die Konzerne wandern aus - Indien: Wenn Arme die Armen vernichten - USA/Israel: Eine bedingungslose Allianz? - Rezensionen: Bewaffnete Banditen und Widerstandskämpfer, Filme zu Palästina - Aufruf zum Buko - Tagungshinweise - Zeitschriftenübersicht

Brasilien-Nachrichten Nr. 78/1983 Postfach 1110 4532 Mettingen
Großprojekte in Brasilien: Das Delirium der Großprojekte - Der Staudamm von Itaparica - Wasserkraftwerke in Brasilien - Itaipu, Carajás, und die Indianer - Siedler gegen Staudämme - Großprojekte garantieren keinen Sieg der Regierung - Alkoholprojekt - Balbina und die Andianer; Kurzmeldungen; Aktion... 3 Karten Din-A-4, 1 Karte Din-A 3

Epk 2/83 Postfach 2846 2000 Hamburg 19
- die Ursachen der Verschuldung der Entwicklungsländer - die Außenpolitik des IWF - die Umschuldungen - Fallbeispiele (Jamaica, Zaire, Ghana) - die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Reform des Weltwährungs- und Finanzsystems - einem Glossar währungs- und finanzpolitischer Begriffe

AIB 6/83 Liebigstr 46, 3550 Marburg

AIB-Aktuell: Mit Nicaragua den Frieden verteidigen Nicaragua: W.Brönner, Auf eine und mehr Invasionen eine Antwort: "Frieden!" - Deklaration der Friedenskonferenz von Managua - Erklärung der Besetzer der BRD-Botschaft - Antwort der honduranischen Linken auf die Invasion gegen Nicaragua El Salvador: Letztes Interview mit

Comandante Ana Maria - Comandante Marcial, die Initiative liegt bei der FMLN - Der tragische Tod der Comandantes Ana Maria und Marcial China: R.Ward, Grenzen der außenpolitischen Korrekturen (2) Südliches Afrika: P.Wahl, Washington blockiert eine Krisenlösung - Erklärung der Lissabonner Solidaritätskonferenz mit den Frontstaaten Südafrika: J.Ostrowsky, Die Militarisierung Südafrikas - Oliver Tambo, Die Aufgaben des ANC 1983 - Bilanz der südafrikanischen Guerilla - Joe Slovo, Den Volkskrieg entwickeln - Entwicklungsländer: R.Falk, UNCTAD VI im Zeichen der Wirtschafts- und Verschuldungskrise Mexiko: J.Weber, Verschuldung im Großformat Kultur: A.Dilan, Nazim Hikmet - Symbol des Widerstands und des Internationalismus Rückblick: 20 Jahre "Po-lemik über die Generallinie" Bundesrepublik-Dritte Welt: Symposium "Umweltgerechte Entwicklungspolitik Friedensbewegung: Keine neuen Atomraketen in unser Land; Infodienst; Kurzinformationen Kommentar: Auspalavert

FORUM 67/68 Fea-Verlag Broichstr. 12 4040 Neuss 1

"Vorwärts und nicht vergessen..." - Offener Brief an Kiel - Stellungnahmen zum FORUM-Konflikt - KA-Protokoll (22.-24.4) - Frauenarbeit der UNO - Vorbereitungsmaterialien zum Buko VII: Zusammenfassendes - Papier - Ag 1 "Agrobusiness" - Ag 5 "Innerimperialistische Konkurrenz" - Freire Brief - Ag 7 "Alternative Entwicklungs- und Außenpolitik - Freiheit-Fortschritt-Liebe- Charakter und Aufgaben Grüner 3. Weltpolitik - Überlegungen zu einer alternativen Außenpolitik Ag 9 "IWF und Weltbank" - Nähkooperativen in Mosambik - Material- und Medienbörse - Termine - Zeitschriften

Mittelamerika-Magazin 29 (Juni 83) Magazin-Verlag Königsweg 7 2300 Kiel 1

Kirche/Religion: Nicaragua - Konterrevolution im Talar; Honduras - Protestantische Sekten, Verfolgung engagierter Christen; El Salvador: Klassenkampf in der Kirche, Abschlusserklärung des Kongresses "Solidarische Kirche - Solidarisches Handeln"; Guatemala: Interview mit Elias Barahona: Revolution ohne Namen und Gesichter; Costa Rica: Hilfe für Eden Pastora; Nicaragua: Bundesregierung will Nicaragua-Hilfe ändern, Begegnung mit der Konterrevolution; El Salvador: Meldungen, Solidaritätsarbeit, Bücher, Material, Zeitschriftenübersicht

PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und
Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

Nr. 12 Schwerpunkttheft:

Religion und religiöse Bewegungen in der Dritten Welt

- Fernando Mires: Chile: Die Kirche und das Volk
Bingham Tembe: Integrationismus und Afrikanismus.
Zur Geschichte schwarzer Kirchenbe-
wegungen Südafrikas
Walter Rotholz: Politisch-religiöse Bewegungen im
Nahen Orient des 20. Jahrhunderts
Alexander Schölch: Ein neues Pfingstwunder im Vorderen
Orient
Irene Löffler: Hexerei, Staat und Religion

Buchbesprechungen
Eingegangene Bücher
Zeitschriftenschau
Zusammenfassungen in Englisch

erscheint im Juni '83

zu beziehen bei:

PERIPHERIE c/o FDCL im Mehringhof,
Gneisenastr. 2
D 1000 Berlin 61

EL PARCIAL

HONDURAS:

El sometimiento incondicional a la estrategia regional de los EE.UU.

EL PARCIAL - HEFT 9 (MAI 1983)

Honduras: El sometimiento incondicional a la
estrategia regional de los EE.UU.

Das Heft umfaßt 142 Seiten, davon 123 Seiten
Pressedokumentation. Die Texte sind ganz über-
wiegend in spanischer Sprache; berücksichtigt
wurden vornehmlich Publikationen aus Honduras,
anderen mittelamerikanischen Ländern und Mexi-
ko.

Inhaltliche Gliederung: Fassade einer Zivilre-
gierung und militärische Macht/Auf Kriegskurs:
ideologische Vereinheitlichung und beschleu-
nigte Aufrüstung der Streitkräfte/Systemati-
sierung der selektiven und kollektiven Repres-
sion/Ideologische, wirtschaftliche und militä-
rische Hilfe für den regionalen Gendarmen der
USA/Guatemala 1954, Nicaragua 1983: Honduras
als Brückenkopf der imperialistischen Inter-
vention/Die salvadorianischen Flüchtlinge: Un-
terdrückung durch das Heer und protestantische
Sekten/Am Rande des wirtschaftlichen Bankrotts:
der fatale Rückgriff auf die "Hilfe" des IWF/
Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung als
Alltagssituation der Mehrheit des hondurani-
schen Volks/Ansätze zum Volkswiderstand.
Im Anhang: Kommentar zur Militärhilfe der BRD
an Honduras.

Das Heft kostet 10,00 DM + Porto und ist zu be-
ziehen über:
Doris Hermes, Kielortallee 4, 2 Hamburg 13

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

MAYO DE 1983

9